



Volksmeinung 2020

Umfrageergebnisse zu den Themenbereichen

Volksstimmung

Klimapolitik

Asylpolitik

Wohlstand & Armut



Volksmeinung 2020

Umfrageergebnisse zu den Themenbereichen
Volksstimmung
Klimapolitik
Asylpolitik
Wohlstand & Armut

13.11.2019 bis 18.01.2020
21736 Teilnehmer
41 Fragen
www.vimentis.ch/umfrage

Inhaltsverzeichnis

I. Ausgewählte Ergebnisse	3
II. Komplette Ergebnisse	17
1. Überblick	21
2. Fragen	25
A. Abkürzungen	104
B. Danksagung	105

Teil I.

Ausgewählte Ergebnisse

Volksstimmung

mehr auf Seite 5

Klimapolitik

mehr auf Seite 7

Asylpolitik

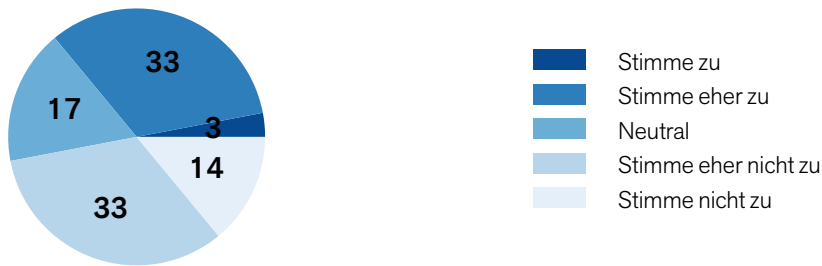
mehr auf Seite 11

Wohlstand & Armut

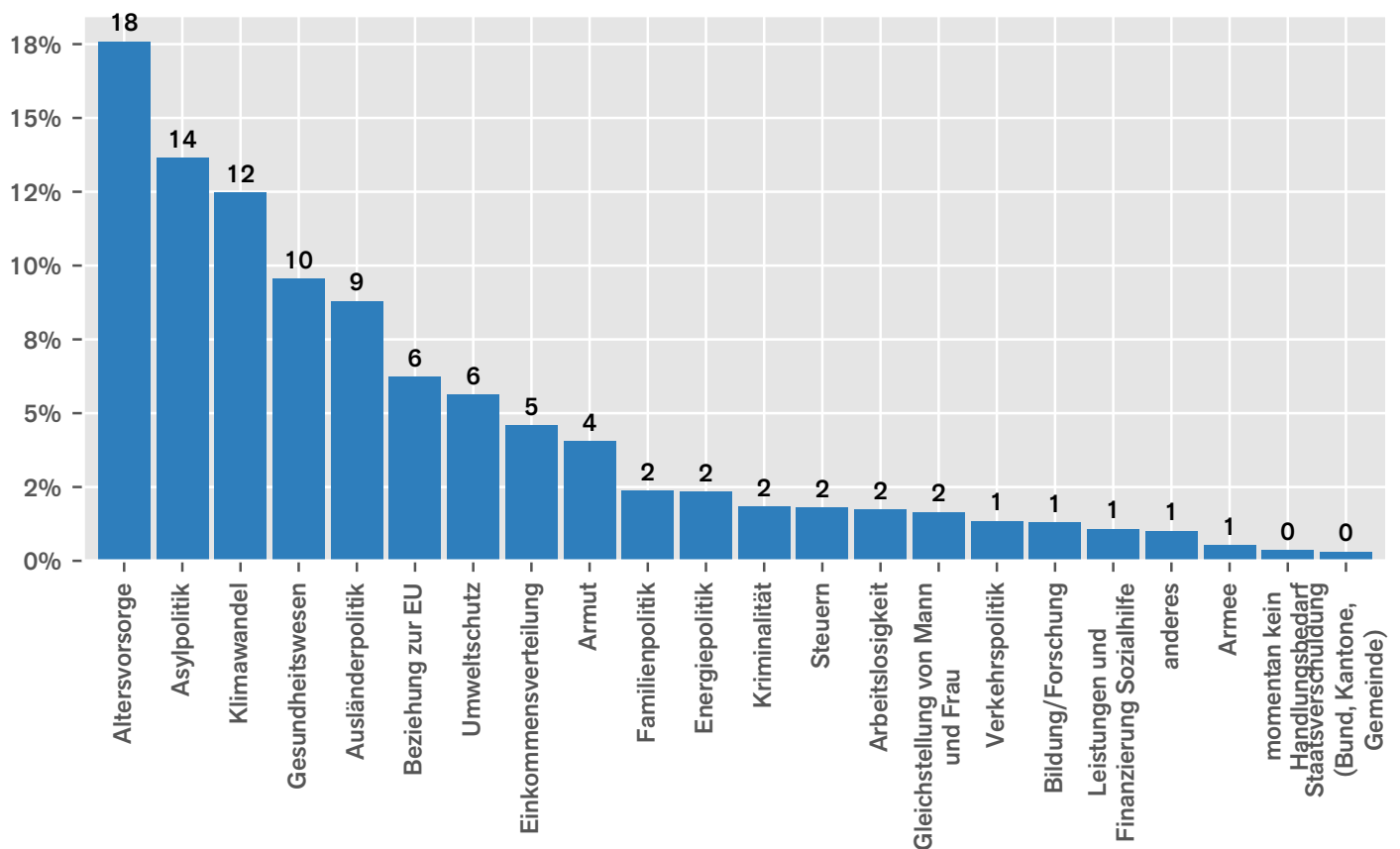
mehr auf Seite 15

Volksstimmung

Ich bin mit der Politik in der Schweiz zufrieden.



Bei welchem Themenbereich sehen Sie den höchsten politischen Handlungsbedarf?



Erläuterungen

Die Zufriedenheit mit der Schweizer Politik ist im Vergleich zum letzten Jahr leicht gesunken. Während im Jahr 2018 42 % der Schweizer Stimmbevölkerung eher unzufrieden bis unzufrieden waren, waren es dieses Jahr 47 % (48 % im 2017). Zudem sind 36 % der Schweizer StimmbürgerInnen eher zufrieden bis zufrieden, was 2 % weniger sind als vergangenes Jahr und somit dasselbe Resultat darstellt wie im Jahr 2017. 17 % sind weder zufrieden noch unzufrieden (20 % im Vorjahr). Die Wählerschaften der Mitteparteien CVP (64 % Zufriedenheit), FDP, GLP, EVP und BDP sind in absteigender Reihenfolge die zufriedensten WählerInnen.

Die Wählerschaften der SVP (72 % Unzufriedenheit), der Lega und der EDU sind am unzufriedensten. Tendenziell steigt mit zunehmendem Alter und abnehmendem Einkommen die Unzufriedenheit leicht an. Geografisch befinden sich die zufriedensten StimmbürgerInnen in der Westschweiz.

18 % der Schweizer Stimmbevölkerung sieht 2019 den grössten politischen Handlungsbedarf in der Altersvorsorge. Nur in den Kantonen Genf und Tessin und in der Region Nordwestschweiz (Kantone Jura und Neuenburg) beträgt die Zustimmung weniger als 15 %. An zweiter und dritter Stelle folgen die Asylpolitik und der Klimawandel mit 14 % resp. 12 %. Auf den Rängen 4-6 folgen der Reihe nach das Gesundheitswesen, die Ausländerpolitik und die Beziehung zur EU. Es folgen die Umweltpolitik auf Platz 7 sowie die Einkommensverteilung und die Armut auf den Plätzen 8 und 9. Während das Gesundheitswesen und die Beziehung zur EU im Vergleich zum Vorjahr um zwei resp. um drei Prozentpunkte abnahmen, sind die Altersvorsorge und die Klimapolitik mit einer Zunahme um 10 resp. 7 Prozentpunkte deutlich in der Wahrnehmung gestiegen. Auch die Asylpolitik und die Ausländerpolitik legten im Vergleich zum Vorjahr um 1 % bzw. 2 % zu. Vergleicht man die Meinungsunterschiede in Bezug auf das Alter, fällt auf, dass die jüngste Altersklasse den Klimawandel mit 23 % verhältnismässig häufig als Themengebiet mit dem grössten Handlungsbedarf bewertet. Der Handlungsbedarf im Bereich der Altersvorsorge ist bei den 45-64-jährigen mit 21-24 % am grössten. Mit zunehmendem Alter steigt zudem der politische Handlungsbedarf im Verhältnis der Schweiz zur EU. Grosse Unterschiede sind ebenfalls in den Wählerschaften der Parteien zu erkennen. Die WählerInnen der Grünen sehen den grössten Handlungsbedarf mit 43 % beim Klimawandel sowie mit 19 % beim Umweltschutz. Die Wählerschaft der SVP sieht den grössten Handlungsbedarf in der Asyl- (32 %) und der Ausländerpolitik (20 %). Die WählerInnen der FDP, der BDP und der CVP sehen in der Altersvorsorge am meisten Handlungsbedarf (30 %, 28 %, 26 %).

Klimapolitik

Sehen Sie politischen Handlungsbedarf aufgrund des Klimawandels?



Die Schweiz soll ihren Energiebedarf baldmöglichst vollständig mit erneuerbaren Energien decken und bis spätestens 2050 aus Öl, Gas und Kohle aussteigen, um die CO₂-Nettoemission auf Null zu senken.

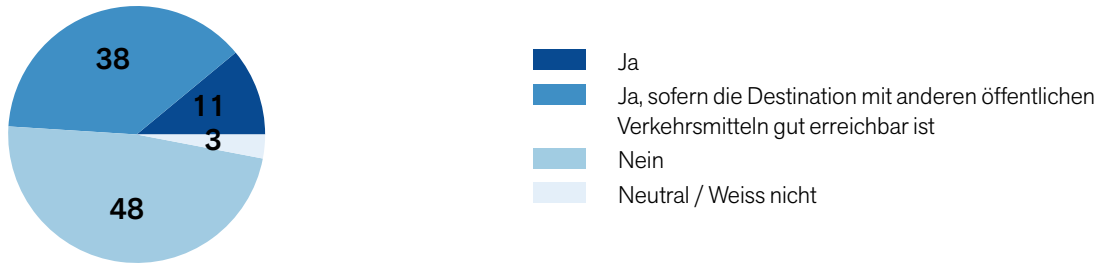


Erläuterungen

Eine deutliche Mehrheit von 62 % der Schweizer StimmbürgerInnen sieht aufgrund des Klimawandels einen Handlungsbedarf. Während die Mehrheit der WählerInnen von SVP, EDU und Lega keinen Handlungsbedarf sehen, findet sich bei allen anderen Parteien eine absolute Mehrheit die einen Handlungsbedarf sieht. In Bezug auf Geschlecht, Alter, Einkommen und Bildung findet sich in allen Gruppen eine absolute Mehrheit und auch in allen Regionen gibt es mindestens eine relative Mehrheit, die einen Handlungsbedarf aufgrund des Klimawandels sieht. Das letzte Mal wurde diese Frage 2017 gestellt. Damals sah eine absolute Mehrheit von 72 % der Schweizer Bevölkerung politischen Handlungsbedarf aufgrund des Klimawandels.

Mit 58 % ist eine absolute Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung dafür, dass baldmöglichst der Energiebedarf vollständig durch erneuerbare Energie gedeckt und bis spätestens 2050 aus Öl, Gas und Kohle ausgestiegen wird, um die CO₂-Nettoemissionen auf Null zu senken. Auf der anderen Seite stehen 30 % der Stimmbevölkerung diesem Vorhaben negativ gegenüber und 12 % sind unentschieden. Unterschiede zeigen sich bei dieser Frage insbesondere in Bezug auf die Parteizugehörigkeit. Während sich eine deutliche absolute Mehrheit der SVP WählerInnen und eine relative Mehrheit der EDU WählerInnen gegen dieses Vorhaben aussprechen, stehen bei den anderen Parteien mindestens eine relative Mehrheit der WählerInnen hinter diesem.

Sollen Kurzstreckenflüge verboten werden?



Soll in der Schweiz eine monetäre Abgabe pro Tonne CO2-Ausstoss für Unternehmen eingeführt werden?



Erläuterungen

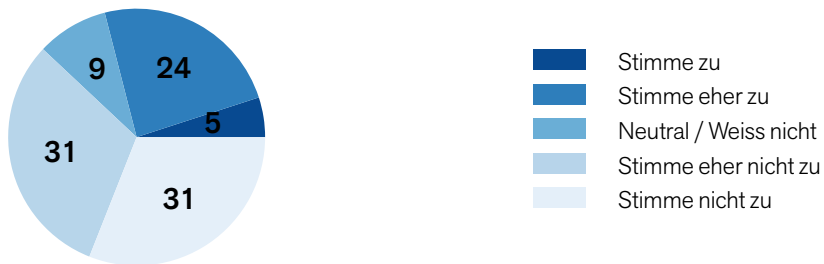
Mit 48 % ist eine relative Mehrheit der Stimmbevölkerung gegen ein Verbot von Kurzstreckenflügen. 11 % sind für ein solch Verbot und 37 % sind für ein Verbot, sofern die Zieldestination mit anderen öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar ist.

Mit steigendem Einkommen steigt die Ablehnung eines Verbots von Kurzstreckenflügen deutlich. Während sich bei Einkommen bis zu CHF 4'500 eine relative Mehrheit für ein Kurzstreckenflugverbot bei guten Alternativen ausspricht, steigt die Ablehnungen mit höherem Einkommen kontinuierlich. Ab einem Einkommen von mehr als CHF 8'000 spricht sich eine absolute Mehrheit gegen ein solches Verbot aus. Unterschiede zeigen sich ausserdem in Bezug auf das Alter. Während in allen Altersgruppen bis 65 Jahre eine relative Mehrheit gegen ein Verbot von Kurzstreckenflügen ist, findet sich bei den StimmbürgerInnen über 65 Jahren eine relative Mehrheit, die dafür ist, sofern die Destination auch mit alternativen Verkehrsmitteln gut erreichbar ist.

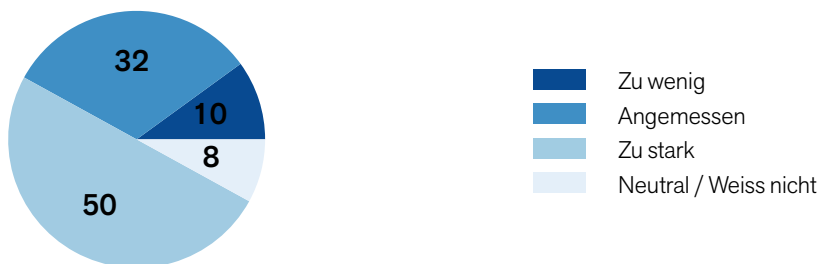
Mit 43 % befürwortet eine relative Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung eine monetäre Abgabe pro Tonne CO₂-Ausstoss für Unternehmen. Allerdings ist der Anteil der Nein-Stimmen mit 40 % fast gleich gross. Mit 17 % ist ein signifikanter Anteil unentschlossen. Interessant ist, dass nur bei den Bildungskategorien 3 und 5 eine absolute Mehrheit (je 55 %) den Vorschlag befürwortet. Bei den Parteien zeigen sich ebenfalls signifikante Unterschiede: Während bei den Grünen (79 %), der SP (70 %) und der GLP (62 %) eine absolute Mehrheit eine CO₂ Abgabe befürwortet, lehnt dies bei der SVP (70 %), EDU (66 %), Lega (58 %) und FDP (56 %) eine absolute Mehrheit ab.

Asylpolitik

Sind Sie mit der momentanen Flüchtlingspolitik der Schweiz zufrieden?



Die Schweiz unterstützt vorläufig aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge finanziell...



Erläuterungen

Eine knappe absolute Mehrheit von 55 % der Schweizer StimmbürgerInnen ist der Meinung, dass zur Eingliederung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt weitere Massnahmen ergriffen werden sollen. 34 % sind gegen solche Massnahmen. Im Vergleich zum Jahr 2015 (Frage 20) hat sich die Zustimmung leicht erhöht. Insbesondere Wählerinnen und generell Menschen unter 35 Jahren befürworten mehr Massnahmen. Eine besondere Zustimmung erfahren solche Massnahmen bei der Wählerschaft der SP (84 %), der Grünen (81 %) und der GLP (76 %). WählerInnen der SVP sind zu 68 % dagegen und die der Lega zu 63 %. Das Einkommen und Bildungsniveau scheint hier keinen erheblichen Einfluss zu nehmen. Generell gilt jedoch, dass alle Kantone der Schweiz sich für solche Massnahmen aussprechen.

Eine deutliche Mehrheit von über zwei Drittel der Schweizer StimmbürgerInnen (68 %) spricht sich für Informationsprogramme zum Asylverfahren in den Herkunftsländern der Asylsuchenden aus. Es zeigt sich eine leichte Anhebung der Zustimmung mit steigendem Alter bis zu 79 %. Die Befürwortung liegt unter dem Gesichtspunkt der gewählten Partei zwischen 54 % und 78 %. Die Zustimmung hinsichtlich der regionalen/kantonalen Herkunft befindet sich in einem Spektrum von 61 % bis 73 %. Im Vergleich dazu gaben 2015 knapp 75 % der Schweizer StimmbürgerInnen an, die Informationsprogramme zu unterstützen. Auch damals zeigte sich eine leichte Anhebung der Zustimmung mit steigendem Alter.

Zur Förderung der Eingliederung in den Arbeitsmarkt von vorläufig aufgenommenen und anerkannten Flüchtlingen sollen weitere Massnahmen ergriffen werden.



Um die Anzahl Asylgesuche zu reduzieren, soll die Schweiz in den entsprechenden Herkunftsländern Informationsprogramme zum Asylverfahren durchführen.



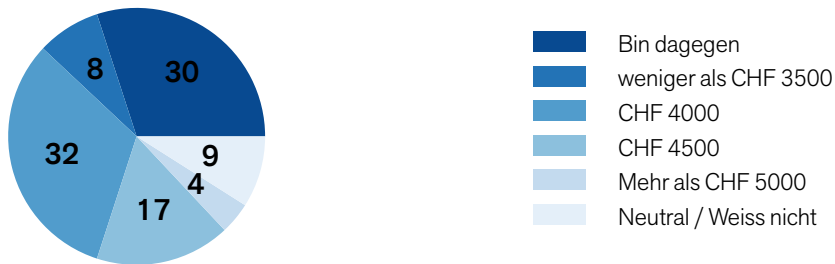
Erläuterungen

Bezüglich der aktuellen Flüchtlingspolitik ist eine Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung unzufrieden. 31 % sind unzufrieden und 31 % eher unzufrieden. Dem gegenüber stehen 24 % der Wählerschaft, die eher zufrieden sind mit der Flüchtlingspolitik der Schweiz und 5 % sind zufrieden. Frauen sind in der Tendenz etwas kritischer und mit zunehmendem Alter steigt die Zufriedenheit mit der momentanen Flüchtlingspolitik leicht. Insbesondere WählerInnen der SVP und der Lega sind eher (29 % bzw. 35 %) bis sehr unzufrieden (63 % bzw. 55 %). Bezüglich des Einkommens befürworten StimmbürgerInnen mit zunehmendem Einkommen die aktuelle Flüchtlingspolitik eher.

50 % der Stimmbevölkerung ist der Meinung, dass vorläufig aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge vom Bund finanziell zu stark unterstützt werden. 32 % empfinden die Unterstützung als angemessen, 10 % als zu wenig. Insbesondere WählerInnen der SP und der Grünen wünschen sich in der Tendenz mehr Unterstützung oder empfinden sie als angemessen, während die SVP-, BDP- und Lega-Wählerschaft die finanzielle Zuwendung als zu hoch empfindet (90 %, 59 %, 78 %). Das Geschlecht und das Einkommen haben keinen signifikanten Einfluss auf das Resultat. Insbesondere im Kanton Schwyz sprechen sich die WählerInnen mit 71 % für eine zu hohe Unterstützung aus.

Wohlstand & Armut

Sind Sie für die Einführung eines schweizweiten gesetzlichen Mindestlohnes und falls ja, wieviel sollte dieser Mindestlohn betragen?



Empfinden Sie Ihren Lohn generell im Vergleich zu anderen Personen in der Schweiz als gerecht?



Ehepaare sollen fortan individuell, anstatt gemeinsam veranlagt, besteuert werden.



Erläuterungen

Bei der Frage um die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns zeigt sich ein zersplittertes Ergebnis. Während sich 30 % gegen die Einführung aussprechen, beziffern 32 % der Schweizer Stimmbevölkerung den gesetzlichen Mindestlohn auf CHF 4000. 29 % geben andere Mindestlöhne an und weitere 9 % haben eine neutrale oder unentschlossene Haltung zu diesem Thema. Betrachtet man die gewählten Parteien, spricht sich die SP- und GPS-Wählerschaft nur in geringem Masse gegen einen gesetzlichen Mindestlohn aus (8 % resp. 11 %). Das Gegenteil ist bei der FDP- und SVP-Wählerschaft der Fall. Hier sprechen sich 53 % bzw. 46 % gegen einen gesetzlichen Mindestlohn aus.

Fast die Hälfte der Schweizer Stimmbevölkerung (49 %) empfindet ihren Lohn im Vergleich zu anderen Personen in der Schweiz als gerecht. Während eine absolute Mehrheit von 56 % der männlichen Stimmbevölkerung die Frage der Lohngerechtigkeit bejaht, ist es bei den Stimmbürgerinnen nur eine relative Mehrheit von 42 %. Der Grafik ist ebenfalls zu entnehmen, dass tendenziell mit steigendem Alter die empfundene Lohngerechtigkeit jeweils auch höher ist. Unter den Parteien wurde die Frage nur von Lega-WählerInnen mehrheitlich mit Nein beantwortet (59 %), während die Mehrheit der WählerInnen anderer Parteien die Lohngerechtigkeit jeweils bejahen.

Eine absolute Mehrheit von 67 % der Schweizer StimmbürgerInnen ist dafür, dass Ehepaare künftig individuell besteuert werden sollen. Nur 15 % sind gegen eine individuelle Besteuerung, wobei dieser Wert mit steigendem Alter tendenziell abnimmt. Während in allen Regionen die Zustimmung einer individuellen Besteuerung relativ hoch ist, ist der Anteil an Zustimmung in der Ost- und Nordostschweiz und im Tessin kleiner als in der übrigen Schweiz. Parteienübergreifend sind keine grossen Unterschiede erkennbar, ausser die relativ hohe Ablehnung unter den Lega-WählerInnen (40 %).

Teil II.

Komplette Ergebnisse

Inhalt

1. Überblick	21
1.1. Verein Vimentis	21
1.1.1. Ziel und Zweck	21
1.1.2. Vimentis-Umfrage	21
1.2. Erhebungsmethodik	22
1.2.1. Repräsentativität	22
1.2.2. Fragebogen	22
1.2.3. Datenerhebung und Stichprobe	22
1.2.4. Regionen	22
1.2.5. Bildungskategorien	23
1.2.6. Parteistärken	23
1.3. Ergebnisse im Internet	24
1.3.1. Online-Datenbank	24
1.3.2. Publikation	24
2. Fragen	25
2.1. Ich bin mit der Politik in der Schweiz zufrieden.	25
2.2. Bei welchem Themenbereich sehen Sie den höchsten politischen Handlungsbedarf?	28
2.3. Sehen Sie politischen Handlungsbedarf aufgrund des Klimawandels?	37
2.4. Im Rahmen des Klimaabkommens von Paris soll die Schweiz gemäss Bundesrat bis 2030 ihre Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 halbieren. Dies ist...	39
2.5. Die Schweiz soll ihren Energiebedarf baldmöglichst vollständig mit erneuerbaren Energien decken und bis spätestens 2050 aus Öl, Gas und Kohle aussteigen, um die CO2-Nettoemission auf Null zu senken.	42
2.6. Sollen Kurzstreckenflüge verboten werden?	45
2.7. Für die Benutzung von stark befahrenen Strassen sollen zu Stosszeiten zusätzliche Gebühren erhoben werden (Road-Pricing).	48
2.8. In der Schweiz sollen bis 2050 Verbrennungsmotoren (Benzin- und Dieselfahrzeuge) verboten werden.	50
2.9. In der Schweiz sollen vier autofreie Sonntage pro Jahr eingeführt werden.	52
2.10. In der Schweiz soll eine Fleischsteuer eingeführt werden, um die CO2-Belastung durch den Fleischkonsum zu senken.	54
2.11. Die Schweiz soll ihre Treibhausgasemissionen grösstenteils durch nachhaltige Investitionsprojekte im Ausland, anstatt durch Massnahmen im Inland, kompensieren.	56

2.12. Soll in der Schweiz eine monetäre Abgabe pro Tonne CO2-Ausstoss für Unternehmen eingeführt werden? .	58
2.13. Die Umweltschutzorganisation WWF fordert von Staaten, dass Gesetze auf ihre Klimaverträglichkeit überprüft werden sollen. Der Kanton Basel-Stadt hat bereits beschlossen, dass jedes politische Geschäft auf seine Auswirkungen bezüglich des Klimas geprüft werden muss. Befürworten Sie eine solche Bestimmung auch auf Bundesebene?	60
2.14. Sind Sie mit der momentanen Flüchtlingspolitik der Schweiz zufrieden?	63
2.15. Die Schweiz unterstützt vorläufig aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge finanziell...	66
2.16. Zur Förderung der Eingliederung in den Arbeitsmarkt von vorläufig aufgenommenen und anerkannten Flüchtlingen sollen weitere Massnahmen ergriffen werden.	68
2.17. Damit Unternehmen einen Anreiz erhalten, vorläufig aufgenommene Flüchtlinge einzustellen, sollen sie diesen...	71
2.18. Sollen Abschiebungen von vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen durchgeführt werden, auch wenn sich die betroffenen Personen in Ausbildung befinden und/oder einen Arbeitsplatz haben sowie aktiv an Integrationsprogrammen teilnehmen?	76
2.19. Soll die Schweiz die Kontingente für das Resettlement-Programm des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) aufstocken und dadurch vermehrt Flüchtlinge direkt aus Krisengebieten aufnehmen?	79
2.20. Befürworten Sie, dass die Schweiz den Globalen Pakt für Flüchtlinge (kurz UN-Flüchtlingspakt) unterzeichnet hat?	82
2.21. Um die Anzahl Asylgesuche zu reduzieren, soll die Schweiz in den entsprechenden Herkunftsländern Informationsprogramme zum Asylverfahren durchführen.	84
2.22. Bezahlen Sie Ihrer Meinung nach generell im Verhältnis zu anderen Personen zu viel oder zu wenig Steuern?	87
2.23. Empfinden Sie die Steuern, die Sie zahlen, als gerechtfertigt in Anbetracht der Leistungen, die Sie vom Staat erhalten?	90
2.24. Sind Sie für die Einführung eines schweizweiten gesetzlichen Mindestlohnes und falls ja, wieviel sollte dieser Mindestlohn betragen?	92
2.25. Empfinden Sie Ihren Lohn generell im Vergleich zu anderen Personen in der Schweiz als gerecht?	95
2.26. Ehepaare sollen fortan individuell, anstatt gemeinsam veranlagt, besteuert werden.	97
2.27. Sollen Arbeitslose Zivildienst leisten müssen, um weiterhin Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld zu erhalten?	99
2.28. Soll eine arbeitslose Person eine zumutbare Arbeit ablehnen dürfen, bevor Sozialleistungen und Arbeitslosengeld gekürzt werden?	101

A. Abkürzungen	104
-----------------------	------------

B. Danksagung	105
----------------------	------------

1. Überblick

1.1. Verein Vimentis

1.1.1. Ziel und Zweck

Vimentis ist eine neutrale Politik-Plattform mit dem Ziel, den politischen Entscheidungsprozess in der Schweiz zu verbessern. Dabei soll den Bürgern einerseits ermöglicht werden, ihre Bedürfnisse zur Sprache zu bringen und früher in die politische Diskussion eingebunden zu werden. Andererseits sollen politische Themen einfach, verständlich und neutral erklärt werden, damit sich alle Bürger auf Basis sachlicher Argumente selber eine Meinung bilden können.

Um diese Ziele zu erreichen, betreibt Vimentis folgende vier Projekte:

- Die Online-Plattform soll dem Volk Zugang zu umfassenden und neutralen Informationen ermöglichen.
- Vimentis Dialog unterstützt die Diskussion zwischen Politik und Bevölkerung.
- Vimentis-Umfrage führt jährlich die grösste politische Online-Umfrage der Schweiz durch, um die Meinung der Bevölkerung zu aktuellen politischen Themen zu erfassen.
- Vimentis Wahlen erstellt Wahlhilfen zu kantonalen und nationalen Wahlen, die der Bevölkerung helfen, den richtigen Vertreter für die persönliche Meinung zu finden.

1.1.2. Vimentis-Umfrage

Die Vimentis-Umfrage ist die grösste politisch neutrale Online-Umfrage zur Zukunft der Schweiz mit jährlich 20 000 bis 30 000 Teilnehmern. Während mehreren Wochen kann die Schweizer Bevölkerung auf vimentis.ch zu verschiedenen Themenbereichen anonym Stellung nehmen und so aktiv zu einem intensiveren Dialog zwischen der Bevölkerung und der Politik beitragen.

Das erklärte Ziel ist es, politische Vorschläge in einem frühen Stadium der Diskussion auf ihre Mehrheitsfähigkeit hin zu überprüfen und dadurch der Politik und interessierten Kreisen eine Grundlage für politische Neuerungen zu schaffen. Damit wird eine Stärkung der direkten Demokratie erreicht und ein Stillstand der Politik verhindert. Daneben soll die Schweizer Bevölkerung zu einer aktiven Diskussion motiviert werden, um so die Zukunft der Schweiz mitzugestalten. Hinter dem Projekt stehen acht Studenten der Universität St. Gallen und der ETH Zürich. Die Gruppe hat während dem vergangenen Jahr ehrenamtlich für die Umsetzung der Studie gearbeitet.

1.2. Erhebungsmethodik

1.2.1. Repräsentativität

Die Auswertung der Parteistärken in der Stichprobe auf der nächsten Seite ist ein Indikator für die Genauigkeit der Daten. Die Ergebnisse von Vimentis bilden die Wähleranteile der Parteien mit einem maximalen Fehler von $\pm 4\%$ genau ab.

Eine gewöhnliche Internetumfrage ist in der Regel aus folgenden Gründen nicht repräsentativ:

- Personen, die über keinen Internet-Zugang verfügen, können nicht teilnehmen.
- Es können nur Personen an der Umfrage teilnehmen, welche davon Kenntnis haben.
- Es nehmen nur Personen teil, welche an den Umfragethemen interessiert sind.

Damit möglichst alle Schweizer von der Umfrage erfahren, wurden Orts-, Kantons- und nationale Parteien über die Umfrage informiert, die Bevölkerung über Medien und Partner zur Teilnahme aufgerufen und mehr als 11 Mio. Anzeigen im Internet aufgeschaltet.

Weiter wurden alle Antworten nach den demographischen Kriterien Alter, Geschlecht, Kanton und Bildung gewichtet. Damit wird die Schweizer Bevölkerung in diesen Kriterien durch die Stichprobe exakt abgebildet.

Mit diesen Vorkehrungen, speziell mit dem Gewichtungsverfahren, werden die von gängigen Internetumfragen bekannten Verzerrungen fast vollständig eliminiert und so ein aussagekräftiges Ergebnis erzielt. Dabei wurden die Daten des Bundesamts für Statistik als Grundlage verwendet. Die Ergebnisse von Vimentis sind dadurch bei 21736 Teilnehmern mit einer Präzision von $\pm 4\%$ repräsentativ. Die Auswertung der Parteistärken in der Stichprobe auf der nächsten Seite ist ein Indikator für die Genauigkeit der Daten.

1.2.2. Fragebogen

Der Fragebogen umfasst insgesamt 41 Fragen. Mit den ersten 13 Fragen werden soziodemographische Angaben zur Person und zu deren Stimmverhalten erhoben. Die restlichen 28 Fragen befassen sich mit den vier Themenbereichen *Volksstimmung*, *Klimapolitik*, *Asylpolitik* und *Wohlstand & Armut*.

1.2.3. Datenerhebung und Stichprobe

Die Daten sind anhand des oben beschriebenen Fragebogens durch die Online-Umfrage vom 13.11.2019 bis zum 18.01.2020 erhoben worden.

Um ein mehrfaches Teilnehmen und ein zufälliges Ausfüllen des Fragebogens zu verhindern, wurden verschiedene technische Hilfsmittel eingesetzt. Antworten, bei denen ein Verdacht auf Manipulation (Mehrfachteilnahme oder zufälliges Ausfüllen) bestand, wurden vor der Auswertung entfernt.

Die Stichprobe wurde, wie unter Repräsentativität erläutert, nach den Kriterien Bildung, Geschlecht, Kanton und Alter gewichtet. Sie bildet damit die Bevölkerungsstruktur in diesen vier Dimensionen exakt ab. Grundlage für die Gewichtung waren die Bevölkerungsdaten des Bundesamts für Statistik.

1.2.4. Regionen

Um den Effekt der Verzerrung möglichst gering zu halten, wurden bei der Auswertung keine Aussagen über Gruppen mit weniger als 500 Teilnehmern gemacht. Kantone mit weniger als 500 Teilnehmer wurden mit anderen Kantonen zu Regionen zusammengelegt. Ein Rückschluss vom Ergebnis einer Region auf die einzelnen Kantone innerhalb dieser Region ist nicht möglich.

Folgende Kantone wurden zu Regionen zusammengefasst:

Abkürzung	Name	Kantone
NWS	Nordwestschweiz	JU, NE
NOS	Nordostschweiz	SH, TG
OS	Ostschweiz	AI, AR, SG
SOS	Südostschweiz	GL, GR
ZS	Zentralschweiz	NW, OW, UR, ZG

Für die Karten-Diagramme wurde der Anteil „weiss nicht“ **immer herausgerechnet**.

1.2.5. Bildungskategorien

Für die verschiedenen Bildungskategorien wurden die folgenden Abkürzungen verwendet:

Abkürzung	Name
Kat. 1	obligatorische Schule oder (noch) keine abgeschlossene Ausbildung
Kat. 2	Berufslehre, Berufsschule, berufsvorbereitende Schule
Kat. 3	Maturitätsschule, Diplommittelschule, Lehrerseminar
Kat. 4	höhere Fach- oder Berufsausbildung (z. B. eidg. Fach- oder Meisterdiplom, HKG, TS)
Kat. 5	Universität, Hochschule, Fachhochschule, höhere Fachschule (z. B. HTL, HWV, HFG, HFS)

1.2.6. Parteistärken

Zur Sicherstellung der Repräsentativität der Umfrage werden im Fragebogen einige Testfragen gestellt, anhand derer die Repräsentativität der Antworten überprüft werden kann.

Die wichtigste Testfrage ist dabei, welcher Partei die Teilnehmer bei den Nationalratswahlen 2019 ihre Stimme gegeben haben. Die Antworten auf diese Frage können mit dem realen Wahlergebnis 2019 verglichen werden. Daraus lässt sich auf die Präzision der von der Vimentis-Umfrage erhobenen Daten schliessen.

Die folgenden Ergebnisse entsprechen dem Wahlergebnis $\pm 4\%$:

	Umfrage	Wahl	Differenz		Umfrage	Wahl	Differenz
SVP	28 %	26 %	2 %	andere	5 %	5 %	0 %
SP	16 %	17 %	-1 %	BDP	2 %	2 %	-0 %
Grüne	15 %	13 %	2 %	EVP	1 %	2 %	-1 %
FDP.Die Liberalen	15 %	15 %	-0 %	EDU	1 %	1 %	0 %
Grünliberale	8 %	8 %	0 %	Lega dei Ticinesi	1 %	1 %	-0 %
CVP	7 %	11 %	-4 %				

1.3. Ergebnisse im Internet

1.3.1. Online-Datenbank

Alle Ergebnisse der Vimentis-Umfrage können Sie auch bequem und detailliert online abrufen. Total sind fast 500 Fragen zu 15 verschiedenen Themenbereichen kostenlos abrufbar. Die Datenbank umfasst damit sämtliche Ergebnisse der Vimentis-Umfragen seit 2004. Zudem können Sie die Ergebnisse nach verschiedenen demographischen Kriterien wie z. B. Alter, Geschlecht, Partei, Kanton, Bildung etc. aufschlüsseln. Die Datenbank finden Sie unter www.vimentis.ch/umfrage/ergebnisse.

1.3.2. Publikation

Die kommentierten Kurz- und Langfassungen aller Vimentis-Umfragen seit 2006 können Sie ebenfalls online als PDF-Datei herunterladen oder in gedruckter Form bei uns bestellen.

2. Fragen

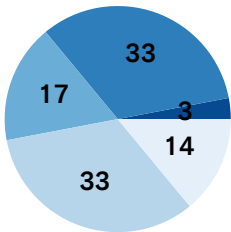
2.1. Ich bin mit der Politik in der Schweiz zufrieden.

Die Zufriedenheit mit der Schweizer Politik ist im Vergleich zum letzten Jahr leicht gesunken. Während im Jahr 2018 42 % der Schweizer Stimmbevölkerung eher unzufrieden bis unzufrieden waren, waren es dieses Jahr 47 % (48 % im 2017). Zudem sind 36 % der Schweizer StimmbürgerInnen eher zufrieden bis zufrieden, was 2 % weniger sind als vergangenes Jahr und somit dasselbe Resultat darstellt wie im Jahr 2017. 17 % sind weder zufrieden noch unzufrieden (20 % im Vorjahr). Die Wählerschaften der Mitteparteien CVP (64 % Zufriedenheit), FDP, GLP, EVP und BDP sind in absteigender Reihenfolge die zufriedensten WählerInnen.

Die Wählerschaften der SVP (72 % Unzufriedenheit), der Lega und der EDU sind am unzufriedensten. Tendenziell steigt mit zunehmendem Alter und abnehmendem Einkommen die Unzufriedenheit leicht an. Geografisch befinden sich die zufriedensten StimmbürgerInnen in der Westschweiz.

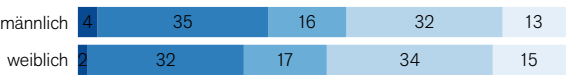
Stimme zu Stimme eher zu Neutral Stimme eher nicht zu Stimme nicht zu

Schweizweit



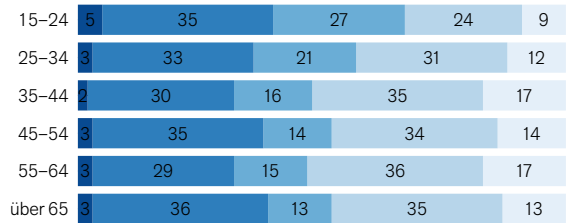
	Total
Stimme zu	3 %
Stimme eher zu	33 %
Neutral	17 %
Stimme eher nicht zu	33 %
Stimme nicht zu	14 %

Geschlecht



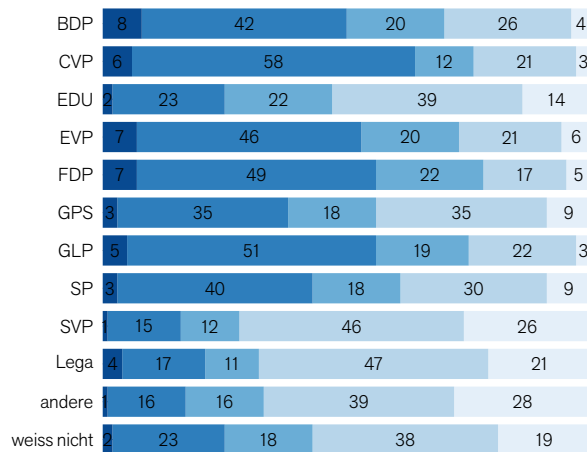
	männlich	weiblich
Stimme zu	4 %	2 %
Stimme eher zu	35 %	32 %
Neutral	16 %	17 %
Stimme eher nicht zu	32 %	34 %
Stimme nicht zu	13 %	15 %

Alter



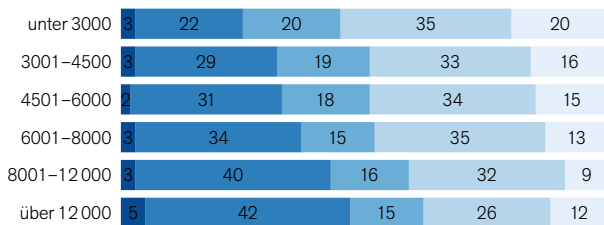
	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64	über 65
Stimme zu	5 %	3 %	2 %	3 %	3 %	3 %
Stimme eher zu	35 %	33 %	30 %	35 %	29 %	36 %
Neutral	27 %	21 %	16 %	14 %	15 %	13 %
Stimme eher nicht zu	24 %	31 %	35 %	34 %	36 %	35 %
Stimme nicht zu	9 %	12 %	17 %	14 %	17 %	13 %

Partei



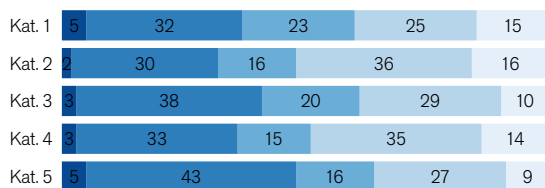
	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Stimme zu	8 %	6 %	2 %	7 %	7 %	3 %	5 %
Stimme eher zu	42 %	58 %	23 %	46 %	49 %	35 %	51 %
Neutral	20 %	12 %	22 %	20 %	22 %	18 %	19 %
Stimme eher nicht zu	26 %	21 %	39 %	21 %	17 %	35 %	22 %
Stimme nicht zu	4 %	3 %	14 %	6 %	5 %	9 %	3 %
	SP	SVP	Lega	andere	weiss nicht		
Stimme zu	3 %	1 %	4 %	1 %	2 %		
Stimme eher zu	40 %	15 %	17 %	16 %	23 %		
Neutral	18 %	12 %	11 %	16 %	18 %		
Stimme eher nicht zu	30 %	46 %	47 %	39 %	38 %		
Stimme nicht zu	9 %	26 %	21 %	28 %	19 %		

Einkommen



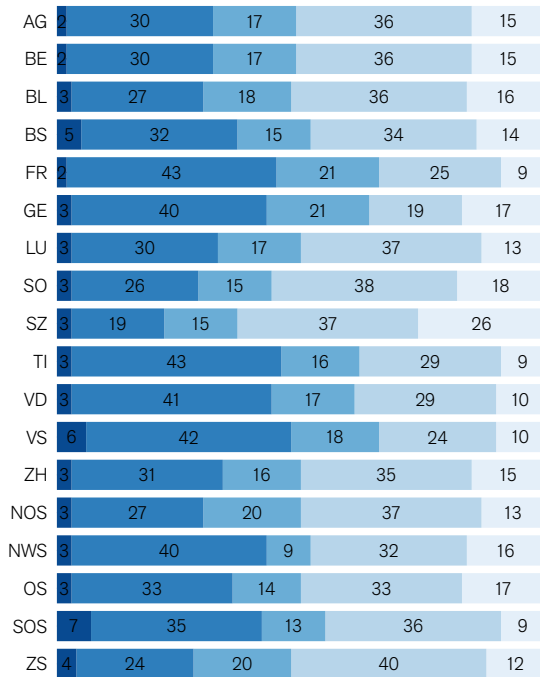
	unter 3000	3001-4500	4501-6000	6001-8000	8001-12000	über 12000
Stimme zu	3 %	3 %	2 %	3 %	3 %	5 %
Stimme eher zu	22 %	29 %	31 %	34 %	40 %	42 %
Neutral	20 %	19 %	18 %	15 %	16 %	15 %
Stimme eher nicht zu	35 %	33 %	34 %	35 %	32 %	26 %
Stimme nicht zu	20 %	16 %	15 %	13 %	9 %	12 %

Bildung

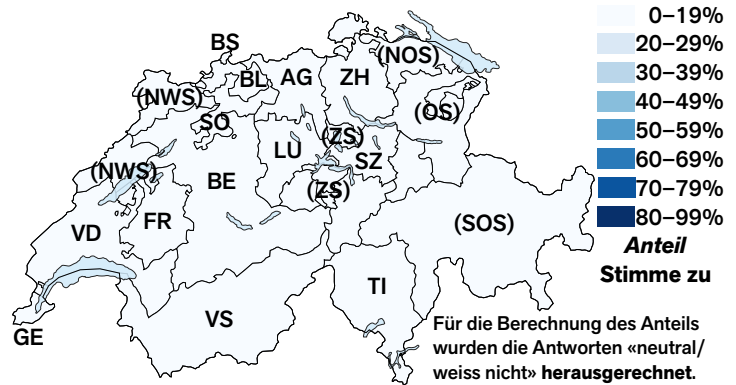


	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Stimme zu	5 %	2 %	3 %	3 %	5 %
Stimme eher zu	32 %	30 %	38 %	33 %	43 %
Neutral	23 %	16 %	20 %	15 %	16 %
Stimme eher nicht zu	25 %	36 %	29 %	35 %	27 %
Stimme nicht zu	15 %	16 %	10 %	14 %	9 %

Regionen



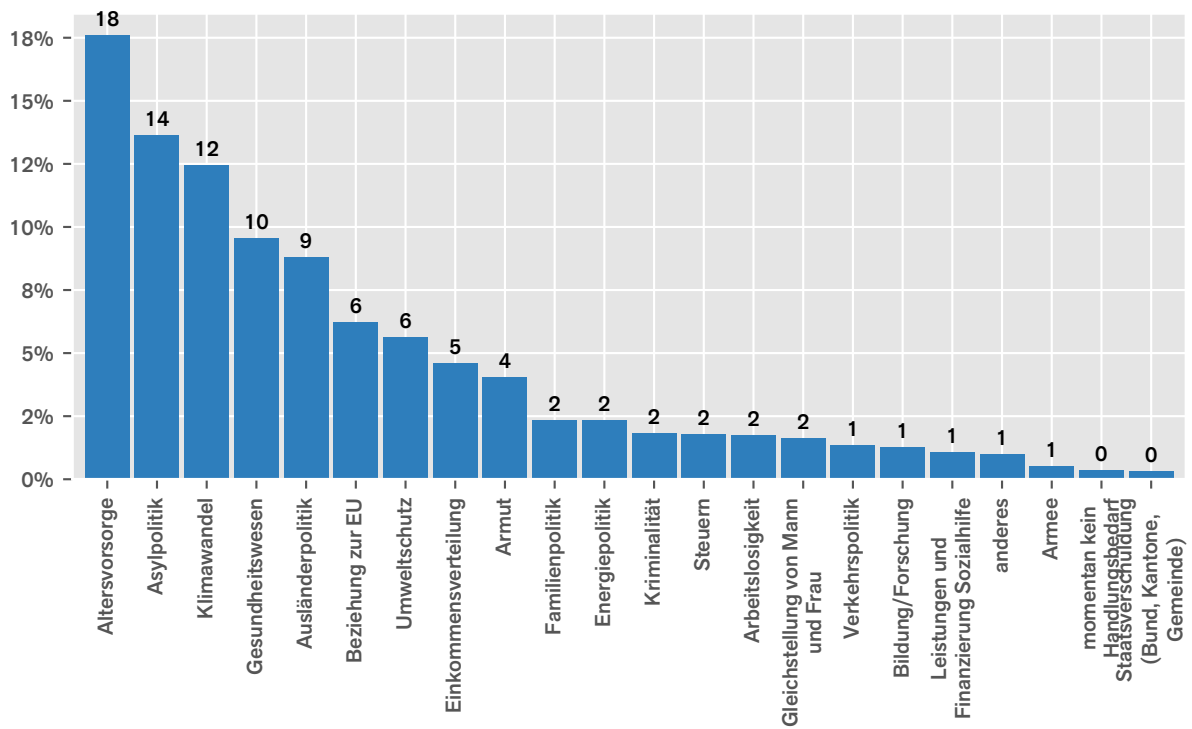
	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Stimme zu	2 %	2 %	3 %	5 %	2 %	3 %	3 %
Stimme eher zu	30 %	30 %	27 %	32 %	43 %	40 %	30 %
Neutral	17 %	17 %	18 %	15 %	21 %	21 %	17 %
Stimme eher nicht zu	36 %	36 %	36 %	34 %	25 %	19 %	37 %
Stimme nicht zu	15 %	15 %	16 %	14 %	9 %	17 %	13 %
	SO	SZ	TI	VD	VS	ZH	NOS
Stimme zu	3 %	3 %	3 %	3 %	6 %	3 %	3 %
Stimme eher zu	26 %	19 %	43 %	41 %	42 %	31 %	27 %
Neutral	15 %	15 %	16 %	17 %	18 %	16 %	20 %
Stimme eher nicht zu	38 %	37 %	29 %	29 %	24 %	35 %	37 %
Stimme nicht zu	18 %	26 %	9 %	10 %	10 %	15 %	13 %
	NWS	OS	SOS	ZS			
Stimme zu	3 %	3 %	7 %	4 %			
Stimme eher zu	40 %	33 %	35 %	24 %			
Neutral	9 %	14 %	13 %	20 %			
Stimme eher nicht zu	32 %	33 %	36 %	40 %			
Stimme nicht zu	16 %	17 %	9 %	12 %			



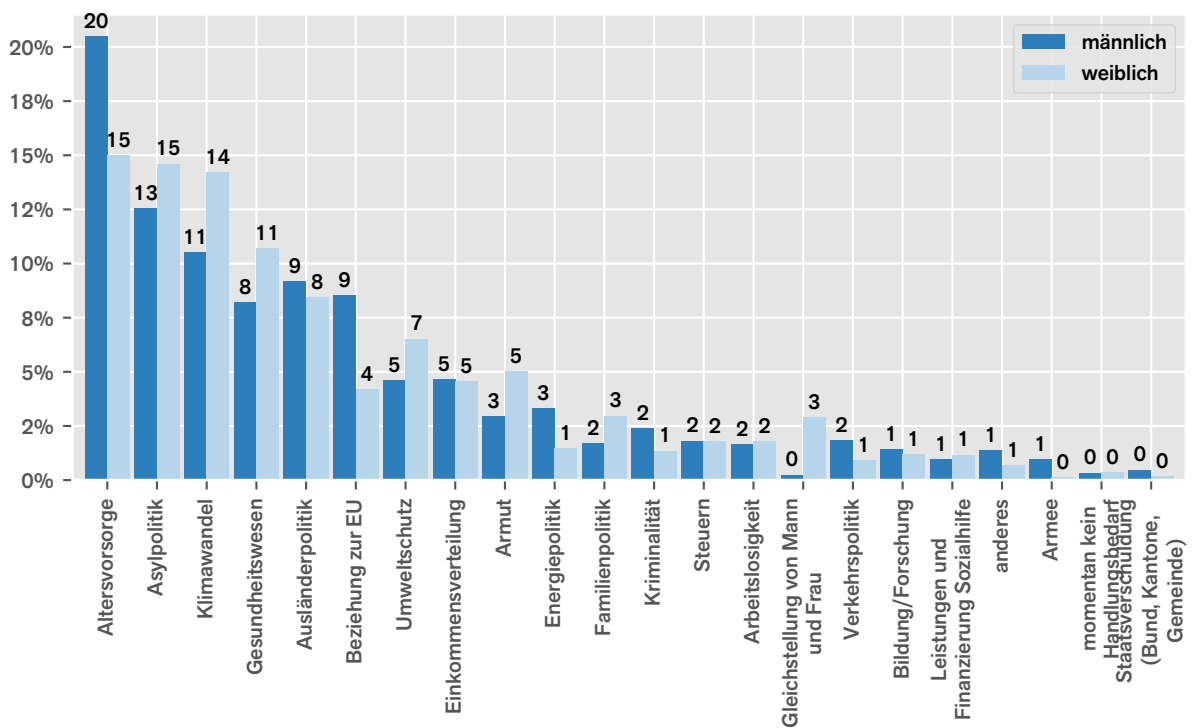
2.2. Bei welchem Themenbereich sehen Sie den höchsten politischen Handlungsbedarf?

18 % der Schweizer Stimmbevölkerung sieht 2019 den grössten politischen Handlungsbedarf in der Altersvorsorge. Nur in den Kantonen Genf und Tessin und in der Region Nordwestschweiz (Kantone Jura und Neuenburg) beträgt die Zustimmung weniger als 15 %. An zweiter und dritter Stelle folgen die Asylpolitik und der Klimawandel mit 14 % resp. 12 %. Auf den Rängen 4-6 folgen der Reihe nach das Gesundheitswesen, die Ausländerpolitik und die Beziehung zur EU. Es folgen die Umweltpolitik auf Platz 7 sowie die Einkommensverteilung und die Armut auf den Plätzen 8 und 9. Während das Gesundheitswesen und die Beziehung zur EU im Vergleich zum Vorjahr um zwei resp. um drei Prozentpunkte abnahmen, sind die Altersvorsorge und die Klimapolitik mit einer Zunahme um 10 resp. 7 Prozentpunkte deutlich in der Wahrnehmung gestiegen. Auch die Asylpolitik und die Ausländerpolitik legten im Vergleich zum Vorjahr um 1 % bzw. 2 % zu. Vergleicht man die Meinungsunterschiede in Bezug auf das Alter, fällt auf, dass die jüngste Altersklasse den Klimawandel mit 23 % verhältnismässig häufig als Themengebiet mit dem grössten Handlungsbedarf bewertet. Der Handlungsbedarf im Bereich der Altersvorsorge ist bei den 45-64-jährigen mit 21-24 % am grössten. Mit zunehmendem Alter steigt zudem der politische Handlungsbedarf im Verhältnis der Schweiz zur EU. Grosse Unterschiede sind ebenfalls in den Wählerschaften der Parteien zu erkennen. Die WählerInnen der Grünen sehen den grössten Handlungsbedarf mit 43 % beim Klimawandel sowie mit 19 % beim Umweltschutz. Die Wählerschaft der SVP sieht den grössten Handlungsbedarf in der Asyl- (32 %) und der Ausländerpolitik (20 %). Die WählerInnen der FDP, der BDP und der CVP sehen in der Altersvorsorge am meisten Handlungsbedarf (30 %, 28 %, 26 %).

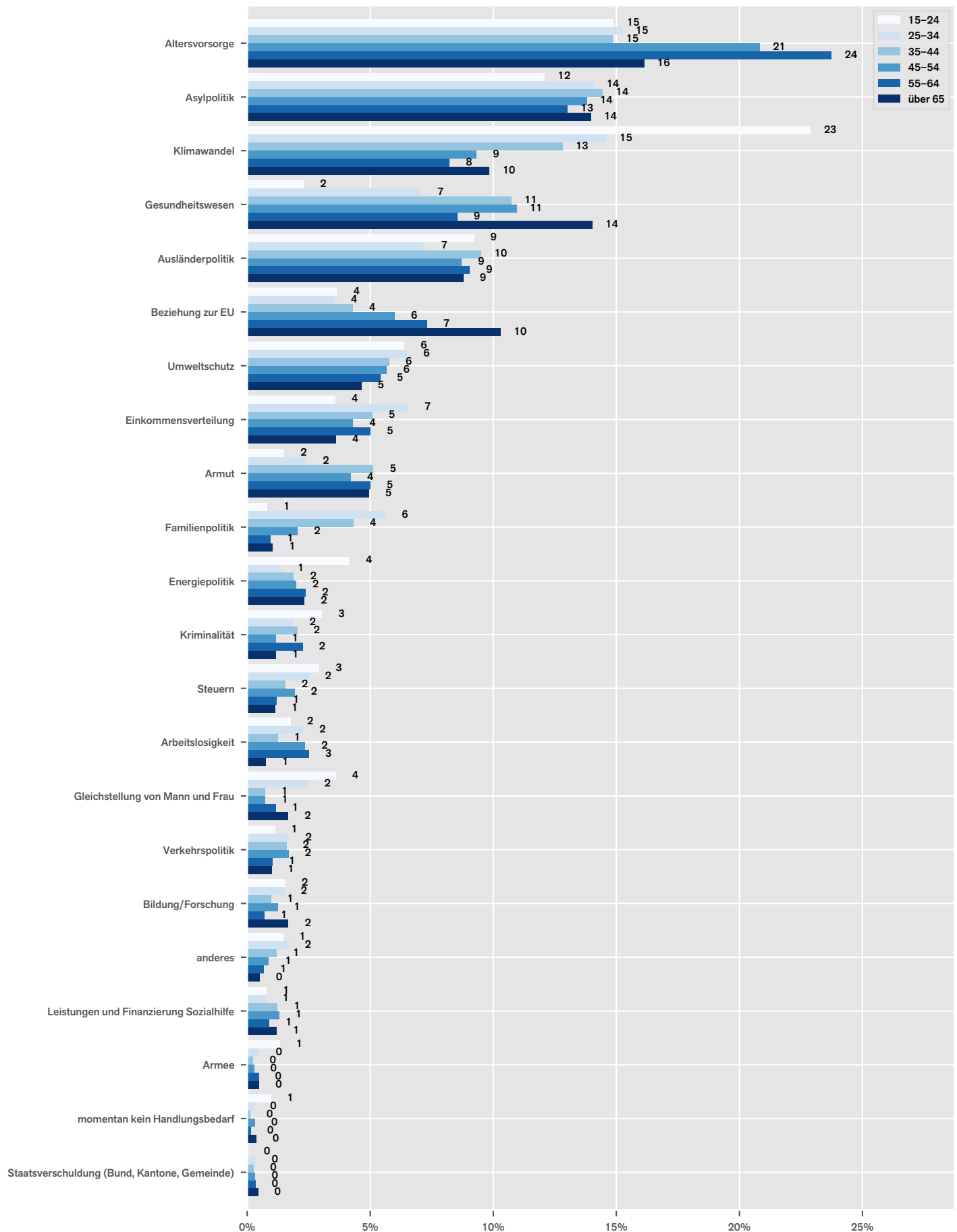
Schweizweit



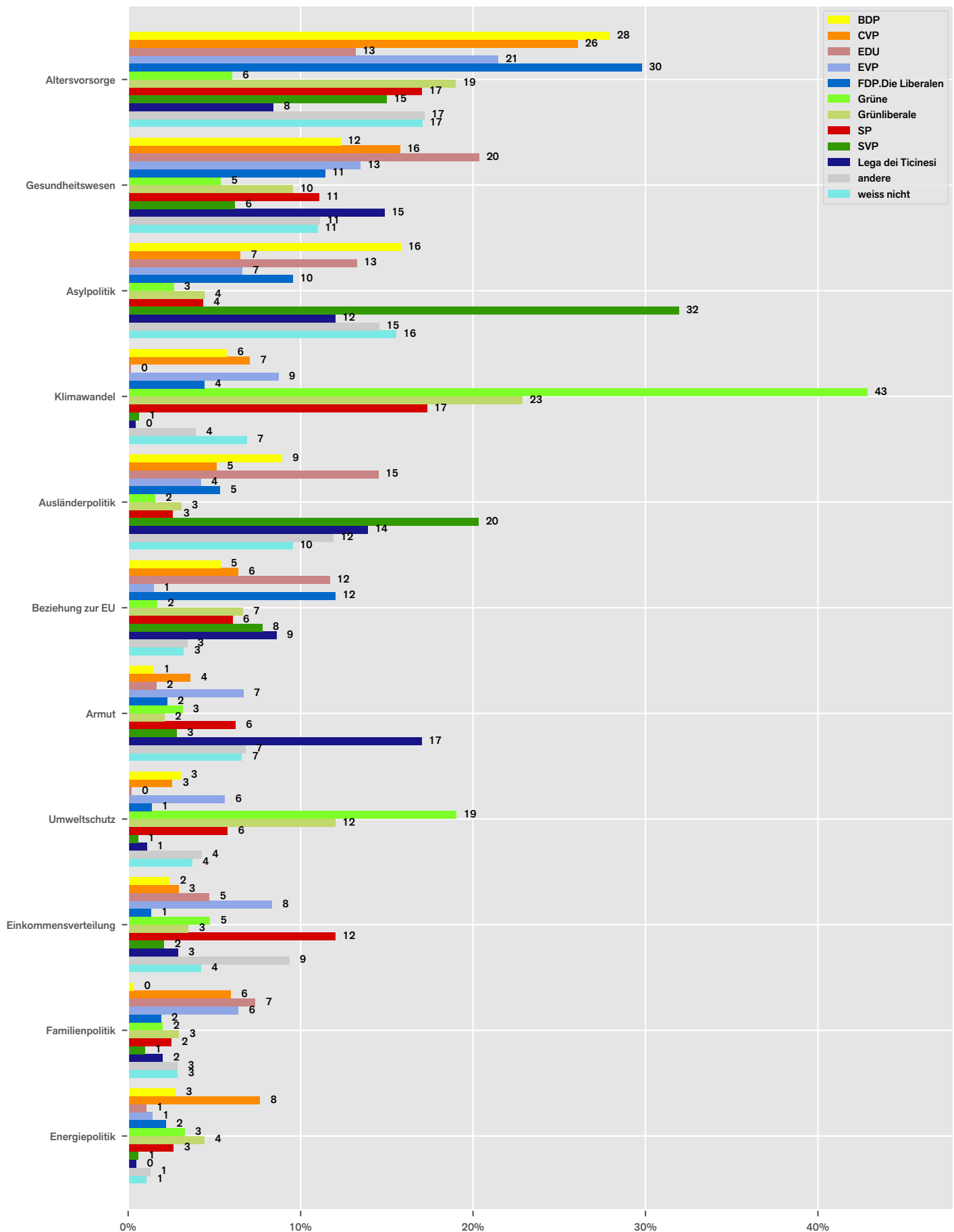
Geschlecht

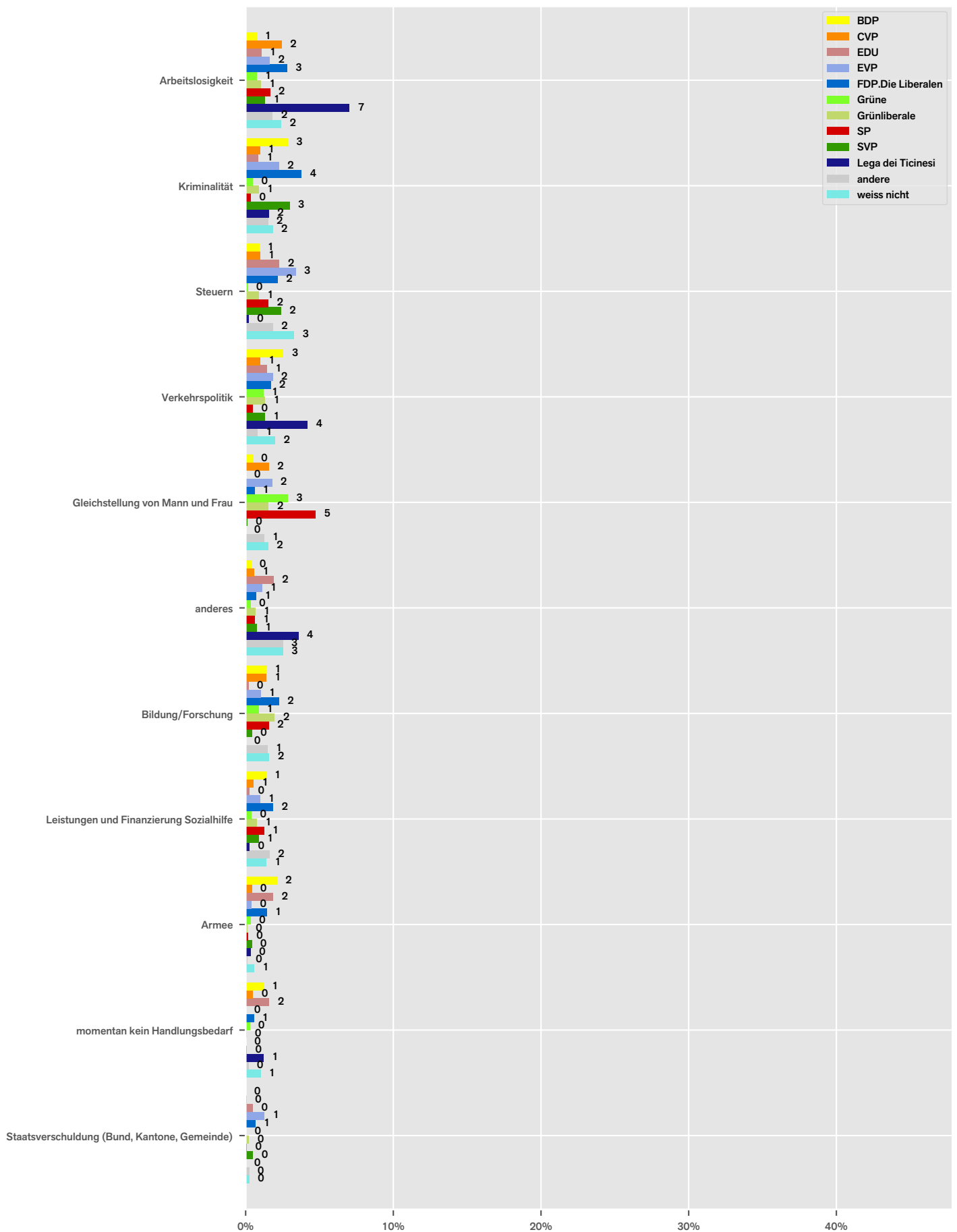


Alter

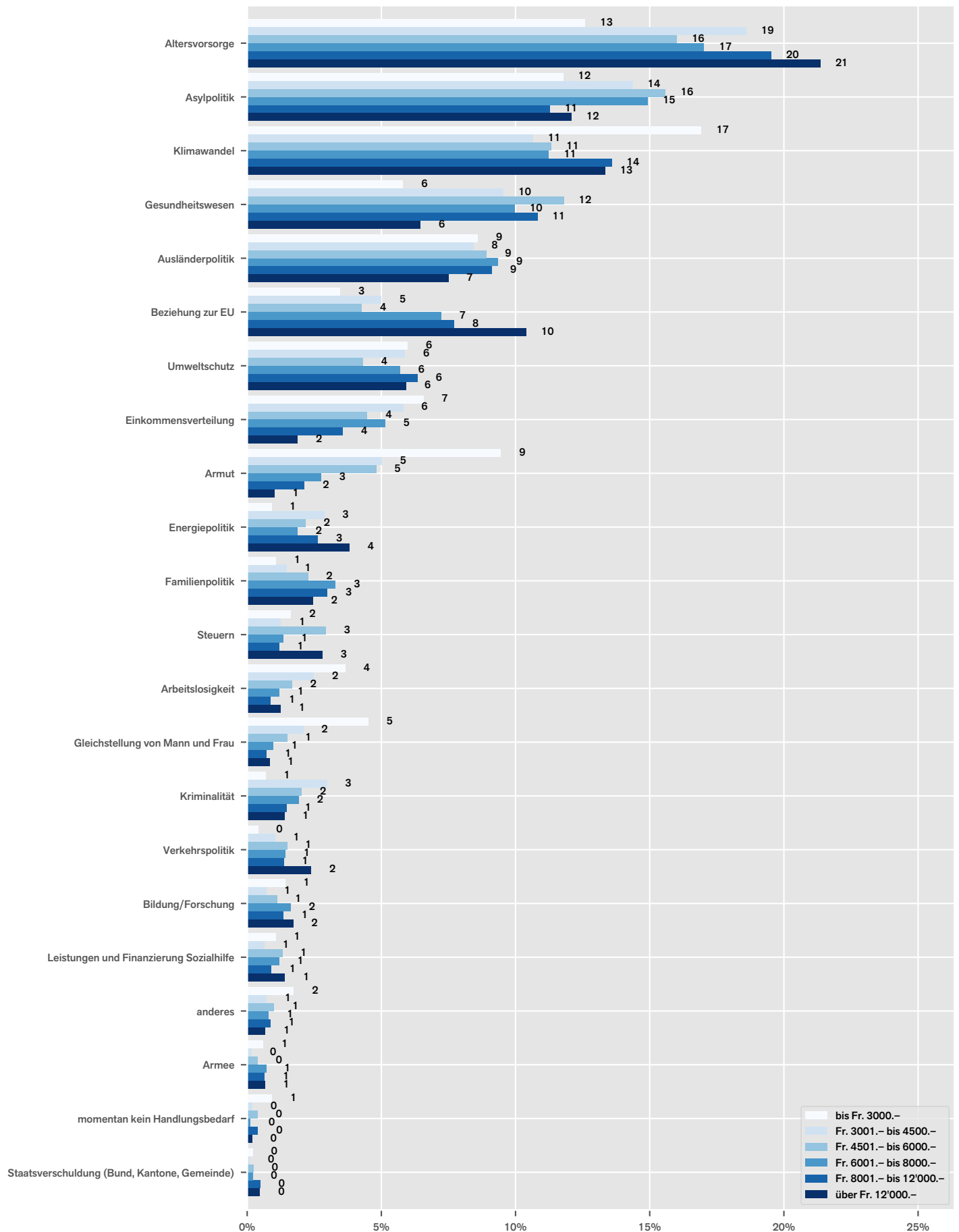


Partei

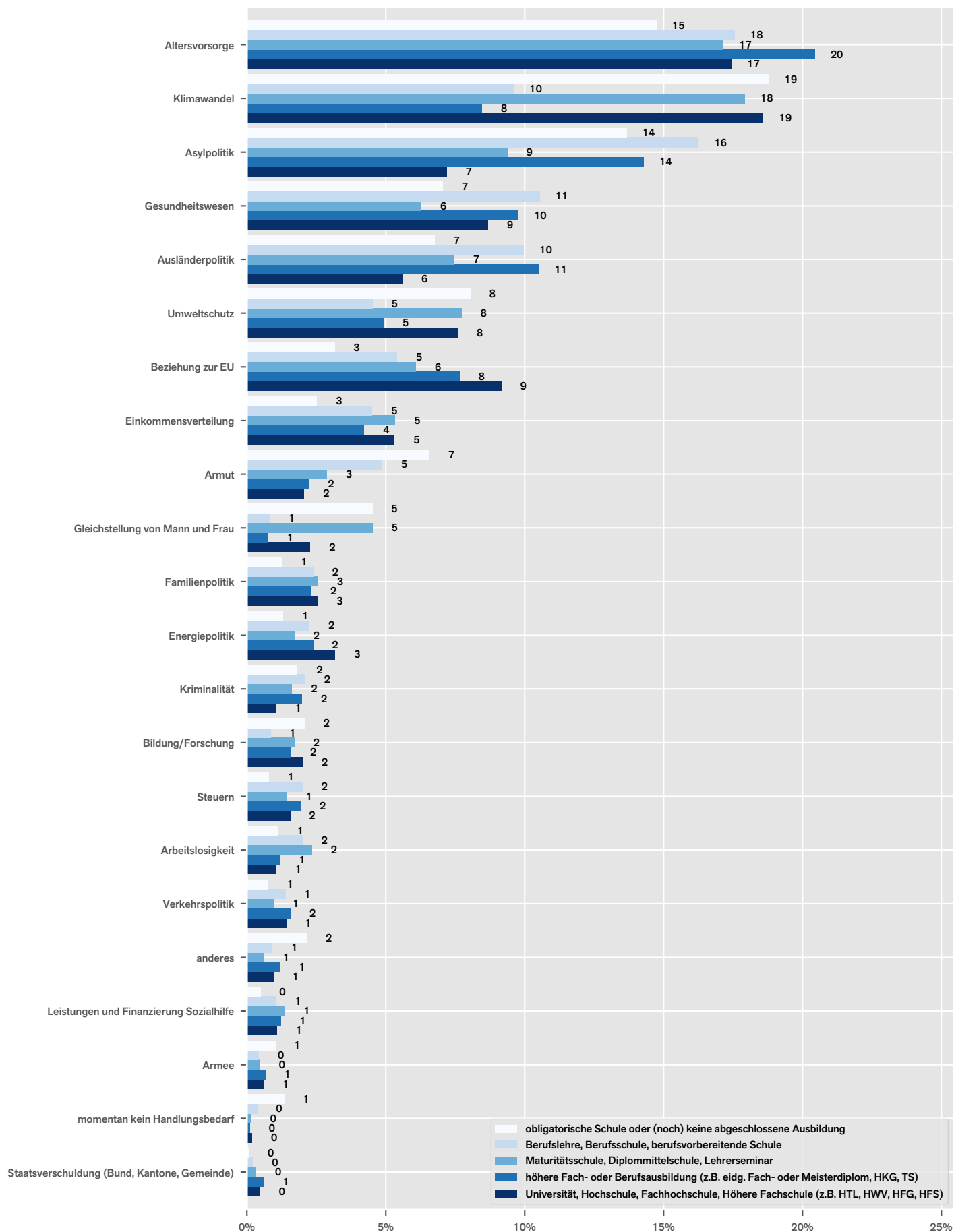




Einkommen

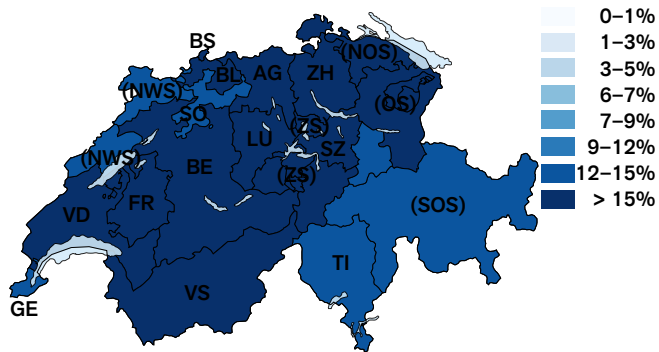


Bildung

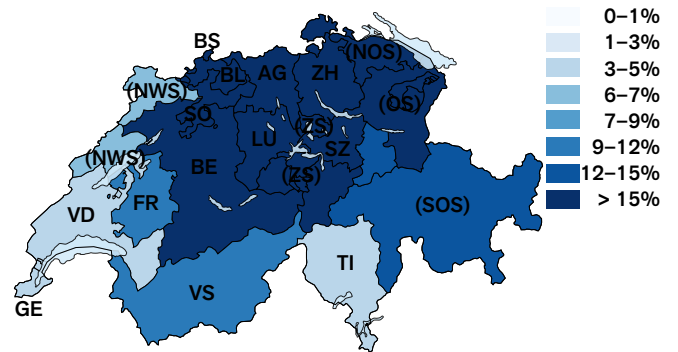


Regionen

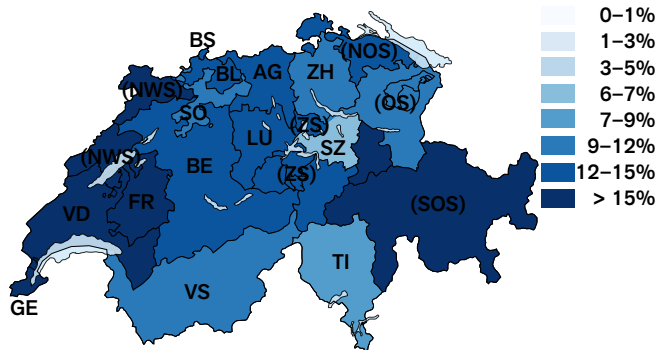
Altersvorsorge



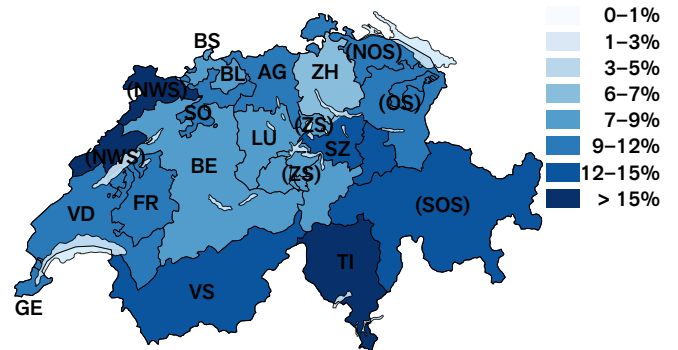
Asylpolitik



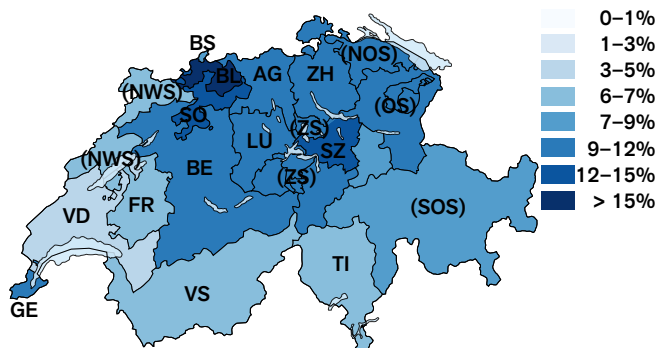
Klimawandel



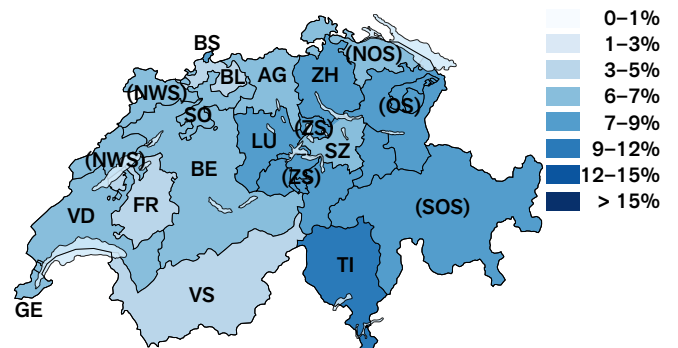
Gesundheitswesen



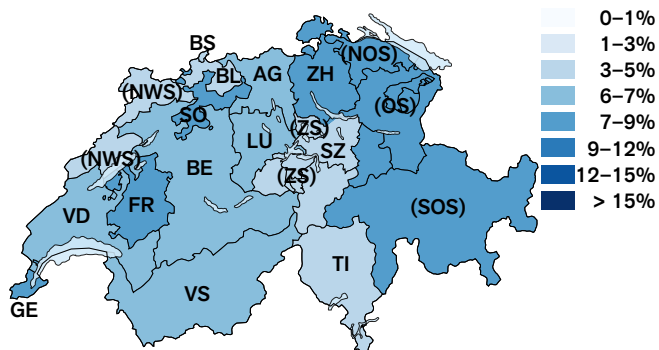
Ausländerpolitik



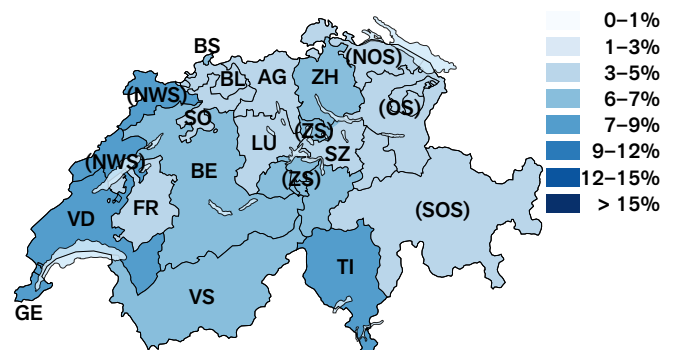
Beziehung zur EU



Umweltschutz



Einkommensverteilung



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU	SO	SZ
Altersvorsorge	19 %	18 %	20 %	19 %	17 %	12 %	19 %	15 %	18 %
Asylpolitik	17 %	17 %	19 %	17 %	10 %	3 %	18 %	18 %	27 %
Klimawandel	12 %	12 %	12 %	14 %	18 %	17 %	13 %	10 %	6 %
Gesundheitswesen	10 %	8 %	7 %	7 %	9 %	10 %	8 %	10 %	12 %
Ausländerpolitik	10 %	9 %	15 %	8 %	5 %	9 %	10 %	14 %	12 %
Beziehung zur EU	7 %	6 %	4 %	7 %	4 %	5 %	7 %	6 %	6 %
Umweltschutz	6 %	5 %	4 %	3 %	7 %	7 %	5 %	8 %	3 %
Einkommensverteilung	4 %	5 %	2 %	4 %	3 %	7 %	3 %	3 %	3 %
Armut	2 %	3 %	4 %	5 %	5 %	5 %	2 %	4 %	2 %
Familienpolitik	1 %	2 %	2 %	1 %	7 %	1 %	1 %	3 %	1 %
Energiepolitik	3 %	2 %	1 %	1 %	3 %	1 %	2 %	1 %	1 %
Arbeitslosigkeit	1 %	1 %	2 %	1 %	2 %	4 %	1 %	2 %	1 %
Kriminalität	2 %	1 %	1 %	3 %	1 %	7 %	2 %	1 %	3 %
Steuern	2 %	3 %	1 %	2 %	3 %	3 %	1 %	1 %	1 %
Gleichstellung von Mann und Frau	0 %	2 %	1 %	2 %	3 %	3 %	2 %	0 %	1 %
Verkehrspolitik	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %
Bildung/Forschung	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %	2 %	2 %	1 %	0 %
anderes	0 %	1 %	2 %	1 %	0 %	1 %	1 %	1 %	0 %
Leistungen und Finanzierung Sozialhilfe	1 %	2 %	1 %	1 %	1 %	1 %	0 %	1 %	2 %
Armee	1 %	1 %	0 %	1 %	0 %	0 %	1 %	0 %	0 %
momentan kein Handlungsbedarf	0 %	0 %	0 %	1 %	0 %	0 %	1 %	0 %	0 %
Staatsverschuldung (Bund, Kantone, Gemeinde)	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %	1 %	0 %	0 %	0 %

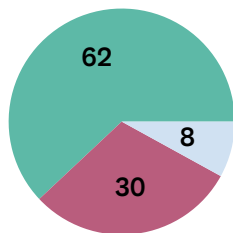
	TI	VD	VS	ZH	NOS	NWS	OS	SOS	ZS
Altersvorsorge	12 %	18 %	24 %	19 %	18 %	14 %	18 %	15 %	17 %
Asylpolitik	4 %	4 %	11 %	15 %	16 %	5 %	17 %	13 %	21 %
Klimawandel	7 %	15 %	11 %	11 %	14 %	15 %	10 %	18 %	12 %
Gesundheitswesen	16 %	11 %	12 %	6 %	9 %	18 %	10 %	12 %	8 %
Ausländerpolitik	6 %	3 %	6 %	11 %	11 %	5 %	9 %	8 %	11 %
Beziehung zur EU	11 %	5 %	4 %	7 %	5 %	6 %	7 %	9 %	7 %
Umweltschutz	3 %	6 %	6 %	7 %	8 %	2 %	7 %	7 %	3 %
Einkommensverteilung	8 %	7 %	5 %	5 %	4 %	8 %	2 %	3 %	5 %
Armut	9 %	8 %	6 %	2 %	2 %	8 %	3 %	3 %	2 %
Familienpolitik	3 %	3 %	4 %	2 %	2 %	4 %	2 %	2 %	2 %
Energiepolitik	2 %	6 %	3 %	2 %	1 %	2 %	3 %	2 %	1 %
Arbeitslosigkeit	10 %	1 %	0 %	2 %	2 %	1 %	2 %	1 %	2 %
Kriminalität	0 %	2 %	0 %	2 %	1 %	0 %	2 %	1 %	1 %
Steuern	2 %	3 %	1 %	1 %	1 %	2 %	2 %	1 %	1 %
Gleichstellung von Mann und Frau	1 %	3 %	2 %	2 %	0 %	3 %	1 %	0 %	2 %
Verkehrspolitik	2 %	1 %	3 %	2 %	1 %	1 %	1 %	1 %	2 %
Bildung/Forschung	1 %	1 %	1 %	2 %	1 %	2 %	1 %	2 %	1 %
anderes	0 %	1 %	0 %	1 %	1 %	3 %	2 %	1 %	1 %
Leistungen und Finanzierung Sozialhilfe	1 %	2 %	0 %	1 %	0 %	1 %	1 %	1 %	0 %
Armee	1 %	0 %	1 %	0 %	1 %	0 %	0 %	0 %	1 %
momentan kein Handlungsbedarf	1 %	0 %	0 %	0 %	1 %	0 %	0 %	0 %	0 %
Staatsverschuldung (Bund, Kantone, Gemeinde)	0 %	0 %	0 %	0 %	1 %	0 %	0 %	0 %	0 %

2.3. Sehen Sie politischen Handlungsbedarf aufgrund des Klimawandels?

Eine deutliche Mehrheit von 62 % der Schweizer StimmbürgerInnen sieht aufgrund des Klimawandels einen Handlungsbedarf. Während die Mehrheit der WählerInnen von SVP, EDU und Lega keinen Handlungsbedarf sehen, findet sich bei allen anderen Parteien eine absolute Mehrheit die einen Handlungsbedarf sieht. In Bezug auf Geschlecht, Alter, Einkommen und Bildung findet sich in allen Gruppen eine absolute Mehrheit und auch in allen Regionen gibt es mindestens eine relative Mehrheit, die einen Handlungsbedarf aufgrund des Klimawandels sieht. Das letzte Mal wurde diese Frage 2017 gestellt. Damals sah eine absolute Mehrheit von 72 % der Schweizer Bevölkerung politischen Handlungsbedarf aufgrund des Klimawandels.

■ Ja ■ Nein ■ Neutral / Weiss nicht

Schweizweit



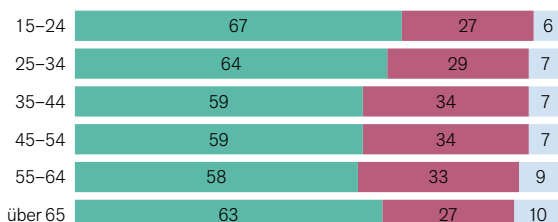
	Total
Ja	62 %
Nein	30 %
Neutral / Weiss nicht	8 %

Geschlecht



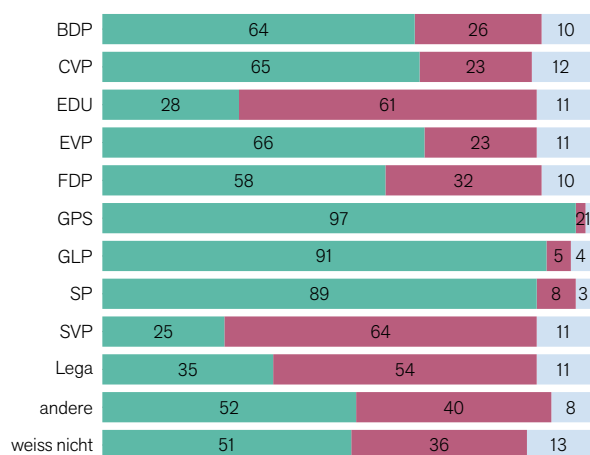
	männlich	weiblich
Ja	58 %	65 %
Nein	35 %	26 %
Neutral / Weiss nicht	7 %	9 %

Alter



	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64	über 65
Ja	67 %	64 %	59 %	59 %	58 %	63 %
Nein	27 %	29 %	34 %	34 %	33 %	27 %
Neutral / Weiss nicht	6 %	7 %	7 %	7 %	9 %	10 %

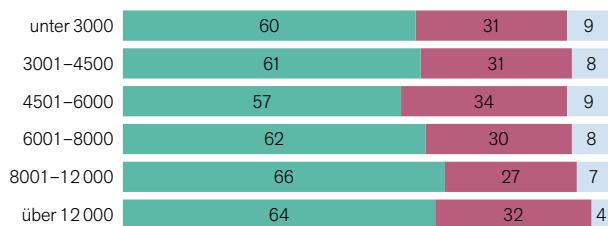
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Ja	64 %	65 %	28 %	66 %	58 %	97 %	91 %
Nein	26 %	23 %	61 %	23 %	32 %	2 %	5 %
Neutral / Weiss nicht	10 %	12 %	11 %	11 %	10 %	1 %	4 %

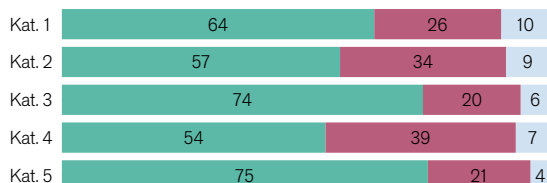
	SP	SVP	Lega	andere	weiss nicht
Ja	89 %	25 %	35 %	52 %	51 %
Nein	8 %	64 %	54 %	40 %	36 %
Neutral / Weiss nicht	3 %	11 %	11 %	8 %	13 %

Einkommen



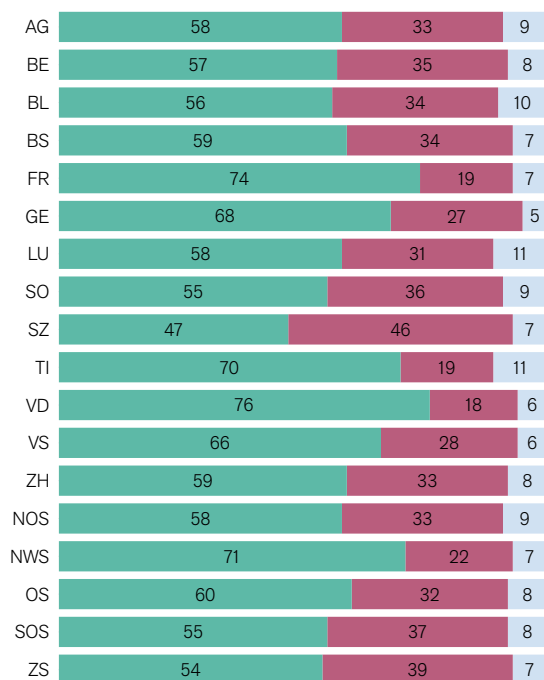
	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Ja	60 %	61 %	57 %	62 %	66 %	64 %
Nein	31 %	31 %	34 %	30 %	27 %	32 %
Neutral / Weiss nicht	9 %	8 %	9 %	8 %	7 %	4 %

Bildung



	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Ja	64 %	57 %	74 %	54 %	75 %
Nein	26 %	34 %	20 %	39 %	21 %
Neutral / Weiss nicht	10 %	9 %	6 %	7 %	4 %

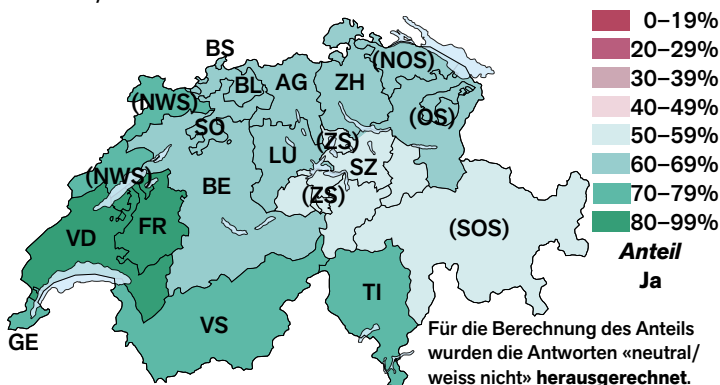
Regionen



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Ja	58 %	57 %	56 %	59 %	74 %	68 %	58 %
Nein	33 %	35 %	34 %	34 %	19 %	27 %	31 %
Neutral / Weiss nicht	9 %	8 %	10 %	7 %	7 %	5 %	11 %

	SO	SZ	TI	VD	VS	ZH	NOS
Ja	55 %	47 %	70 %	76 %	66 %	59 %	58 %
Nein	36 %	46 %	19 %	18 %	28 %	33 %	33 %
Neutral / Weiss nicht	9 %	7 %	11 %	6 %	6 %	8 %	9 %

	NWS	OS	SOS	ZS
Ja	71 %	60 %	55 %	54 %
Nein	22 %	32 %	37 %	39 %
Neutral / Weiss nicht	7 %	8 %	8 %	7 %



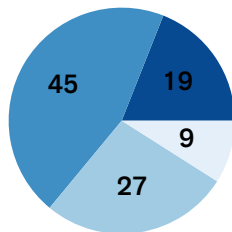
2.4. Im Rahmen des Klimaabkommens von Paris soll die Schweiz gemäss Bundesrat bis 2030 ihre Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 halbieren. Dies ist...

Eine relative Mehrheit von 45 % der StimmbürgerInnen findet die im Rahmen des Pariser Abkommens festgelegte Reduktion der Treibhausgasemissionen für angemessen, 19 % sind der Auffassung, dass dies zu wenig sei und 27 % finden, dass es zu viel ist.

Meinungsunterschiede machen sich mit Blick auf die Parteien bemerkbar. 57 % der SVP WählerInnen sind der Auffassung, dass die Halbierung der Treibhausgasemissionen bis 2030 zu viel sei. Einer absoluten Mehrheit von 55 % der GPS ist die Halbierung der Treibhausgasemissionen hingegen zu wenig. Bei den anderen Parteien findet sich jeweils mindestens eine relative Mehrheit, welche das Ziel aus dem Pariser Abkommen für angemessen befindet.

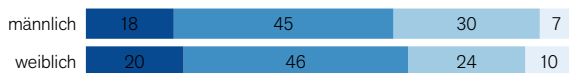
■ Zu wenig ■ Angemessen ■ Zu viel ■ Neutral / Weiss nicht

Schweizweit



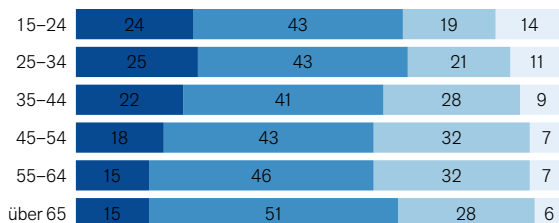
	Total
Zu wenig	19 %
Angemessen	45 %
Zu viel	27 %
Neutral / Weiss nicht	9 %

Geschlecht



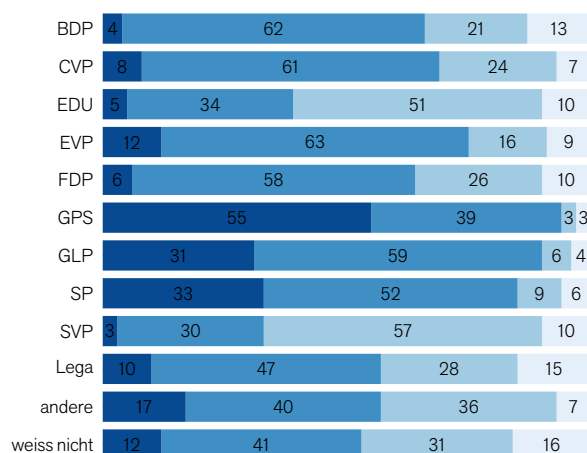
	männlich	weiblich
Zu wenig	18 %	20 %
Angemessen	45 %	46 %
Zu viel	30 %	24 %
Neutral / Weiss nicht	7 %	10 %

Alter



	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64	über 65
Zu wenig	24 %	25 %	22 %	18 %	15 %	15 %
Angemessen	43 %	43 %	41 %	43 %	46 %	51 %
Zu viel	19 %	21 %	28 %	32 %	32 %	28 %
Neutral / Weiss nicht	14 %	11 %	9 %	7 %	7 %	6 %

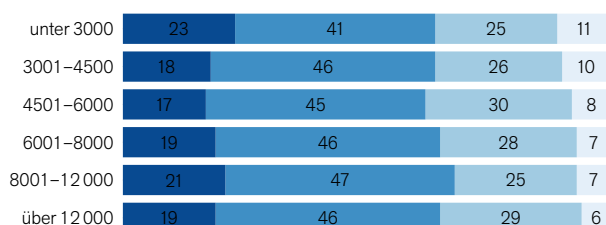
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Zu wenig	4 %	8 %	5 %	12 %	6 %	55 %	31 %
Angemessen	62 %	61 %	34 %	63 %	58 %	39 %	59 %
Zu viel	21 %	24 %	51 %	16 %	26 %	3 %	6 %
Neutral / Weiss nicht	13 %	7 %	10 %	9 %	10 %	3 %	4 %

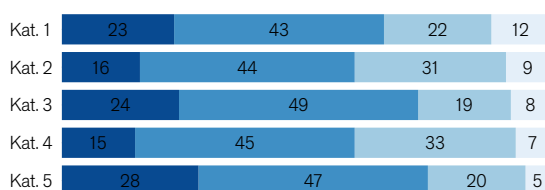
	SP	SVP	Lega	andere	weiss nicht
Zu wenig	33 %	3 %	10 %	17 %	12 %
Angemessen	52 %	30 %	47 %	40 %	41 %
Zu viel	9 %	57 %	28 %	36 %	31 %
Neutral / Weiss nicht	6 %	10 %	15 %	7 %	16 %

Einkommen



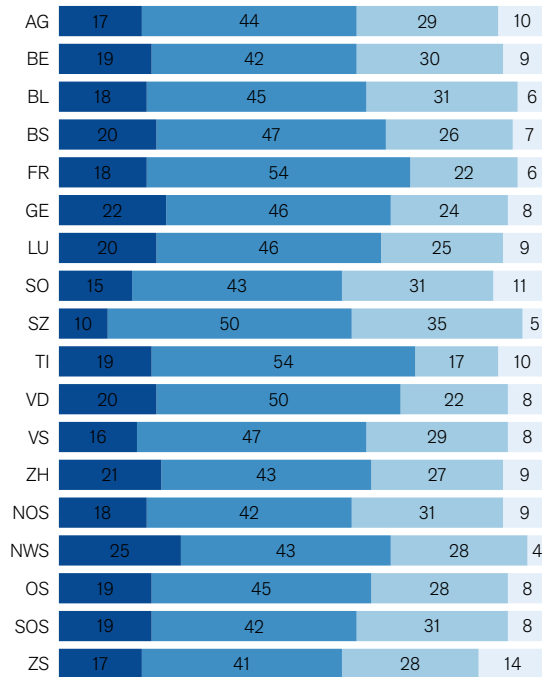
	unter 3000	3001-4500	4501-6000	6001-8000	8001-12000	über 12000
Zu wenig	23 %	18 %	17 %	19 %	21 %	19 %
Angemessen	41 %	46 %	45 %	46 %	47 %	46 %
Zu viel	25 %	26 %	30 %	28 %	25 %	29 %
Neutral / Weiss nicht	11 %	10 %	8 %	7 %	7 %	6 %

Bildung



	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Zu wenig	23 %	16 %	24 %	15 %	28 %
Angemessen	43 %	44 %	49 %	45 %	47 %
Zu viel	22 %	31 %	19 %	33 %	20 %
Neutral / Weiss nicht	12 %	9 %	8 %	7 %	5 %

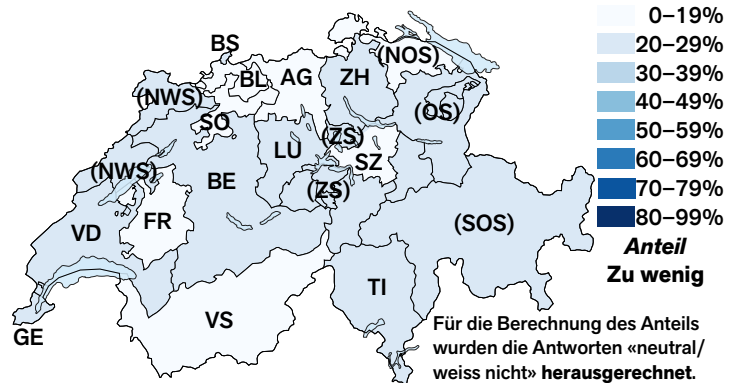
Regionen



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Zu wenig	17 %	19 %	18 %	20 %	18 %	22 %	20 %
Angemessen	44 %	42 %	45 %	47 %	54 %	46 %	46 %
Zu viel	29 %	30 %	31 %	26 %	22 %	24 %	25 %
Neutral / Weiss nicht	10 %	9 %	6 %	7 %	6 %	8 %	9 %

	SO	SZ	TI	VD	VS	ZH	NOS
Zu wenig	15 %	10 %	19 %	20 %	16 %	21 %	18 %
Angemessen	43 %	50 %	54 %	50 %	47 %	43 %	42 %
Zu viel	31 %	35 %	17 %	22 %	29 %	27 %	31 %
Neutral / Weiss nicht	11 %	5 %	10 %	8 %	8 %	9 %	9 %

	NWS	OS	SOS	ZS
Zu wenig	25 %	19 %	19 %	17 %
Angemessen	43 %	45 %	42 %	41 %
Zu viel	28 %	28 %	31 %	28 %
Neutral / Weiss nicht	4 %	8 %	8 %	14 %

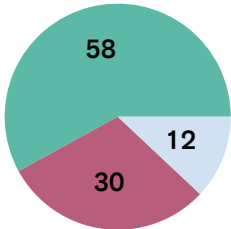


2.5. Die Schweiz soll ihren Energiebedarf baldmöglichst vollständig mit erneuerbaren Energien decken und bis spätestens 2050 aus Öl, Gas und Kohle aussteigen, um die CO2-Nettoemission auf Null zu senken.

Mit 58 % ist eine absolute Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung dafür, dass baldmöglichst der Energiebedarf vollständig durch erneuerbare Energie gedeckt und bis spätestens 2050 aus Öl, Gas und Kohle ausgestiegen wird, um die CO2-Nettoemissionen auf Null zu senken. Auf der anderen Seite stehen 30 % der Stimmbevölkerung diesem Vorhaben negativ gegenüber und 12 % sind unentschieden. Unterschiede zeigen sich bei dieser Frage insbesondere in Bezug auf die Parteizugehörigkeit. Während sich eine deutliche absolute Mehrheit der SVP WählerInnen und eine relative Mehrheit der EDU WählerInnen gegen dieses Vorhaben aussprechen, stehen bei den anderen Parteien mindestens eine relative Mehrheit der WählerInnen hinter diesem.

Bin dafür Bin dagegen Neutral / Weiss nicht

Schweizweit



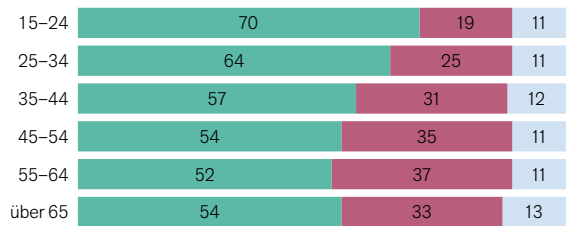
	Total
Bin dafür	58 %
Bin dagegen	30 %
Neutral / Weiss nicht	12 %

Geschlecht



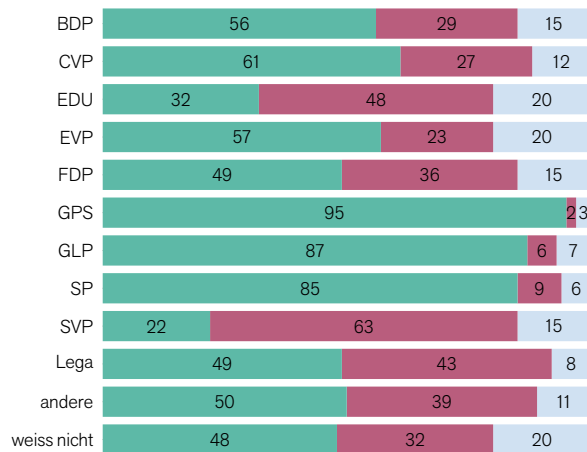
	männlich	weiblich
Bin dafür	56 %	59 %
Bin dagegen	34 %	27 %
Neutral / Weiss nicht	10 %	14 %

Alter



	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64	über 65
Bin dafür	70 %	64 %	57 %	54 %	52 %	54 %
Bin dagegen	19 %	25 %	31 %	35 %	37 %	33 %
Neutral / Weiss nicht	11 %	11 %	12 %	11 %	11 %	13 %

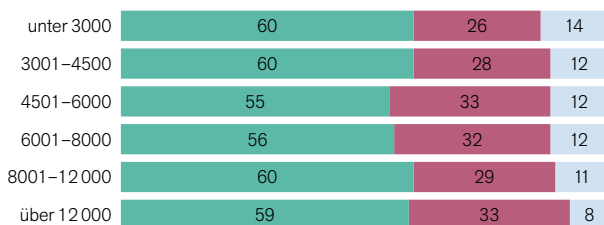
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Bin dafür	56 %	61 %	32 %	57 %	49 %	95 %	87 %
Bin dagegen	29 %	27 %	48 %	23 %	36 %	2 %	6 %
Neutral / Weiss nicht	15 %	12 %	20 %	20 %	15 %	3 %	7 %

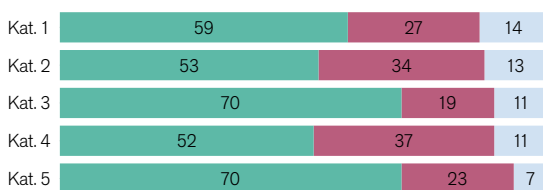
	SP	SVP	Lega	andere	weiss nicht
Bin dafür	85 %	22 %	49 %	50 %	48 %
Bin dagegen	9 %	63 %	43 %	39 %	32 %
Neutral / Weiss nicht	6 %	15 %	8 %	11 %	20 %

Einkommen



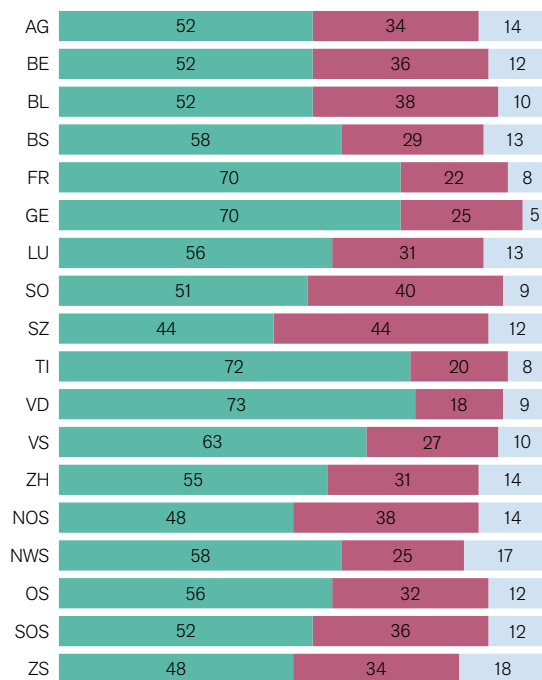
	unter 3000	3001-4500	4501-6000	6001-8000	8001-12 000	über 12 000
Bin dafür	60 %	60 %	55 %	56 %	60 %	59 %
Bin dagegen	26 %	28 %	33 %	32 %	29 %	33 %
Neutral / Weiss nicht	14 %	12 %	12 %	12 %	11 %	8 %

Bildung



	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Bin dafür	59 %	53 %	70 %	52 %	70 %
Bin dagegen	27 %	34 %	19 %	37 %	23 %
Neutral / Weiss nicht	14 %	13 %	11 %	11 %	7 %

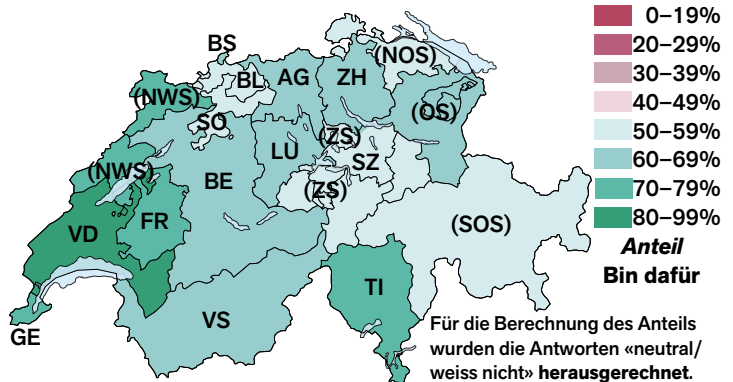
Regionen



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Bin dafür	52 %	52 %	52 %	58 %	70 %	70 %	56 %
Bin dagegen	34 %	36 %	38 %	29 %	22 %	25 %	31 %
Neutral / Weiss nicht	14 %	12 %	10 %	13 %	8 %	5 %	13 %

	SO	SZ	TI	VD	VS	ZH	NOS
Bin dafür	51 %	44 %	72 %	73 %	63 %	55 %	48 %
Bin dagegen	40 %	44 %	20 %	18 %	27 %	31 %	38 %
Neutral / Weiss nicht	9 %	12 %	8 %	9 %	10 %	14 %	14 %

	NWS	OS	SOS	ZS
Bin dafür	58 %	56 %	52 %	48 %
Bin dagegen	25 %	32 %	36 %	34 %
Neutral / Weiss nicht	17 %	12 %	12 %	18 %



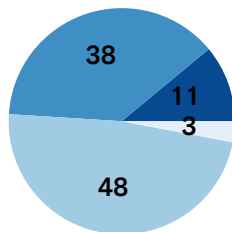
2.6. Sollen Kurzstreckenflüge verboten werden?

Mit 48 % ist eine relative Mehrheit der Stimmbevölkerung gegen ein Verbot von Kurzstreckenflügen. 11 % sind für ein solch Verbot und 37 % sind für eine Verbot, sofern die Zieldestination mit anderen öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar ist.

Mit steigendem Einkommen steigt die Ablehnung eines Verbots von Kurzstreckenflügen deutlich. Während sich bei Einkommen bis zu CHF 4'500 eine relative Mehrheit für eine Kurzstreckenflugverbot bei guten Alternativen ausspricht, steigt die Ablehnungen mit höherem Einkommen kontinuierlich. Ab einem Einkommen von mehr als CHF 8'000 spricht sich eine absolute Mehrheit gegen ein solches Verbot aus. Unterschiede zeigen sich ausserdem in Bezug auf das Alter. Während in allen Altersgruppen bis 65 Jahre eine relative Mehrheit gegen ein Verbot von Kurzstreckenflügen ist, findet sich bei den StimmbürgerInnen über 65 Jahren eine relative Mehrheit, die dafür ist, sofern die Destination auch mit alternativen Verkehrsmitteln gut erreichbar ist.

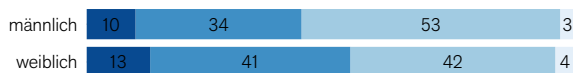
■ Ja ■ Ja, sofern die Destination mit anderen öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar ist ■ Nein ■ Neutral / Weiss nicht

Schweizweit



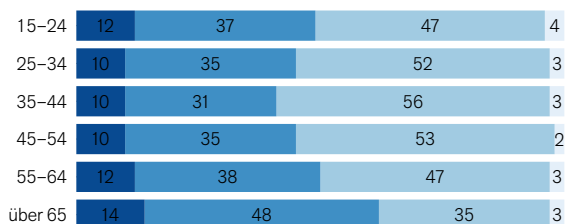
	Total
Ja	11 %
Ja, sofern die Destination mit anderen öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar ist	38 %
Nein	48 %
Neutral / Weiss nicht	3 %

Geschlecht



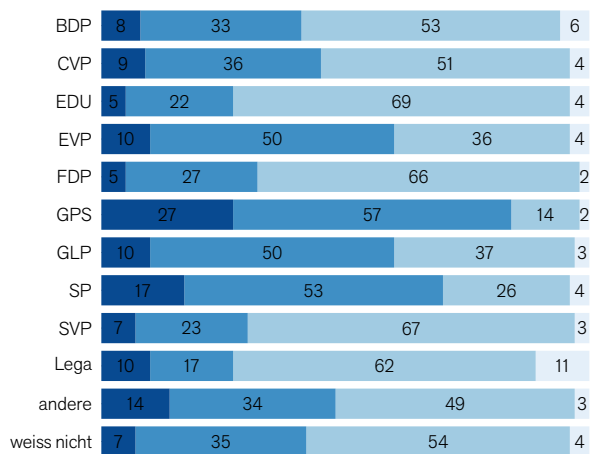
	männlich	weiblich
Ja	10 %	13 %
Ja, sofern die Destination mit anderen öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar ist	34 %	41 %
Nein	53 %	42 %
Neutral / Weiss nicht	3 %	4 %

Alter



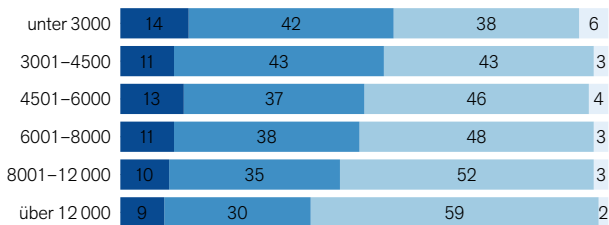
	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64	über 65
Ja	12 %	10 %	10 %	10 %	12 %	14 %
Ja, sofern die Destination mit anderen öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar ist	37 %	35 %	31 %	35 %	38 %	48 %
Nein	47 %	52 %	56 %	53 %	47 %	35 %
Neutral / Weiss nicht	4 %	3 %	3 %	2 %	3 %	3 %

Partei



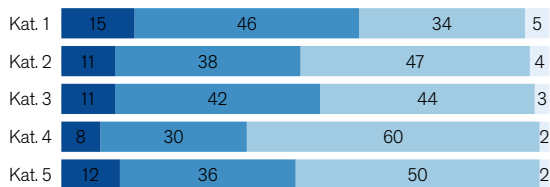
	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Ja	8 %	9 %	5 %	10 %	5 %	27 %	10 %
Ja, sofern die Destination mit anderen öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar ist	33 %	36 %	22 %	50 %	27 %	57 %	50 %
Nein	53 %	51 %	69 %	36 %	66 %	14 %	37 %
Neutral / Weiss nicht	6 %	4 %	4 %	4 %	2 %	2 %	3 %
	SP	SVP	Lega	andere	weiss nicht		
Ja	17 %	7 %	10 %	14 %	7 %		
Ja, sofern die Destination mit anderen öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar ist	53 %	23 %	17 %	34 %	35 %		
Nein	26 %	67 %	62 %	49 %	54 %		
Neutral / Weiss nicht	4 %	3 %	11 %	3 %	4 %		

Einkommen



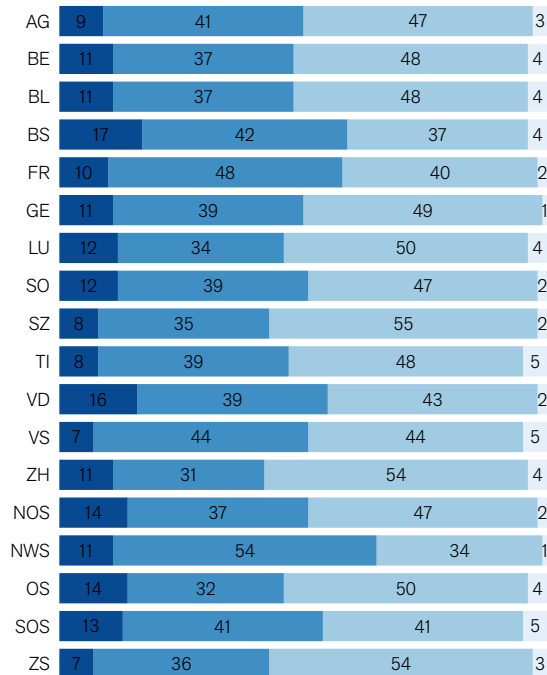
	unter 3000	3001-4500	4501-6000	6001-8000	8001-12 000	über 12 000
Ja	14 %	11 %	13 %	11 %	10 %	9 %
Ja, sofern die Destination mit anderen öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar ist	42 %	43 %	37 %	38 %	35 %	30 %
Nein	38 %	43 %	46 %	48 %	52 %	59 %
Neutral / Weiss nicht	6 %	3 %	4 %	3 %	3 %	2 %

Bildung

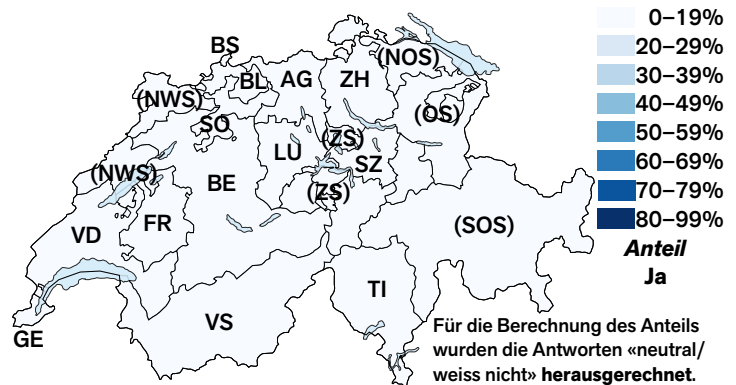


	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Ja	15 %	11 %	11 %	8 %	12 %
Ja, sofern die Destination mit anderen öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar ist	46 %	38 %	42 %	30 %	36 %
Nein	34 %	47 %	44 %	60 %	50 %
Neutral / Weiss nicht	5 %	4 %	3 %	2 %	2 %

Regionen



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Ja	9 %	11 %	11 %	17 %	10 %	11 %	12 %
Ja, sofern die Destination mit anderen öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar ist	41 %	37 %	37 %	42 %	48 %	39 %	34 %
Nein	47 %	48 %	48 %	37 %	40 %	49 %	50 %
Neutral / Weiss nicht	3 %	4 %	4 %	4 %	2 %	1 %	4 %
	SO	SZ	TI	VD	VS	ZH	NOS
Ja	12 %	8 %	8 %	16 %	7 %	11 %	14 %
Ja, sofern die Destination mit anderen öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar ist	39 %	35 %	39 %	39 %	44 %	31 %	37 %
Nein	47 %	55 %	48 %	43 %	44 %	54 %	47 %
Neutral / Weiss nicht	2 %	2 %	5 %	2 %	5 %	4 %	2 %
	NWS	OS	SOS	ZS			
Ja	11 %	14 %	13 %	7 %			
Ja, sofern die Destination mit anderen öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar ist	54 %	32 %	41 %	36 %			
Nein	34 %	50 %	41 %	54 %			
Neutral / Weiss nicht	1 %	4 %	5 %	3 %			

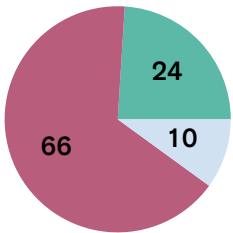


2.7. Für die Benutzung von stark befahrenen Strassen sollen zu Stosszeiten zusätzliche Gebühren erhoben werden (Road-Pricing).

Eine deutliche Mehrheit von 66 % spricht sich gegen Road-Pricing aus, 24 % sind dafür und 10 % stehen dem Vorhaben neutral gegenüber. Während bei allen Parteien mindestens eine relative Mehrheit der WählerInnen gegen zusätzliche Strassengebühren zu Stosszeiten sind, findet sich bei der GPS eine Mehrheit, welche diesem Vorhaben positiv gegenübersteht. Bei allen anderen Kategorien und Gruppen finden sich absolute Mehrheiten, die sich gegen Road-Pricing aussprechen.

Bin dafür Bin dagegen Neutral / Weiss nicht

Schweizweit



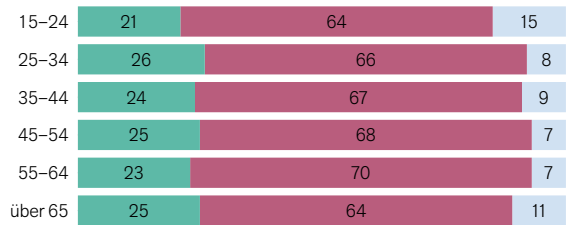
	Total
Bin dafür	24 %
Bin dagegen	66 %
Neutral / Weiss nicht	10 %

Geschlecht



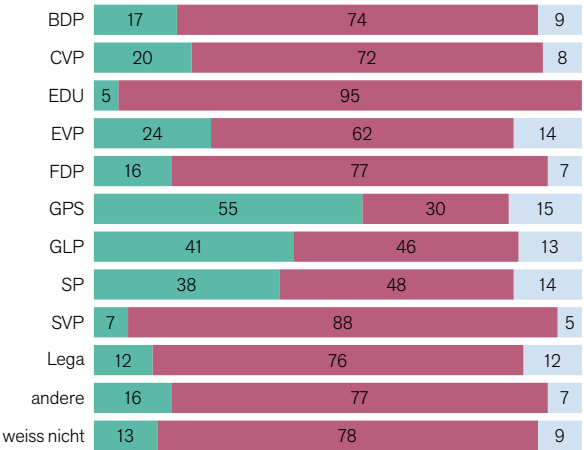
	männlich	weiblich
Bin dafür	23 %	25 %
Bin dagegen	70 %	63 %
Neutral / Weiss nicht	7 %	12 %

Alter



	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64	über 65
Bin dafür	21 %	26 %	24 %	25 %	23 %	25 %
Bin dagegen	64 %	66 %	67 %	68 %	70 %	64 %
Neutral / Weiss nicht	15 %	8 %	9 %	7 %	7 %	11 %

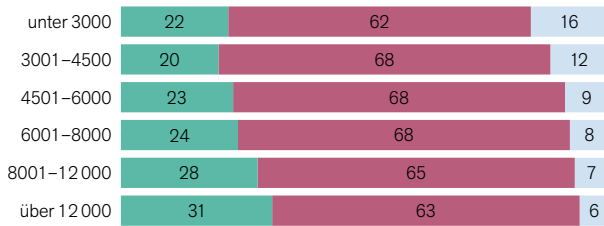
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Bin dafür	17 %	20 %	5 %	24 %	16 %	55 %	41 %
Bin dagegen	74 %	72 %	95 %	62 %	77 %	30 %	46 %
Neutral / Weiss nicht	9 %	8 %	0 %	14 %	7 %	15 %	13 %

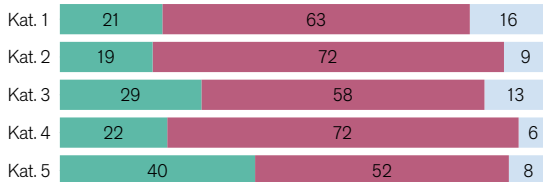
	SP	SVP	Lega	andere	weiss nicht
Bin dafür	38 %	7 %	12 %	16 %	13 %
Bin dagegen	48 %	88 %	76 %	77 %	78 %
Neutral / Weiss nicht	14 %	5 %	12 %	7 %	9 %

Einkommen



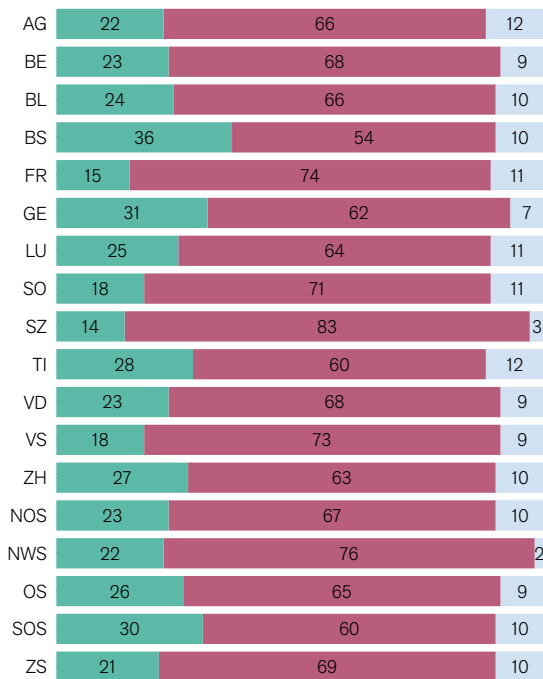
	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Bin dafür	22 %	20 %	23 %	24 %	28 %	31 %
Bin dagegen	62 %	68 %	68 %	68 %	65 %	63 %
Neutral / Weiss nicht	16 %	12 %	9 %	8 %	7 %	6 %

Bildung



	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Bin dafür	21 %	19 %	29 %	22 %	40 %
Bin dagegen	63 %	72 %	58 %	72 %	52 %
Neutral / Weiss nicht	16 %	9 %	13 %	6 %	8 %

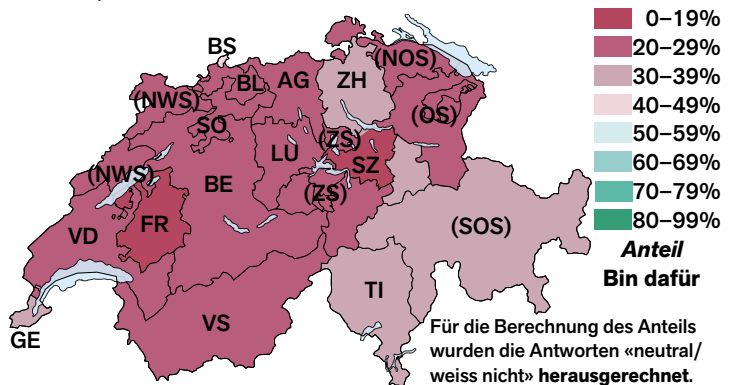
Regionen



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Bin dafür	22 %	23 %	24 %	36 %	15 %	31 %	25 %
Bin dagegen	66 %	68 %	66 %	54 %	74 %	62 %	64 %
Neutral / Weiss nicht	12 %	9 %	10 %	10 %	11 %	7 %	11 %

	SO	SZ	TI	VD	VS	ZH	NOS
Bin dafür	18 %	14 %	28 %	23 %	18 %	27 %	23 %
Bin dagegen	71 %	83 %	60 %	68 %	73 %	63 %	67 %
Neutral / Weiss nicht	11 %	3 %	12 %	9 %	9 %	10 %	10 %

	NWS	OS	SOS	ZS
Bin dafür	22 %	26 %	30 %	21 %
Bin dagegen	76 %	65 %	60 %	69 %
Neutral / Weiss nicht	2 %	9 %	10 %	10 %

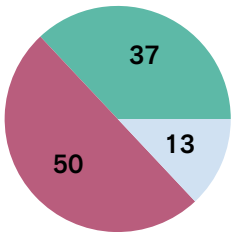


2.8. In der Schweiz sollen bis 2050 Verbrennungsmotoren (Benzin- und Dieselfahrzeuge) verboten werden.

Das Verbot von Verbrennungsmotoren lehnt eine relative Mehrheit von 50 % der Schweizer Stimmbevölkerung gegenüber 37 % der BefürworterInnen ab. Die grösste Ablehnung findet der Vorschlag bei der SVP und EDU (82 % resp. 81 %). Eine absolute Mehrheit ergibt sich nur in der GPS (78 %), SP (64 %) und GLP (60 %). Bezüglich der unterschiedlichen Einkommens- und Bildungsgruppen sowie den Regionen finden sich keine signifikanten Differenzen.

Bin dafür Bin dagegen Neutral / Weiss nicht

Schweizweit



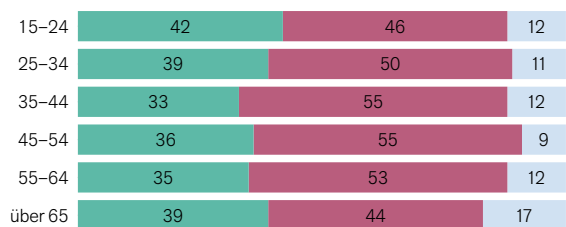
	Total
Bin dafür	37 %
Bin dagegen	50 %
Neutral / Weiss nicht	13 %

Geschlecht



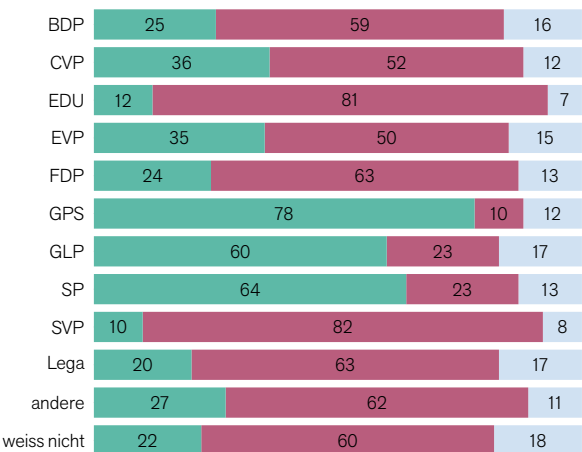
	männlich	weiblich
Bin dafür	35 %	39 %
Bin dagegen	56 %	46 %
Neutral / Weiss nicht	9 %	15 %

Alter



	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64	über 65
Bin dafür	42 %	39 %	33 %	36 %	35 %	39 %
Bin dagegen	46 %	50 %	55 %	55 %	53 %	44 %
Neutral / Weiss nicht	12 %	11 %	12 %	9 %	12 %	17 %

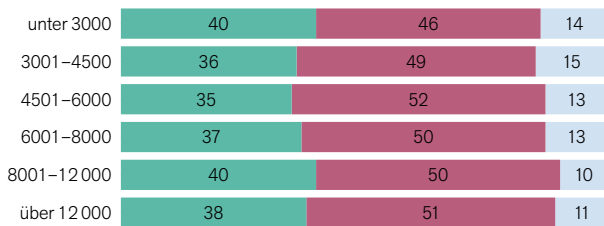
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Bin dafür	25 %	36 %	12 %	35 %	24 %	78 %	60 %
Bin dagegen	59 %	52 %	81 %	50 %	63 %	10 %	23 %
Neutral / Weiss nicht	16 %	12 %	7 %	15 %	13 %	12 %	17 %

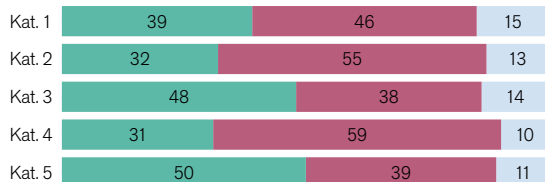
	SP	SVP	Lega	andere	weiss nicht
Bin dafür	64 %	10 %	20 %	27 %	22 %
Bin dagegen	23 %	82 %	63 %	62 %	60 %
Neutral / Weiss nicht	13 %	8 %	17 %	11 %	18 %

Einkommen



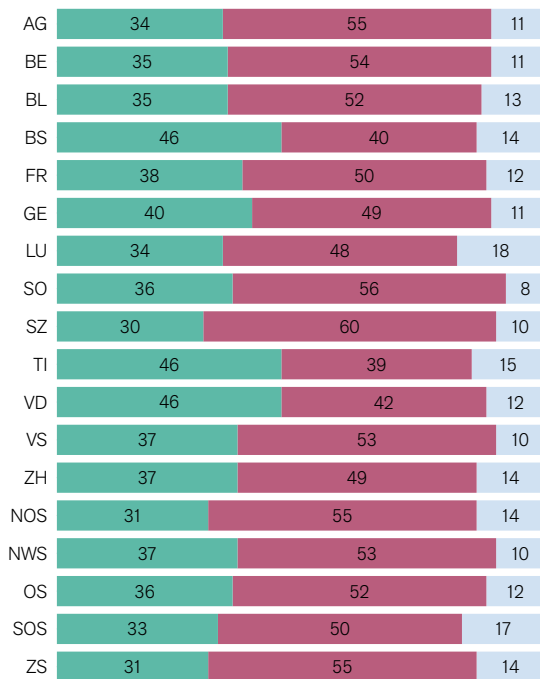
	unter 3000	3001-4500	4501-6000	6001-8000	8001-12 000	über 12 000
Bin dafür	40 %	36 %	35 %	37 %	40 %	38 %
Bin dagegen	46 %	49 %	52 %	50 %	50 %	51 %
Neutral / Weiss nicht	14 %	15 %	13 %	13 %	10 %	11 %

Bildung



	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Bin dafür	39 %	32 %	48 %	31 %	50 %
Bin dagegen	46 %	55 %	38 %	59 %	39 %
Neutral / Weiss nicht	15 %	13 %	14 %	10 %	11 %

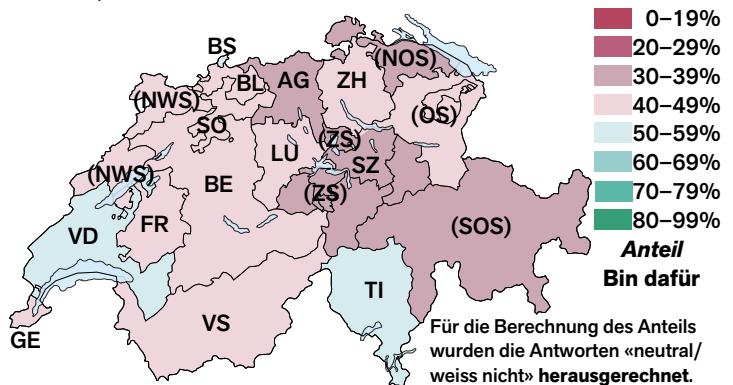
Regionen



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Bin dafür	34 %	35 %	35 %	46 %	38 %	40 %	34 %
Bin dagegen	55 %	54 %	52 %	40 %	50 %	49 %	48 %
Neutral / Weiss nicht	11 %	11 %	13 %	14 %	12 %	11 %	18 %

	SO	SZ	TI	VD	VS	ZH	NOS
Bin dafür	36 %	30 %	46 %	46 %	37 %	37 %	31 %
Bin dagegen	56 %	60 %	39 %	42 %	53 %	49 %	55 %
Neutral / Weiss nicht	8 %	10 %	15 %	12 %	10 %	14 %	14 %

	NWS	OS	SOS	ZS
Bin dafür	37 %	36 %	33 %	31 %
Bin dagegen	53 %	52 %	50 %	55 %
Neutral / Weiss nicht	10 %	12 %	17 %	14 %

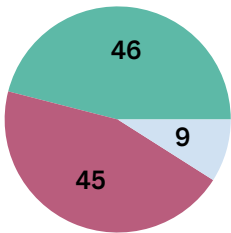


2.9. In der Schweiz sollen vier autofreie Sonntage pro Jahr eingeführt werden.

Die Einführung von vier autofreien Sonntagen pro Jahr wird von 46 % der Schweizer StimmbürgerInnen befürwortet. Damit erzielen die BefürworterInnen der autofreien Sonntage eine knappe relative Mehrheit gegenüber den 45 %, die dagegen sind. Interessant hierbei ist, dass eine absolute Mehrheit der Frauen (53 %) für autofreie Sonntage ist, während bei den Männern eine absolute Mehrheit (54 %) dagegen ist. Parteispezifisch ist der grösste Ja-Anteil mit 77 % bei den Grünen zu finden. Etwas weniger Zustimmung erhält der Vorschlag mit 27 % Nein-Anteil bei der FDP.

Bin dafür Bin dagegen Neutral / Weiss nicht

Schweizweit



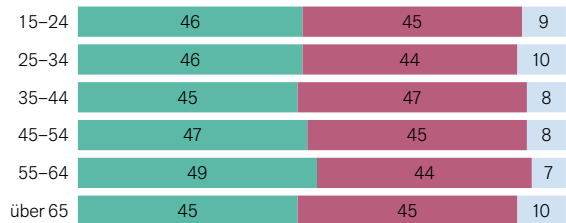
	Total
Bin dafür	46 %
Bin dagegen	45 %
Neutral / Weiss nicht	9 %

Geschlecht



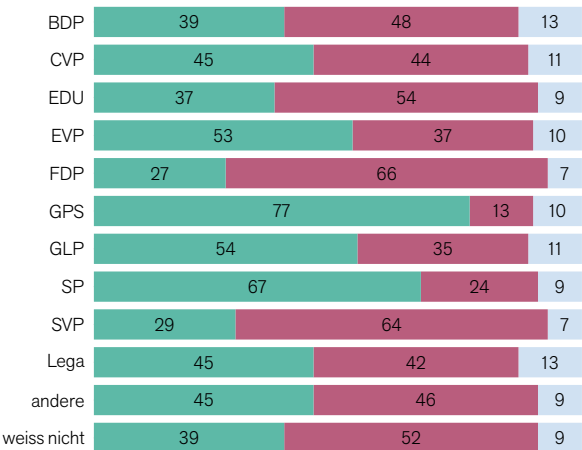
	männlich	weiblich
Bin dafür	38 %	53 %
Bin dagegen	54 %	37 %
Neutral / Weiss nicht	8 %	10 %

Alter



	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64	über 65
Bin dafür	46 %	46 %	45 %	47 %	49 %	45 %
Bin dagegen	45 %	44 %	47 %	45 %	44 %	45 %
Neutral / Weiss nicht	9 %	10 %	8 %	8 %	7 %	10 %

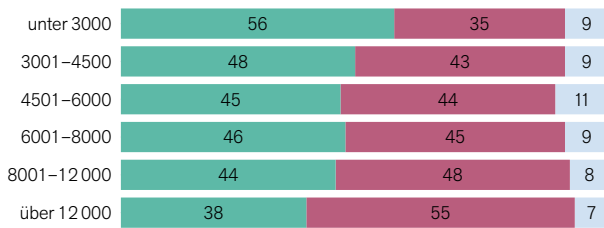
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Bin dafür	39 %	45 %	37 %	53 %	27 %	77 %	54 %
Bin dagegen	48 %	44 %	54 %	37 %	66 %	13 %	35 %
Neutral / Weiss nicht	13 %	11 %	9 %	10 %	7 %	10 %	11 %

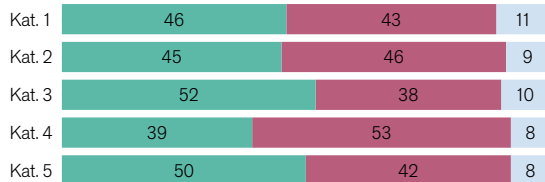
	SP	SVP	Lega	andere	weiss nicht
Bin dafür	67 %	29 %	45 %	45 %	39 %
Bin dagegen	24 %	64 %	42 %	46 %	52 %
Neutral / Weiss nicht	9 %	7 %	13 %	9 %	9 %

Einkommen



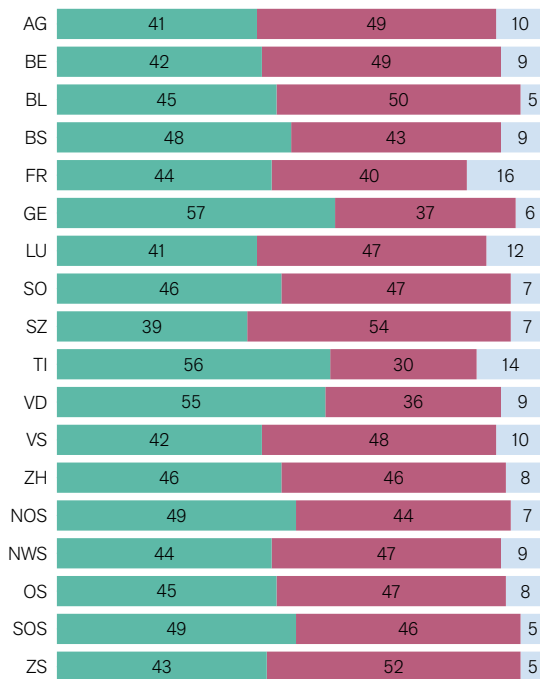
	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Bin dafür	56 %	48 %	45 %	46 %	44 %	38 %
Bin dagegen	35 %	43 %	44 %	45 %	48 %	55 %
Neutral / Weiss nicht	9 %	9 %	11 %	9 %	8 %	7 %

Bildung



	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Bin dafür	46 %	45 %	52 %	39 %	50 %
Bin dagegen	43 %	46 %	38 %	53 %	42 %
Neutral / Weiss nicht	11 %	9 %	10 %	8 %	8 %

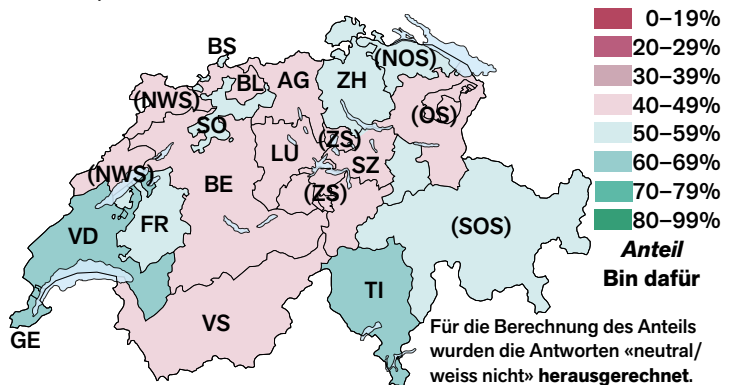
Regionen



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Bin dafür	41 %	42 %	45 %	48 %	44 %	57 %	41 %
Bin dagegen	49 %	49 %	50 %	43 %	40 %	37 %	47 %
Neutral / Weiss nicht	10 %	9 %	5 %	9 %	16 %	6 %	12 %

	SO	SZ	TI	VD	VS	ZH	NOS
Bin dafür	46 %	39 %	56 %	55 %	42 %	46 %	49 %
Bin dagegen	47 %	54 %	30 %	36 %	48 %	46 %	44 %
Neutral / Weiss nicht	7 %	7 %	14 %	9 %	10 %	8 %	7 %

	NWS	OS	SOS	ZS
Bin dafür	44 %	45 %	49 %	43 %
Bin dagegen	47 %	47 %	46 %	52 %
Neutral / Weiss nicht	9 %	8 %	5 %	5 %

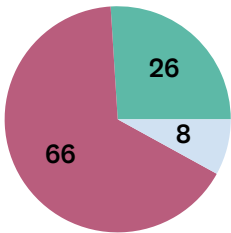


2.10. In der Schweiz soll eine Fleischsteuer eingeführt werden, um die CO2-Belastung durch den Fleischkonsum zu senken.

Der Vorschlag in der Schweiz eine Fleischsteuer einzuführen, wird von der Schweizer Stimmbevölkerung mit 66 % klar abgelehnt. Nur 26 % der StimmbürgerInnen befürworten den Vorschlag. Die starke Ablehnung erstreckt sich über alle Geschlechts-, Alters-, Bildungs- und Einkommensgruppen sowie Regionen hinweg. Einzig bei den Grünen befürwortet den Vorschlag eine absolute Mehrheit (66 %).

Bin dafür Bin dagegen Neutral / Weiss nicht

Schweizweit



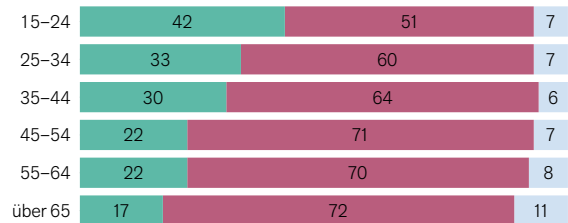
	Total
Bin dafür	26 %
Bin dagegen	66 %
Neutral / Weiss nicht	8 %

Geschlecht



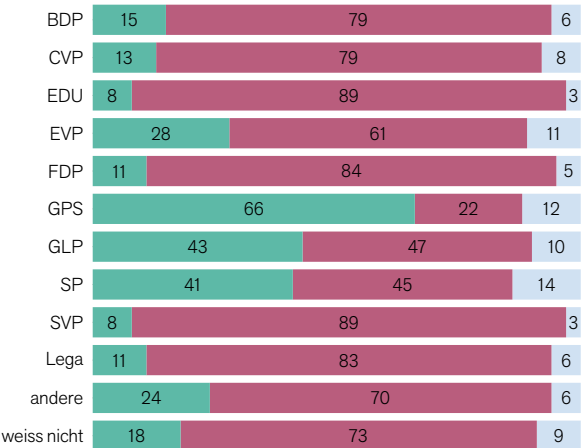
	männlich	weiblich
Bin dafür	21 %	31 %
Bin dagegen	73 %	59 %
Neutral / Weiss nicht	6 %	10 %

Alter



	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64	über 65
Bin dafür	42 %	33 %	30 %	22 %	22 %	17 %
Bin dagegen	51 %	60 %	64 %	71 %	70 %	72 %
Neutral / Weiss nicht	7 %	7 %	6 %	7 %	8 %	11 %

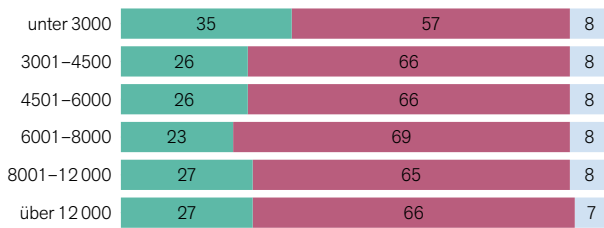
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Bin dafür	15 %	13 %	8 %	28 %	11 %	66 %	43 %
Bin dagegen	79 %	79 %	89 %	61 %	84 %	22 %	47 %
Neutral / Weiss nicht	6 %	8 %	3 %	11 %	5 %	12 %	10 %

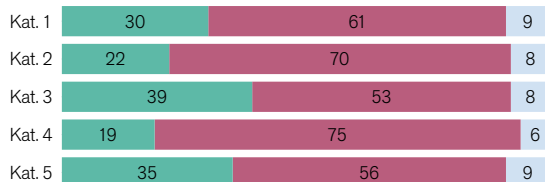
	SP	SVP	Lega	andere	weiss nicht
Bin dafür	41 %	8 %	11 %	24 %	18 %
Bin dagegen	45 %	89 %	83 %	70 %	73 %
Neutral / Weiss nicht	14 %	3 %	6 %	6 %	9 %

Einkommen



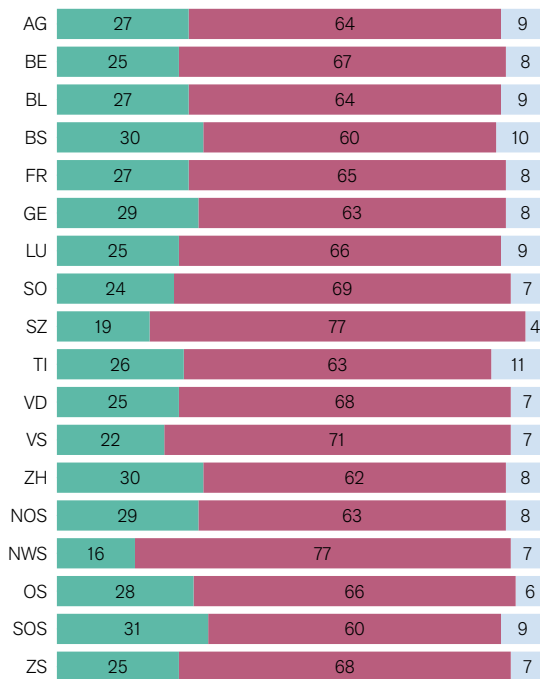
	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Bin dafür	35 %	26 %	26 %	23 %	27 %	27 %
Bin dagegen	57 %	66 %	66 %	69 %	65 %	66 %
Neutral / Weiss nicht	8 %	8 %	8 %	8 %	8 %	7 %

Bildung



	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Bin dafür	30 %	22 %	39 %	19 %	35 %
Bin dagegen	61 %	70 %	53 %	75 %	56 %
Neutral / Weiss nicht	9 %	8 %	8 %	6 %	9 %

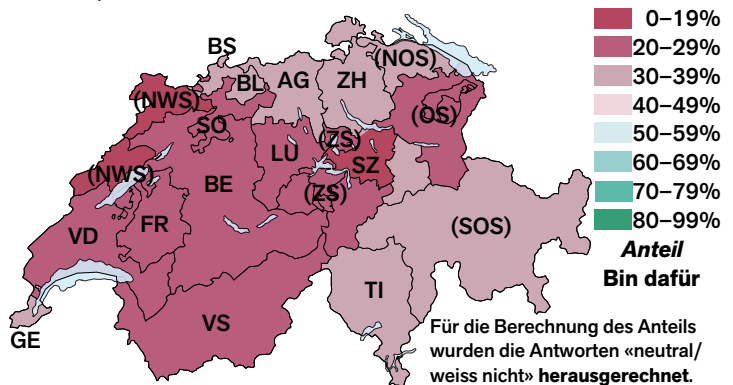
Regionen



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Bin dafür	27 %	25 %	27 %	30 %	27 %	29 %	25 %
Bin dagegen	64 %	67 %	64 %	60 %	65 %	63 %	66 %
Neutral / Weiss nicht	9 %	8 %	9 %	10 %	8 %	8 %	9 %

	SO	SZ	TI	VD	VS	ZH	NOS
Bin dafür	24 %	19 %	26 %	25 %	22 %	30 %	29 %
Bin dagegen	69 %	77 %	63 %	68 %	71 %	62 %	63 %
Neutral / Weiss nicht	7 %	4 %	11 %	7 %	7 %	8 %	8 %

	NWS	OS	SOS	ZS
Bin dafür	16 %	28 %	31 %	25 %
Bin dagegen	77 %	66 %	60 %	68 %
Neutral / Weiss nicht	7 %	6 %	9 %	7 %

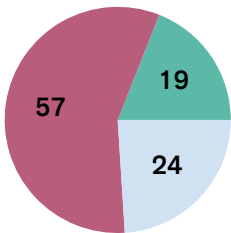


2.11. Die Schweiz soll ihre Treibhausgasemissionen grösstenteils durch nachhaltige Investitionsprojekte im Ausland, anstatt durch Massnahmen im Inland, kompensieren.

Mit 57 % ist eine absolute Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung dagegen, dass die Schweiz ihre Treibhausgasemissionen durch nachhaltige Investitionsprojekte im Ausland kompensiert. Die Statistik weist keine beachtlichen Unterschiede bezüglich des Alters und der Bildung der WählerInnen. Auch in Bezug auf das Einkommen lassen sich keine eindeutigen Tendenzen erkennen. Der einzige Kanton, in welchem die Frage mit einer relativen Mehrheit abgelehnt wurde (40 %) ist der Kanton Tessin, wobei zwischen den anderen Regionen der Schweiz keine markanten Unterschiede festzustellen sind.

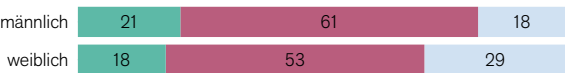
■ Bin dafür
 ■ Bin dagegen
 ■ Neutral / Weiss nicht

Schweizweit



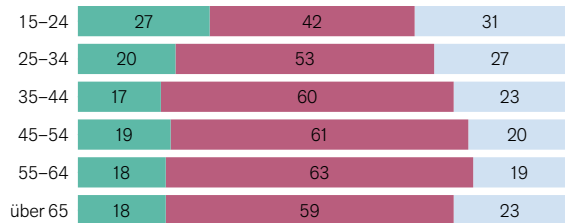
	Total
Bin dafür	19 %
Bin dagegen	57 %
Neutral / Weiss nicht	24 %

Geschlecht



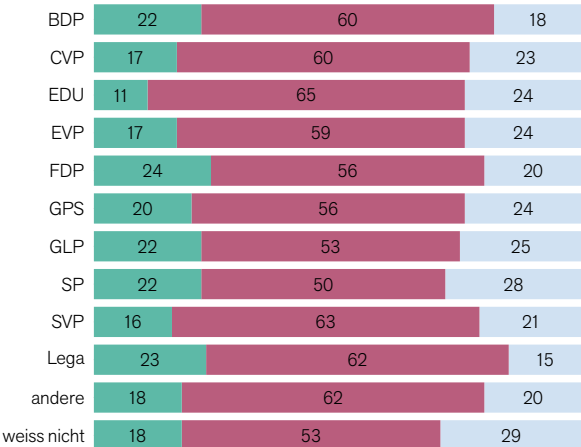
	männlich	weiblich
Bin dafür	21 %	18 %
Bin dagegen	61 %	53 %
Neutral / Weiss nicht	18 %	29 %

Alter



	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64	über 65
Bin dafür	27 %	20 %	17 %	19 %	18 %	18 %
Bin dagegen	42 %	53 %	60 %	61 %	63 %	59 %
Neutral / Weiss nicht	31 %	27 %	23 %	20 %	19 %	23 %

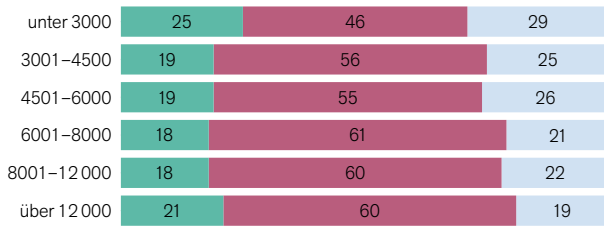
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Bin dafür	22 %	17 %	11 %	17 %	24 %	20 %	22 %
Bin dagegen	60 %	60 %	65 %	59 %	56 %	56 %	53 %
Neutral / Weiss nicht	18 %	23 %	24 %	24 %	20 %	24 %	25 %

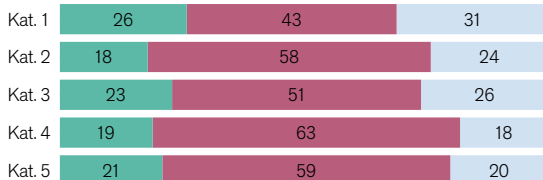
	SP	SVP	Lega	andere	weiss nicht
Bin dafür	22 %	16 %	23 %	18 %	18 %
Bin dagegen	50 %	63 %	62 %	62 %	53 %
Neutral / Weiss nicht	28 %	21 %	15 %	20 %	29 %

Einkommen



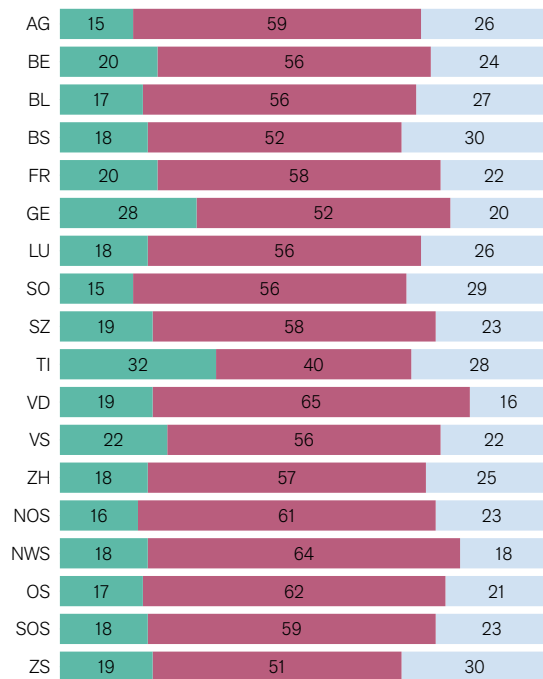
	unter 3000	3001-4500	4501-6000	6001-8000	8001-12 000	über 12 000
Bin dafür	25 %	19 %	19 %	18 %	18 %	21 %
Bin dagegen	46 %	56 %	55 %	61 %	60 %	60 %
Neutral / Weiss nicht	29 %	25 %	26 %	21 %	22 %	19 %

Bildung



	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Bin dafür	26 %	18 %	23 %	19 %	21 %
Bin dagegen	43 %	58 %	51 %	63 %	59 %
Neutral / Weiss nicht	31 %	24 %	26 %	18 %	20 %

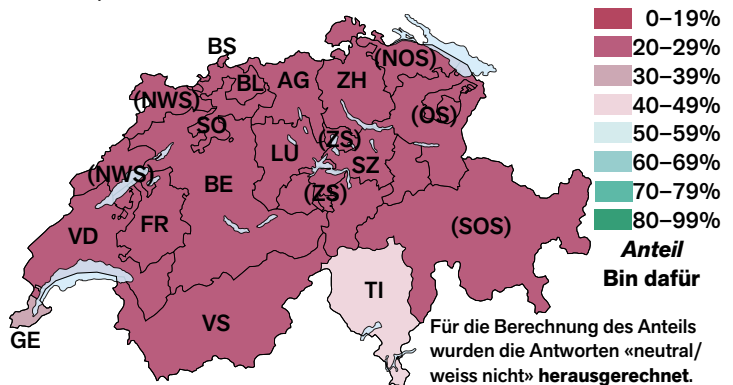
Regionen



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Bin dafür	15 %	20 %	17 %	18 %	20 %	28 %	18 %
Bin dagegen	59 %	56 %	56 %	52 %	58 %	52 %	56 %
Neutral / Weiss nicht	26 %	24 %	27 %	30 %	22 %	20 %	26 %

	SO	SZ	TI	VD	VS	ZH	NOS
Bin dafür	15 %	19 %	32 %	19 %	22 %	18 %	16 %
Bin dagegen	56 %	58 %	40 %	65 %	56 %	57 %	61 %
Neutral / Weiss nicht	29 %	23 %	28 %	16 %	22 %	25 %	23 %

	NWS	OS	SOS	ZS
Bin dafür	18 %	17 %	18 %	19 %
Bin dagegen	64 %	62 %	59 %	51 %
Neutral / Weiss nicht	18 %	21 %	23 %	30 %

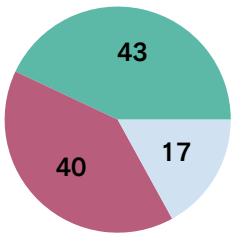


2.12. Soll in der Schweiz eine monetäre Abgabe pro Tonne CO2-Ausstoss für Unternehmen eingeführt werden?

Mit 43 % befürwortet eine relative Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung eine monetäre Abgabe pro Tonne CO₂-Ausstoss für Unternehmen. Allerdings ist der Anteil der Nein-Stimmen mit 40 % fast gleich gross. Mit 17 % ist ein signifikanter Anteil unentschlossen. Interessant ist, dass nur bei den Bildungskategorien 3 und 5 eine absolute Mehrheit (je 55 %) den Vorschlag befürwortet. Bei den Parteien zeigen sich ebenfalls signifikante Unterschiede: Während bei den Grünen (79 %), der SP (70 %) und der GLP (62 %) eine absolute Mehrheit eine CO₂ Abgabe befürwortet, lehnt dies bei der SVP (70 %), EDU (66 %), Lega (58 %) und FDP (56 %) eine absolute Mehrheit ab.

Bin dafür Bin dagegen Neutral / Weiss nicht

Schweizweit



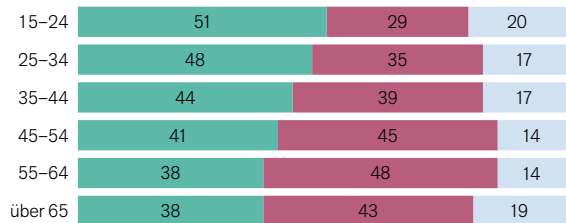
	Total
Bin dafür	43 %
Bin dagegen	40 %
Neutral / Weiss nicht	17 %

Geschlecht



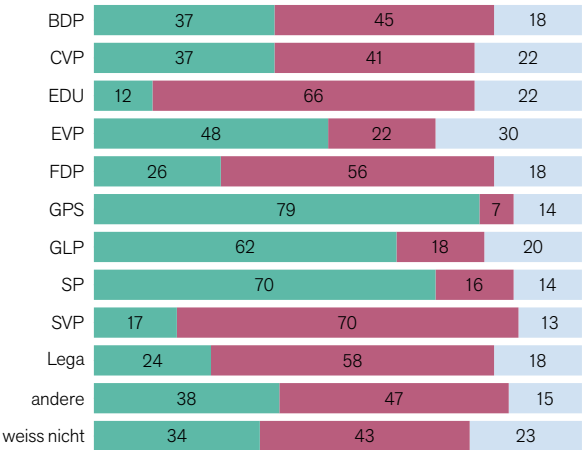
	männlich	weiblich
Bin dafür	39 %	46 %
Bin dagegen	48 %	34 %
Neutral / Weiss nicht	13 %	20 %

Alter



	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
Bin dafür	51 %	48 %	44 %	41 %	38 %	38 %
Bin dagegen	29 %	35 %	39 %	45 %	48 %	43 %
Neutral / Weiss nicht	20 %	17 %	17 %	14 %	14 %	19 %

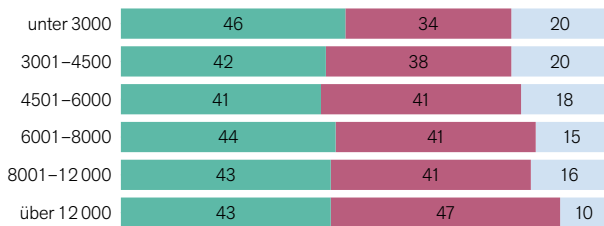
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Bin dafür	37 %	37 %	12 %	48 %	26 %	79 %	62 %
Bin dagegen	45 %	41 %	66 %	22 %	56 %	7 %	18 %
Neutral / Weiss nicht	18 %	22 %	22 %	30 %	18 %	14 %	20 %

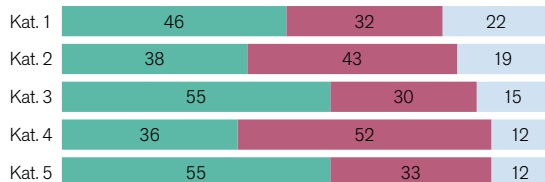
	SP	SVP	Lega	andere	weiss nicht
Bin dafür	70 %	17 %	24 %	38 %	34 %
Bin dagegen	16 %	70 %	58 %	47 %	43 %
Neutral / Weiss nicht	14 %	13 %	18 %	15 %	23 %

Einkommen



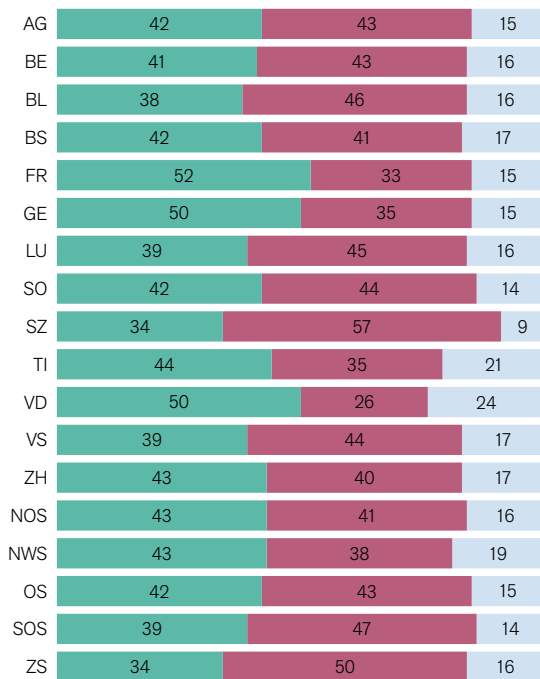
	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Bin dafür	46 %	42 %	41 %	44 %	43 %	43 %
Bin dagegen	34 %	38 %	41 %	41 %	41 %	47 %
Neutral / Weiss nicht	20 %	20 %	18 %	15 %	16 %	10 %

Bildung



	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Bin dafür	46 %	38 %	55 %	36 %	55 %
Bin dagegen	32 %	43 %	30 %	52 %	33 %
Neutral / Weiss nicht	22 %	19 %	15 %	12 %	12 %

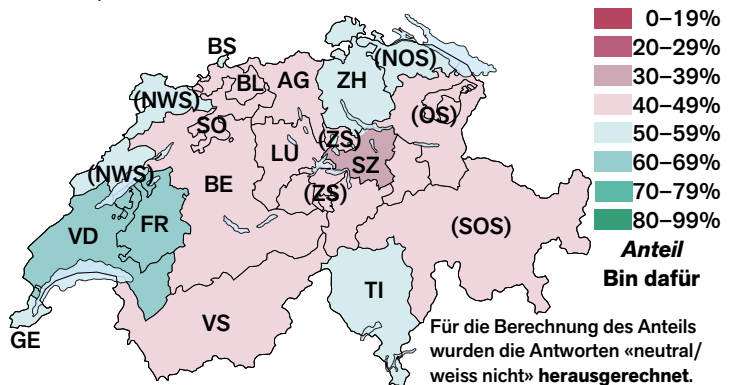
Regionen



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Bin dafür	42 %	41 %	38 %	42 %	52 %	50 %	39 %
Bin dagegen	43 %	43 %	46 %	41 %	33 %	35 %	45 %
Neutral / Weiss nicht	15 %	16 %	16 %	17 %	15 %	15 %	16 %

	SO	SZ	TI	VD	VS	ZH	NOS
Bin dafür	42 %	34 %	44 %	50 %	39 %	43 %	43 %
Bin dagegen	44 %	57 %	35 %	26 %	44 %	40 %	41 %
Neutral / Weiss nicht	14 %	9 %	21 %	24 %	17 %	17 %	16 %

	NWS	OS	SOS	ZS
Bin dafür	43 %	42 %	39 %	34 %
Bin dagegen	38 %	43 %	47 %	50 %
Neutral / Weiss nicht	19 %	15 %	14 %	16 %

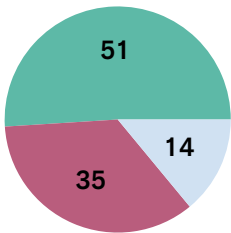


2.13. Die Umweltschutzorganisation WWF fordert von Staaten, dass Gesetze auf ihre Klimaverträglichkeit überprüft werden sollen. Der Kanton Basel-Stadt hat bereits beschlossen, dass jedes politische Geschäft auf seine Auswirkungen bezüglich des Klimas geprüft werden muss. Befürworten Sie eine solche Bestimmung auch auf Bundesebene?

Eine absolute Mehrheit von 51 % der Schweizer Stimmbevölkerung befürwortet die Überprüfung von Gesetzen auf ihre Klimaverträglichkeit auf nationaler Ebene. Fast in allen Regionen, mit Ausnahme von Schwyz (34 %) und der Zentralschweiz (39 %), befürwortet eine relative Mehrheit den Vorschlag. In Basel-Stadt, wo bereits eine solche Überprüfung auf kantonaler Ebene umgesetzt wird, befürworten 58 % der StimmbürgerInnen den Vorschlag. Bei den Parteien wiederum, fallen diese Unterschiede auf: Bei den Grünen gibt es 92 % BefürworterInnen, währenddem bei der EDU nur 19 % BefürworterInnen vorliegen.

Ja Nein Neutral / Weiss nicht

Schweizweit



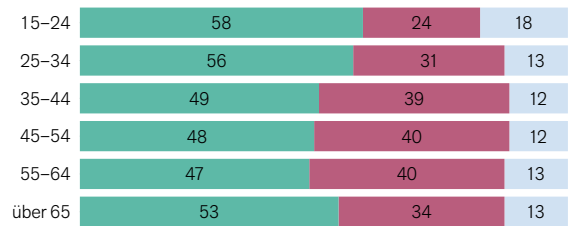
	Total
Ja	51 %
Nein	35 %
Neutral / Weiss nicht	14 %

Geschlecht



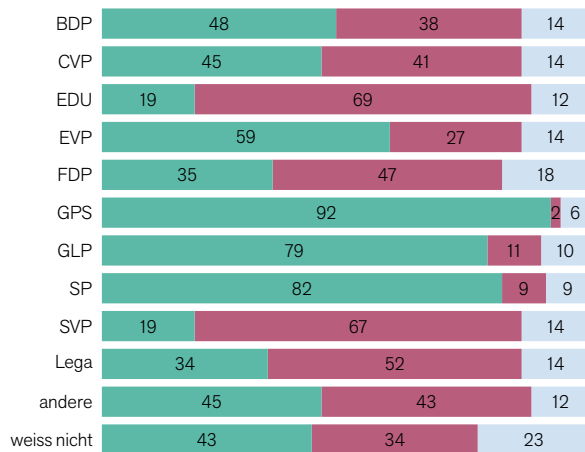
	männlich	weiblich
Ja	44 %	58 %
Nein	44 %	27 %
Neutral / Weiss nicht	12 %	15 %

Alter



	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64	über 65
Ja	58 %	56 %	49 %	48 %	47 %	53 %
Nein	24 %	31 %	39 %	40 %	40 %	34 %
Neutral / Weiss nicht	18 %	13 %	12 %	12 %	13 %	13 %

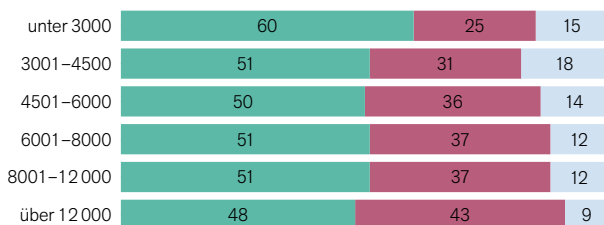
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Ja	48 %	45 %	19 %	59 %	35 %	92 %	79 %
Nein	38 %	41 %	69 %	27 %	47 %	2 %	11 %
Neutral / Weiss nicht	14 %	14 %	12 %	14 %	18 %	6 %	10 %

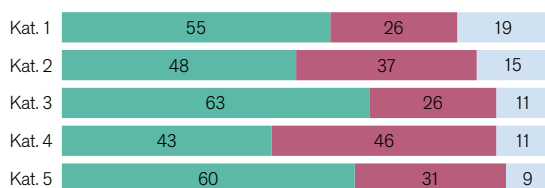
	SP	SVP	Lega	andere	weiss nicht
Ja	82 %	19 %	34 %	45 %	43 %
Nein	9 %	67 %	52 %	43 %	34 %
Neutral / Weiss nicht	9 %	14 %	14 %	12 %	23 %

Einkommen



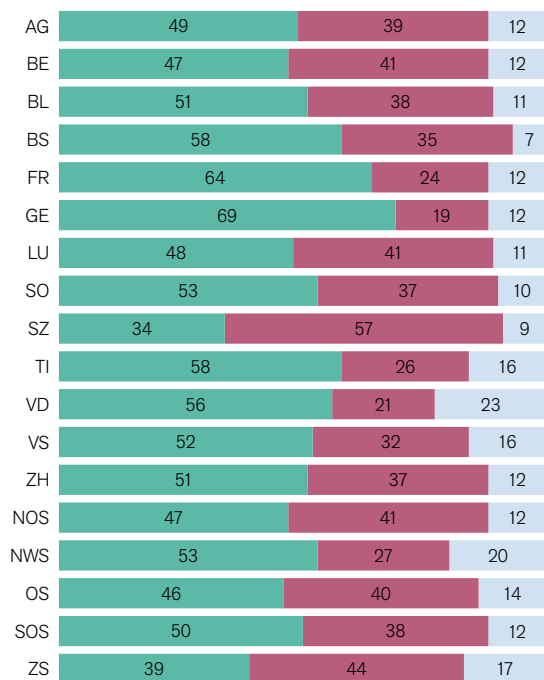
	unter 3000	3001-4500	4501-6000	6001-8000	8001-12 000	über 12 000
Ja	60 %	51 %	50 %	51 %	51 %	48 %
Nein	25 %	31 %	36 %	37 %	37 %	43 %
Neutral / Weiss nicht	15 %	18 %	14 %	12 %	12 %	9 %

Bildung



	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Ja	55 %	48 %	63 %	43 %	60 %
Nein	26 %	37 %	26 %	46 %	31 %
Neutral / Weiss nicht	19 %	15 %	11 %	11 %	9 %

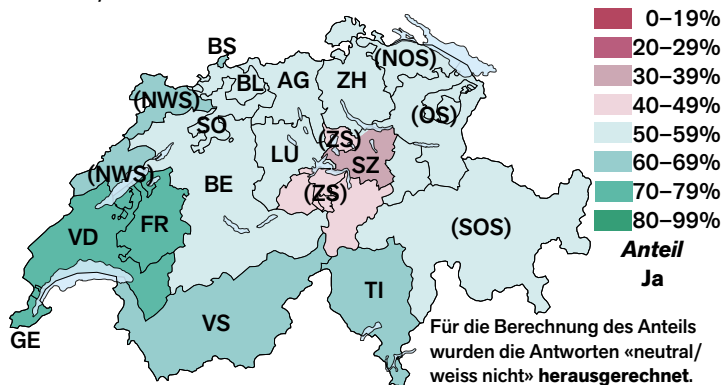
Regionen



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Ja	49 %	47 %	51 %	58 %	64 %	69 %	48 %
Nein	39 %	41 %	38 %	35 %	24 %	19 %	41 %
Neutral / Weiss nicht	12 %	12 %	11 %	7 %	12 %	12 %	11 %

	SO	SZ	TI	VD	VS	ZH	NOS
Ja	53 %	34 %	58 %	56 %	52 %	51 %	47 %
Nein	37 %	57 %	26 %	21 %	32 %	37 %	41 %
Neutral / Weiss nicht	10 %	9 %	16 %	23 %	16 %	12 %	12 %

	NWS	OS	SOS	ZS
Ja	53 %	46 %	50 %	39 %
Nein	27 %	40 %	38 %	44 %
Neutral / Weiss nicht	20 %	14 %	12 %	17 %

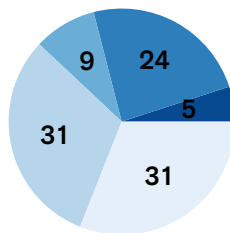


2.14. Sind Sie mit der momentanen Flüchtlingspolitik der Schweiz zufrieden?

Bezüglich der aktuellen Flüchtlingspolitik ist eine Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung unzufrieden. 31 % sind unzufrieden und 31 % eher unzufrieden. Dem gegenüber stehen 24 % der Wählerschaft, die eher zufrieden sind mit der Flüchtlingspolitik der Schweiz und 5 % sind zufrieden. Frauen sind in der Tendenz etwas kritischer und mit zunehmendem Alter steigt die Zufriedenheit mit der momentanen Flüchtlingspolitik leicht. Insbesondere WählerInnen der SVP und der Lega sind eher (29 % bzw. 35 %) bis sehr unzufrieden (63 % bzw. 55 %). Bezüglich des Einkommens befürworten StimmbürgerInnen mit zunehmendem Einkommen die aktuelle Flüchtlingspolitik eher.

Stimme zu
 Stimme eher zu
 Neutral / Weiss nicht
 Stimme eher nicht zu
 Stimme nicht zu

Schweizweit



	Total
Stimme zu	5 %
Stimme eher zu	24 %
Neutral / Weiss nicht	9 %
Stimme eher nicht zu	31 %
Stimme nicht zu	31 %

Geschlecht

männlich	5	27	8	30	30
weiblich	4	22	10	32	32

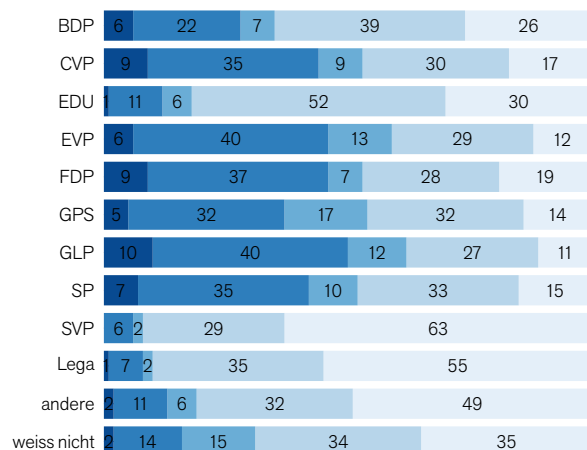
	männlich	weiblich
Stimme zu	5 %	4 %
Stimme eher zu	27 %	22 %
Neutral / Weiss nicht	8 %	10 %
Stimme eher nicht zu	30 %	32 %
Stimme nicht zu	30 %	32 %

Alter

15-24	4	19	17	33	27
25-34	3	20	12	35	30
35-44	4	22	9	31	34
45-54	4	24	8	31	33
55-64	5	27	6	29	33
über 65	7	30	5	29	29

	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64	über 65
Stimme zu	4 %	3 %	4 %	4 %	5 %	7 %
Stimme eher zu	19 %	20 %	22 %	24 %	27 %	30 %
Neutral / Weiss nicht	17 %	12 %	9 %	8 %	6 %	5 %
Stimme eher nicht zu	33 %	35 %	31 %	31 %	29 %	29 %
Stimme nicht zu	27 %	30 %	34 %	33 %	33 %	29 %

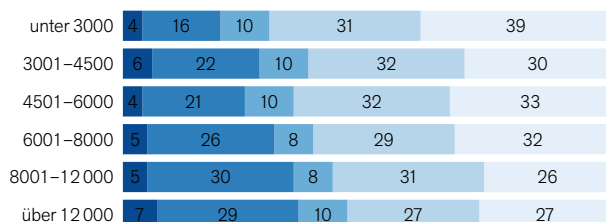
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Stimme zu	6 %	9 %	1 %	6 %	9 %	5 %	10 %
Stimme eher zu	22 %	35 %	11 %	40 %	37 %	32 %	40 %
Neutral / Weiss nicht	7 %	9 %	6 %	13 %	7 %	17 %	12 %
Stimme eher nicht zu	39 %	30 %	52 %	29 %	28 %	32 %	27 %
Stimme nicht zu	26 %	17 %	30 %	12 %	19 %	14 %	11 %

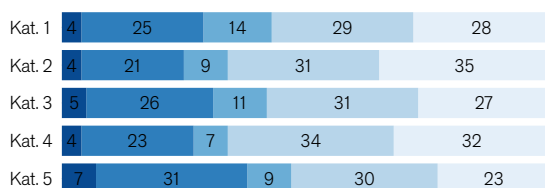
	SP	SVP	Lega	andere	weiss nicht
Stimme zu	7 %	0 %	1 %	2 %	2 %
Stimme eher zu	35 %	6 %	7 %	11 %	14 %
Neutral / Weiss nicht	10 %	2 %	2 %	6 %	15 %
Stimme eher nicht zu	33 %	29 %	35 %	32 %	34 %
Stimme nicht zu	15 %	63 %	55 %	49 %	35 %

Einkommen



	unter 3000	3001-4500	4501-6000	6001-8000	8001-12000	über 12000
Stimme zu	4 %	6 %	4 %	5 %	5 %	7 %
Stimme eher zu	16 %	22 %	21 %	26 %	30 %	29 %
Neutral / Weiss nicht	10 %	10 %	10 %	8 %	8 %	10 %
Stimme eher nicht zu	31 %	32 %	32 %	29 %	31 %	27 %
Stimme nicht zu	39 %	30 %	33 %	32 %	26 %	27 %

Bildung

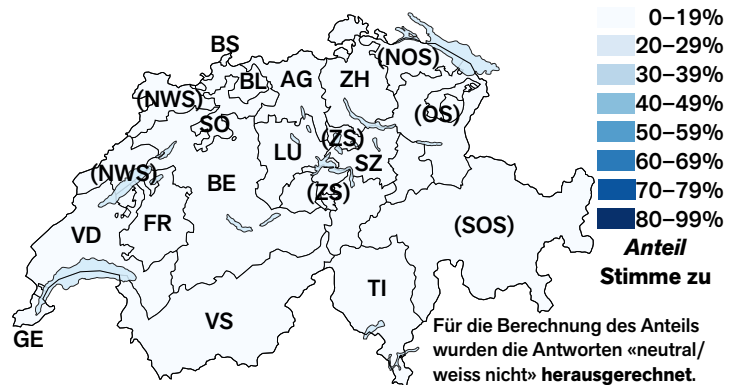


	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Stimme zu	4 %	4 %	5 %	4 %	7 %
Stimme eher zu	25 %	21 %	26 %	23 %	31 %
Neutral / Weiss nicht	14 %	9 %	11 %	7 %	9 %
Stimme eher nicht zu	29 %	31 %	31 %	34 %	30 %
Stimme nicht zu	28 %	35 %	27 %	32 %	23 %

Regionen

AG	5	22	8	31	34
BE	3	22	8	32	35
BL	6	17	11	29	37
BS	4	23	8	27	38
FR	7	30	13	29	21
GE	7	26	12	25	30
LU	6	25	6	31	32
SO	3	21	7	29	40
SZ	4	17	4	33	42
TI	4	34	12	27	23
VD	5	33	10	34	18
VS	8	28	11	32	21
ZH	4	21	9	32	34
NOS	4	17	11	35	33
NWS	3	34	8	26	29
OS	5	22	8	32	33
SOS	8	21	11	30	30
ZS	3	22	12	31	32

	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Stimme zu	5 %	3 %	6 %	4 %	7 %	7 %	6 %
Stimme eher zu	22 %	22 %	17 %	23 %	30 %	26 %	25 %
Neutral / Weiss nicht	8 %	8 %	11 %	8 %	13 %	12 %	6 %
Stimme eher nicht zu	31 %	32 %	29 %	27 %	29 %	25 %	31 %
Stimme nicht zu	34 %	35 %	37 %	38 %	21 %	30 %	32 %
	SO	SZ	TI	VD	VS	ZH	NOS
Stimme zu	3 %	4 %	4 %	5 %	8 %	4 %	4 %
Stimme eher zu	21 %	17 %	34 %	33 %	28 %	21 %	17 %
Neutral / Weiss nicht	7 %	4 %	12 %	10 %	11 %	9 %	11 %
Stimme eher nicht zu	29 %	33 %	27 %	34 %	32 %	32 %	35 %
Stimme nicht zu	40 %	42 %	23 %	18 %	21 %	34 %	33 %
	NWS	OS	SOS	ZS			
Stimme zu	3 %	5 %	8 %	3 %			
Stimme eher zu	34 %	22 %	21 %	22 %			
Neutral / Weiss nicht	8 %	8 %	11 %	12 %			
Stimme eher nicht zu	26 %	32 %	30 %	31 %			
Stimme nicht zu	29 %	33 %	30 %	32 %			

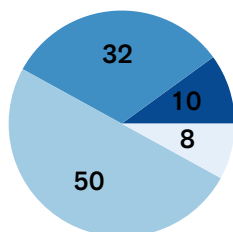


2.15. Die Schweiz unterstützt vorläufig aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge finanziell...

50 % der Stimmbevölkerung ist der Meinung, dass vorläufig aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge vom Bund finanziell zu stark unterstützt werden. 32 % empfinden die Unterstützung als angemessen, 10 % als zu wenig. Insbesondere WählerInnen der SP und der Grünen wünschen sich in der Tendenz mehr Unterstützung oder empfinden sie als angemessen, während die SVP-, BDP- und Lega-Wählerschaft die finanzielle Zuwendung als zu hoch empfindet (90 %, 59 %, 78 %). Das Geschlecht und das Einkommen haben keinen signifikanten Einfluss auf das Resultat. Insbesondere im Kanton Schwyz sprechen sich die WählerInnen mit 71 % für eine zu hohe Unterstützung aus.

■ Zu wenig ■ Angemessen ■ Zu stark ■ Neutral / Weiss nicht

Schweizweit



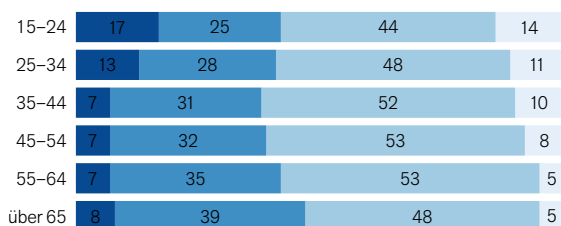
	Total
Zu wenig	10 %
Angemessen	32 %
Zu stark	50 %
Neutral / Weiss nicht	8 %

Geschlecht



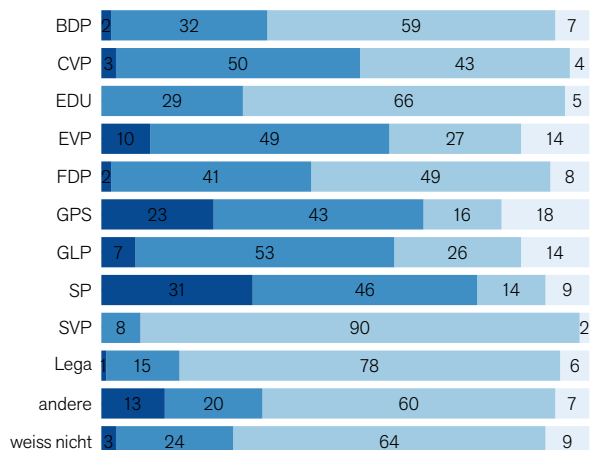
	männlich	weiblich
Zu wenig	8 %	11 %
Angemessen	33 %	32 %
Zu stark	52 %	47 %
Neutral / Weiss nicht	7 %	10 %

Alter



	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64	über 65
Zu wenig	17 %	13 %	7 %	7 %	7 %	8 %
Angemessen	25 %	28 %	31 %	32 %	35 %	39 %
Zu stark	44 %	48 %	52 %	53 %	53 %	48 %
Neutral / Weiss nicht	14 %	11 %	10 %	8 %	5 %	5 %

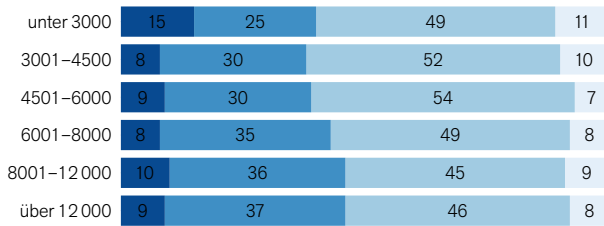
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Zu wenig	2 %	3 %	0 %	10 %	2 %	23 %	7 %
Angemessen	32 %	50 %	29 %	49 %	41 %	43 %	53 %
Zu stark	59 %	43 %	66 %	27 %	49 %	16 %	26 %
Neutral / Weiss nicht	7 %	4 %	5 %	14 %	8 %	18 %	14 %

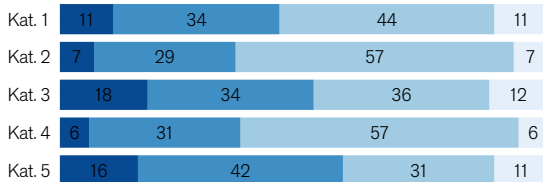
	SP	SVP	Lega	andere	weiss nicht
Zu wenig	31 %	0 %	1 %	13 %	3 %
Angemessen	46 %	8 %	15 %	20 %	24 %
Zu stark	14 %	90 %	78 %	60 %	64 %
Neutral / Weiss nicht	9 %	2 %	6 %	7 %	9 %

Einkommen



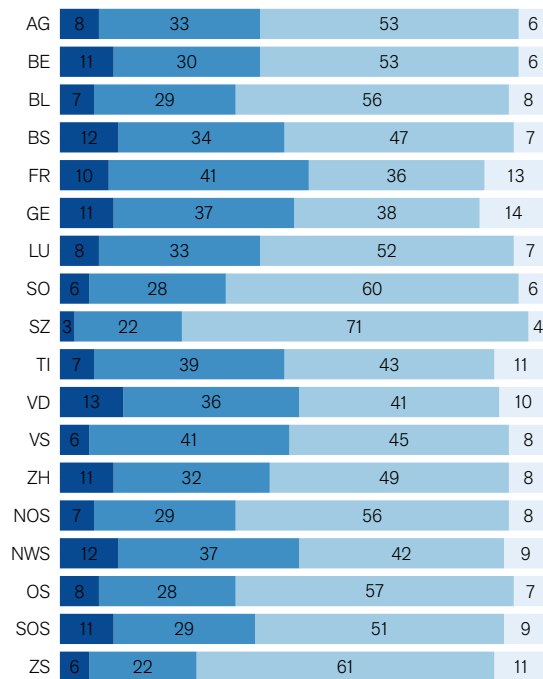
	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Zu wenig	15 %	8 %	9 %	8 %	10 %	9 %
Angemessen	25 %	30 %	30 %	35 %	36 %	37 %
Zu stark	49 %	52 %	54 %	49 %	45 %	46 %
Neutral / Weiss nicht	11 %	10 %	7 %	8 %	9 %	8 %

Bildung



	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Zu wenig	11 %	7 %	18 %	6 %	16 %
Angemessen	34 %	29 %	34 %	31 %	42 %
Zu stark	44 %	57 %	36 %	57 %	31 %
Neutral / Weiss nicht	11 %	7 %	12 %	6 %	11 %

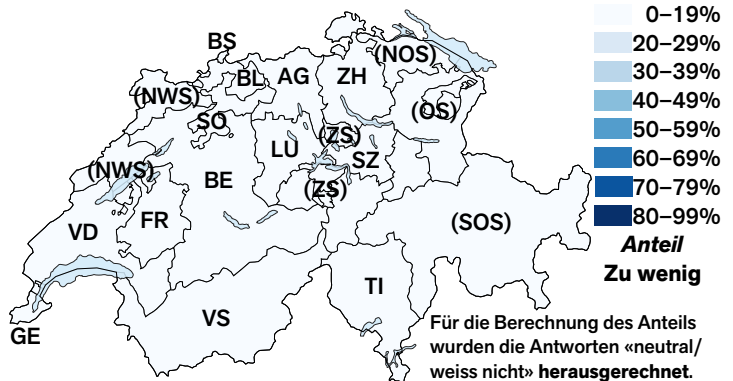
Regionen



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Zu wenig	8 %	11 %	7 %	12 %	10 %	11 %	8 %
Angemessen	33 %	30 %	29 %	34 %	41 %	37 %	33 %
Zu stark	53 %	53 %	56 %	47 %	36 %	38 %	52 %
Neutral / Weiss nicht	6 %	6 %	8 %	7 %	13 %	14 %	7 %

	SO	SZ	TI	VD	VS	ZH	NOS
Zu wenig	6 %	3 %	7 %	13 %	6 %	11 %	7 %
Angemessen	28 %	22 %	39 %	36 %	41 %	32 %	29 %
Zu stark	60 %	71 %	43 %	41 %	45 %	49 %	56 %
Neutral / Weiss nicht	6 %	4 %	11 %	10 %	8 %	8 %	8 %

	NWS	OS	SOS	ZS
Zu wenig	12 %	8 %	11 %	6 %
Angemessen	37 %	28 %	29 %	22 %
Zu stark	42 %	57 %	51 %	61 %
Neutral / Weiss nicht	9 %	7 %	9 %	11 %

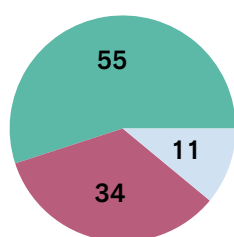


2.16. Zur Förderung der Eingliederung in den Arbeitsmarkt von vorläufig aufgenommenen und anerkannten Flüchtlingen sollen weitere Massnahmen ergriffen werden.

Eine knappe absolute Mehrheit von 55 % der Schweizer StimmbürgerInnen ist der Meinung, dass zur Eingliederung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt weitere Massnahmen ergriffen werden sollen. 34 % sind gegen solche Massnahmen. Im Vergleich zum Jahr 2015 (Frage 20) hat sich die Zustimmung leicht erhöht. Insbesondere Wählerinnen und generell Menschen unter 35 Jahren befürworten mehr Massnahmen. Eine besondere Zustimmung erfahren solche Massnahmen bei der Wählerschaft der SP (84 %), der Grünen (81 %) und der GLP (76 %). WählerInnen der SVP sind zu 68 % dagegen und die der Lega zu 63 %. Das Einkommen und Bildungsniveau scheint hier keinen erheblichen Einfluss zu nehmen. Generell gilt jedoch, dass alle Kantone der Schweiz sich für solche Massnahmen aussprechen.

Bin dafür Bin dagegen Neutral / Weiss nicht

Schweizweit



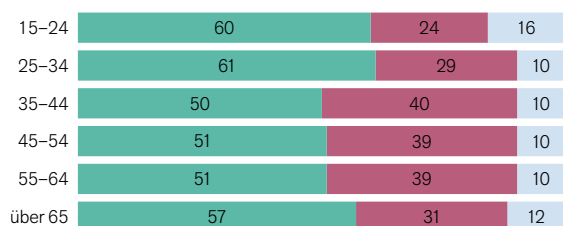
	Total
Bin dafür	55 %
Bin dagegen	34 %
Neutral / Weiss nicht	11 %

Geschlecht



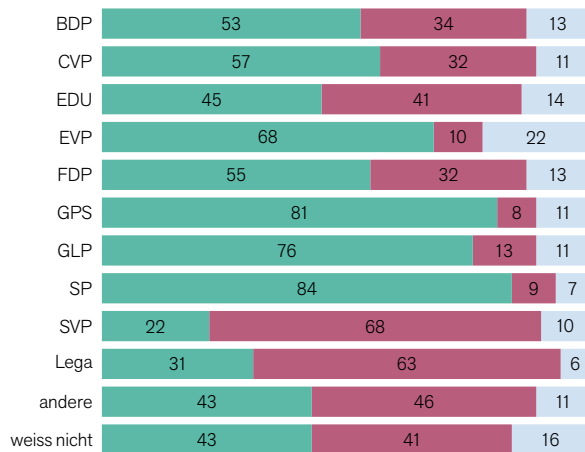
	männlich	weiblich
Bin dafür	52 %	57 %
Bin dagegen	37 %	32 %
Neutral / Weiss nicht	11 %	11 %

Alter



	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64	über 65
Bin dafür	60 %	61 %	50 %	51 %	51 %	57 %
Bin dagegen	24 %	29 %	40 %	39 %	39 %	31 %
Neutral / Weiss nicht	16 %	10 %	10 %	10 %	10 %	12 %

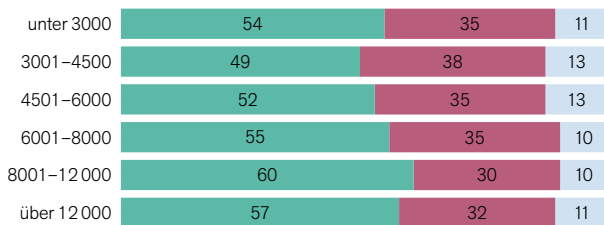
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Bin dafür	53 %	57 %	45 %	68 %	55 %	81 %	76 %
Bin dagegen	34 %	32 %	41 %	10 %	32 %	8 %	13 %
Neutral / Weiss nicht	13 %	11 %	14 %	22 %	13 %	11 %	11 %

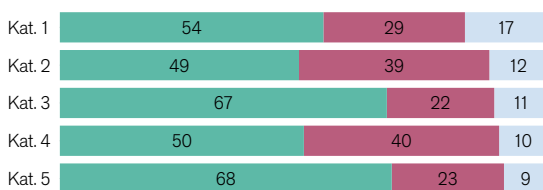
	SP	SVP	Lega	andere	weiss nicht
Bin dafür	84 %	22 %	31 %	43 %	43 %
Bin dagegen	9 %	68 %	63 %	46 %	41 %
Neutral / Weiss nicht	7 %	10 %	6 %	11 %	16 %

Einkommen



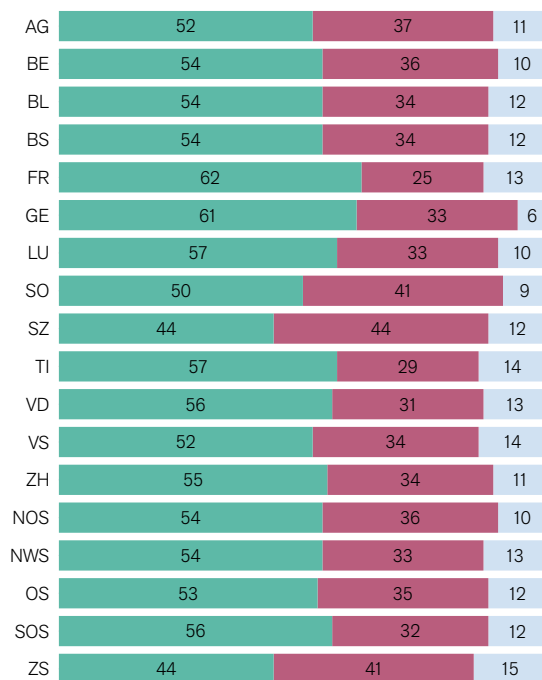
	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Bin dafür	54 %	49 %	52 %	55 %	60 %	57 %
Bin dagegen	35 %	38 %	35 %	35 %	30 %	32 %
Neutral / Weiss nicht	11 %	13 %	13 %	10 %	10 %	11 %

Bildung

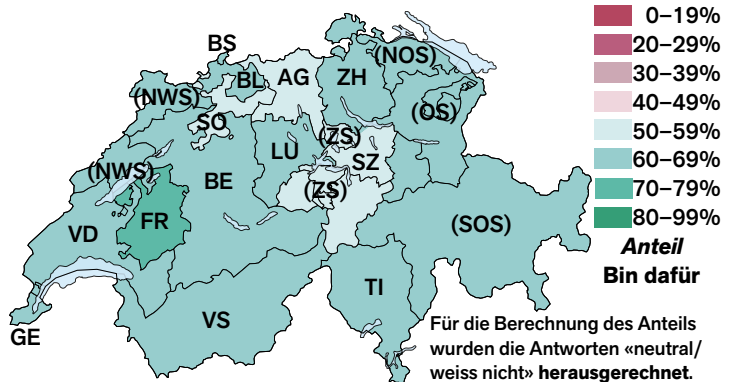


	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Bin dafür	54 %	49 %	67 %	50 %	68 %
Bin dagegen	29 %	39 %	22 %	40 %	23 %
Neutral / Weiss nicht	17 %	12 %	11 %	10 %	9 %

Regionen



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Bin dafür	52 %	54 %	54 %	54 %	62 %	61 %	57 %
Bin dagegen	37 %	36 %	34 %	34 %	25 %	33 %	33 %
Neutral / Weiss nicht	11 %	10 %	12 %	12 %	13 %	6 %	10 %
	SO	SZ	TI	VD	VS	ZH	NOS
Bin dafür	50 %	44 %	57 %	56 %	52 %	55 %	54 %
Bin dagegen	41 %	44 %	29 %	31 %	34 %	34 %	36 %
Neutral / Weiss nicht	9 %	12 %	14 %	13 %	14 %	11 %	10 %
	NWS	OS	SOS	ZS			
Bin dafür	54 %	53 %	56 %	44 %			
Bin dagegen	33 %	35 %	32 %	41 %			
Neutral / Weiss nicht	13 %	12 %	12 %	15 %			

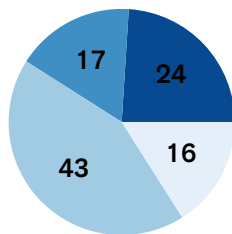


2.17. Damit Unternehmen einen Anreiz erhalten, vorläufig aufgenommene Flüchtlinge einzustellen, sollen sie diesen...

Um Unternehmen einen Anreiz zu bieten, vorläufig aufgenommene Flüchtlinge einzustellen, sprechen sich 43 % der Schweizer Stimmbevölkerung dafür aus, dass ihnen der gleiche Lohn wie inländischen Arbeitskräften mit vergleichbarer Qualifikation bezahlt wird. 24 % wollen den Anreiz durch tiefere Löhne als den branchenweiten Mindestlohn erreichen. 17 % sprechen sich ebenfalls für tiefere Löhne aus, jedoch würde in diesem Modell die Differenz zum Mindestlohn vom Bund ausbezahlt werden. Im Vergleich zu den Resultaten im Jahr 2015 (Frage 21) sinkt die Zustimmung für identische Löhne um 5 %, aber auch die Ablehnung von tieferen Lohnniveaus um 14 %. Bei der aktuellen Befragung spricht sich die Wählerschaft aller Parteien ausser der SVP mehrheitlich für die erste Variante aus. SVP-WählerInnen wünschen sich hingegen tiefere Löhne als den branchenüblichen Mindestlohn. Je höher das Bildungsniveau, desto eher sprechen sich die Schweizer StimmbürgerInnen für einen gleichen Lohn wie inländische Arbeitskräfte mit vergleichbarer Qualifikation aus.

■ tiefere Löhne als den branchenweiten Mindestlohn bezahlen dürfen ■ tiefere Löhne bezahlen dürfen, jedoch wird die Differenz zum Mindestlohn vom Bund an die Flüchtlinge ausbezahlt ■ gleiche Löhne wie für inländische Arbeitskräfte mit vergleichbarer Qualifikation bezahlen ■ Neutral / Weiss nicht

Schweizweit



	Total
tiefere Löhne als den branchenweiten Mindestlohn bezahlen dürfen	24 %
tiefere Löhne bezahlen dürfen, jedoch wird die Differenz zum Mindestlohn vom Bund an die Flüchtlinge ausbezahlt	17 %
gleiche Löhne wie für inländische Arbeitskräfte mit vergleichbarer Qualifikation bezahlen	43 %
Neutral / Weiss nicht	16 %

Geschlecht

männlich	26	14	44	16
weiblich	22	20	41	17

	männlich	weiblich
tiefere Löhne als den branchenweiten Mindestlohn bezahlen dürfen	26 %	22 %
tiefere Löhne bezahlen dürfen, jedoch wird die Differenz zum Mindestlohn vom Bund an die Flüchtlinge ausbezahlt	14 %	20 %
gleiche Löhne wie für inländische Arbeitskräfte mit vergleichbarer Qualifikation bezahlen	44 %	41 %
Neutral / Weiss nicht	16 %	17 %

Alter

						15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
15–24	27	19	38	16	tieferer Löhne als den branchenweiten Mindestlohn bezahlen dürfen tieferer Löhne bezahlen dürfen, jedoch wird die Differenz zum Mindestlohn vom Bund an die Flüchtlinge ausbezahlt gleiche Löhne wie für inländische Arbeitskräfte mit vergleichbarer Qualifikation bezahlen Neutral / Weiss nicht	27 %	24 %	21 %	24 %	24 %	24 %
25–34	24	19	42	15							
35–44	21	15	45	19							
45–54	24	16	43	17		19 %	19 %	15 %	16 %	16 %	18 %
55–64	24	16	45	15							
über 65	24	18	43	15							

Einkommen

	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
unter 3000	23	18	39	20		
3001–4500	24	17	39	20		
4501–6000	26	18	42	14		
6001–8000	24	16	45	15		
8001–12 000	22	18	46	14		
über 12 000	26	16	43	15		

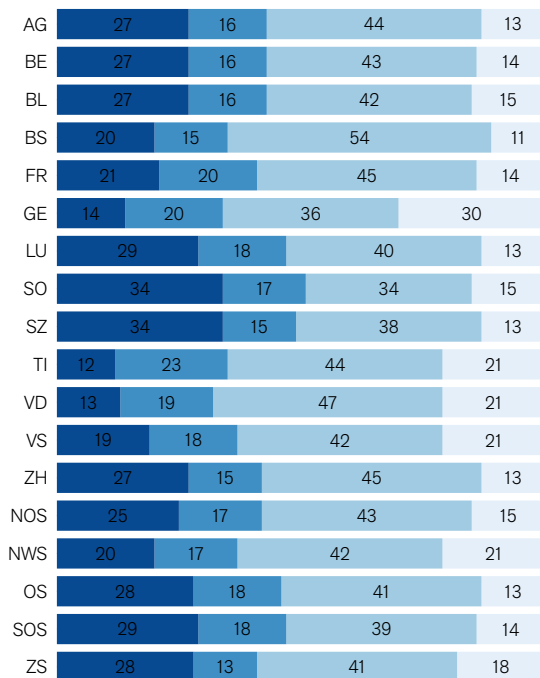
	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
tiefere Löhne als den branchenweiten Mindestlohn bezahlen dürfen	23 %	24 %	26 %	24 %	22 %	26 %
tiefere Löhne bezahlen dürfen, jedoch wird die Differenz zum Mindestlohn vom Bund an die Flüchtlinge ausbezahlt	18 %	17 %	18 %	16 %	18 %	16 %
gleiche Löhne wie für inländische Arbeitskräfte mit vergleichbarer Qualifikation bezahlen	39 %	39 %	42 %	45 %	46 %	43 %
Neutral / Weiss nicht	20 %	20 %	14 %	15 %	14 %	15 %

Bildung

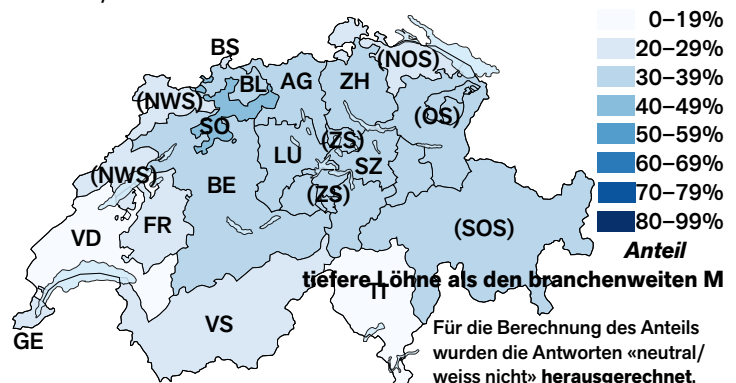
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Kat. 1	25	16	42	17	
Kat. 2	26	16	40	18	
Kat. 3	21	23	43	13	
Kat. 4	26	14	45	15	
Kat. 5	19	18	49	14	

	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
tiefere Löhne als den branchenweiten Mindestlohn bezahlen dürfen	25 %	26 %	21 %	26 %	19 %
tiefere Löhne bezahlen dürfen, jedoch wird die Differenz zum Mindestlohn vom Bund an die Flüchtlinge ausbezahlt	16 %	16 %	23 %	14 %	18 %
gleiche Löhne wie für inländische Arbeitskräfte mit vergleichbarer Qualifikation bezahlen	42 %	40 %	43 %	45 %	49 %
Neutral / Weiss nicht	17 %	18 %	13 %	15 %	14 %

Regionen



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
tiefere Löhne als den branchenweiten Mindestlohn bezahlen dürfen	27 %	27 %	27 %	20 %	21 %	14 %	29 %
tiefere Löhne bezahlen dürfen, jedoch wird die Differenz zum Mindestlohn vom Bund an die Flüchtlinge ausbezahlt	16 %	16 %	16 %	15 %	20 %	20 %	18 %
gleiche Löhne wie für inländische Arbeitskräfte mit vergleichbarer Qualifikation bezahlen	44 %	43 %	42 %	54 %	45 %	36 %	40 %
Neutral / Weiss nicht	13 %	14 %	15 %	11 %	14 %	30 %	13 %
	SO	SZ	TI	VD	VS	ZH	NOS
tiefere Löhne als den branchenweiten Mindestlohn bezahlen dürfen	34 %	34 %	12 %	13 %	19 %	27 %	25 %
tiefere Löhne bezahlen dürfen, jedoch wird die Differenz zum Mindestlohn vom Bund an die Flüchtlinge ausbezahlt	17 %	15 %	23 %	19 %	18 %	15 %	17 %
gleiche Löhne wie für inländische Arbeitskräfte mit vergleichbarer Qualifikation bezahlen	34 %	38 %	44 %	47 %	42 %	45 %	43 %
Neutral / Weiss nicht	15 %	13 %	21 %	21 %	21 %	13 %	15 %
	NWS	OS	SOS	ZS			
tiefere Löhne als den branchenweiten Mindestlohn bezahlen dürfen	20 %	28 %	29 %	28 %			
tiefere Löhne bezahlen dürfen, jedoch wird die Differenz zum Mindestlohn vom Bund an die Flüchtlinge ausbezahlt	17 %	18 %	18 %	13 %			
gleiche Löhne wie für inländische Arbeitskräfte mit vergleichbarer Qualifikation bezahlen	42 %	41 %	39 %	41 %			
Neutral / Weiss nicht	21 %	13 %	14 %	18 %			

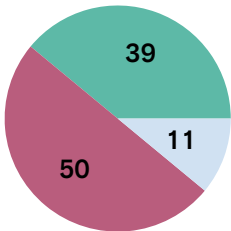


2.18. Sollen Abschiebungen von vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen durchgeführt werden, auch wenn sich die betroffenen Personen in Ausbildung befinden und/oder einen Arbeitsplatz haben sowie aktiv an Integrationsprogrammen teilnehmen?

Die Hälfte der Schweizer Stimmbevölkerung spricht sich gegen eine Abschiebung von vorläufig aufgenommenen und anerkannten Flüchtlingen unter gegebenen Umständen aus. 39 % sind dafür. Wählerinnen sind in der Tendenz eher dagegen, ebenso Personen unter 25 Jahren und über 65 Jahren. Bei den Parteien sind insbesondere die WählerInnen der SVP (69 %), der Lega (65 %) und der EDU (59 %) mehrheitlich dafür. Die WählerInnen der SP (82 %), der Grünen (78 %), der GLP (67 %) und der EVP (66 %) sind mehrheitlich dagegen. Bei dieser Frage ist der sog. "Röstigraben" leicht ersichtlich, so sind Kantone der Westschweiz in der Tendenz eher stärker gegen eine Abschiebung unter den genannten Umständen.

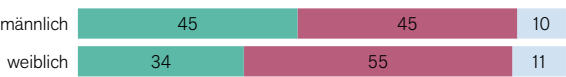
Bin dafür Bin dagegen Neutral / Weiss nicht

Schweizweit



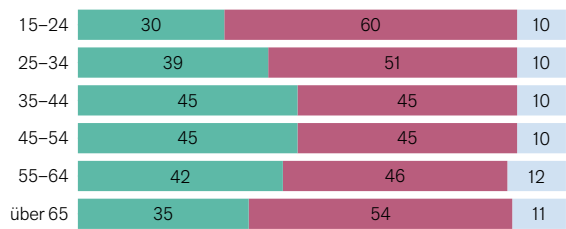
	Total
Bin dafür	39 %
Bin dagegen	50 %
Neutral / Weiss nicht	11 %

Geschlecht



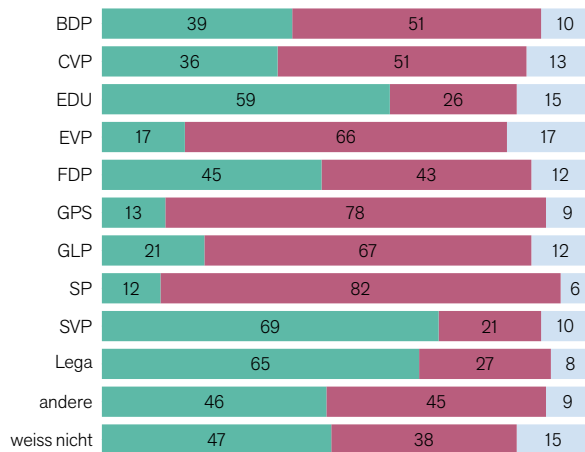
	männlich	weiblich
Bin dafür	45 %	34 %
Bin dagegen	45 %	55 %
Neutral / Weiss nicht	10 %	11 %

Alter



	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64	über 65
Bin dafür	30 %	39 %	45 %	45 %	42 %	35 %
Bin dagegen	60 %	51 %	45 %	45 %	46 %	54 %
Neutral / Weiss nicht	10 %	10 %	10 %	10 %	12 %	11 %

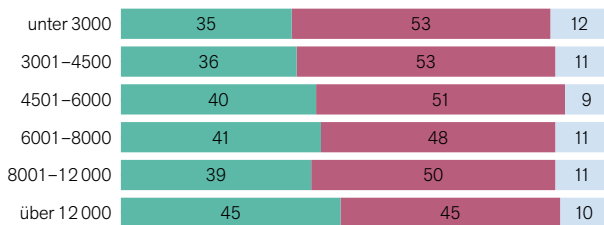
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Bin dafür	39 %	36 %	59 %	17 %	45 %	13 %	21 %
Bin dagegen	51 %	51 %	26 %	66 %	43 %	78 %	67 %
Neutral / Weiss nicht	10 %	13 %	15 %	17 %	12 %	9 %	12 %

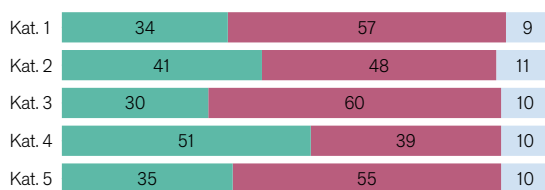
	SP	SVP	Lega	andere	weiss nicht
Bin dafür	12 %	69 %	65 %	46 %	47 %
Bin dagegen	82 %	21 %	27 %	45 %	38 %
Neutral / Weiss nicht	6 %	10 %	8 %	9 %	15 %

Einkommen



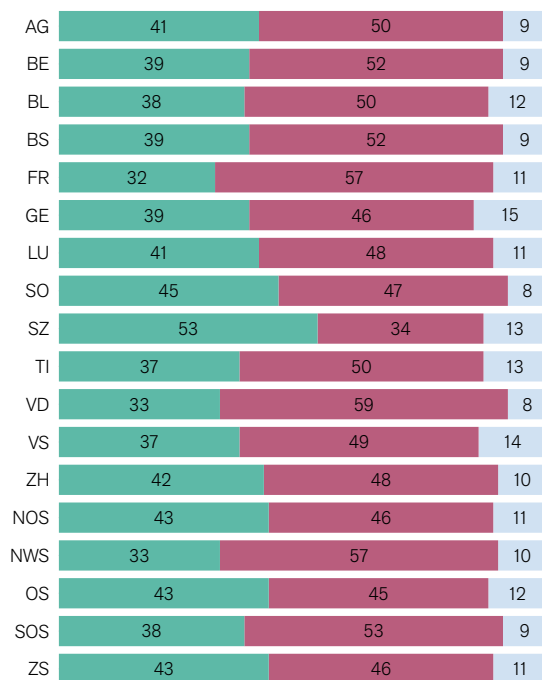
	unter 3000	3001-4500	4501-6000	6001-8000	8001-12 000	über 12 000
Bin dafür	35 %	36 %	40 %	41 %	39 %	45 %
Bin dagegen	53 %	53 %	51 %	48 %	50 %	45 %
Neutral / Weiss nicht	12 %	11 %	9 %	11 %	11 %	10 %

Bildung



	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Bin dafür	34 %	41 %	30 %	51 %	35 %
Bin dagegen	57 %	48 %	60 %	39 %	55 %
Neutral / Weiss nicht	9 %	11 %	10 %	10 %	10 %

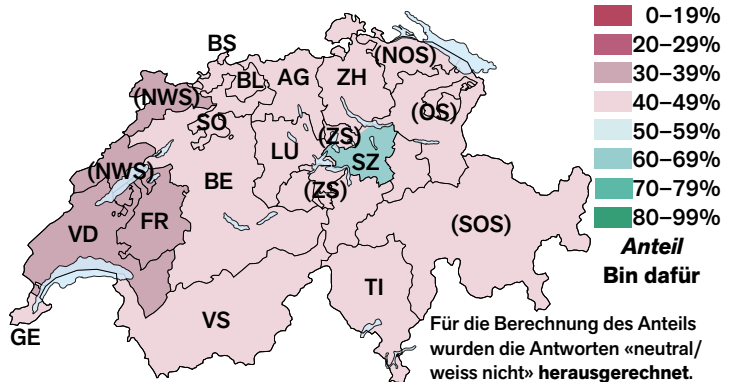
Regionen



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Bin dafür	41 %	39 %	38 %	39 %	32 %	39 %	41 %
Bin dagegen	50 %	52 %	50 %	52 %	57 %	46 %	48 %
Neutral / Weiss nicht	9 %	9 %	12 %	9 %	11 %	15 %	11 %

	SO	SZ	TI	VD	VS	ZH	NOS
Bin dafür	45 %	53 %	37 %	33 %	37 %	42 %	43 %
Bin dagegen	47 %	34 %	50 %	59 %	49 %	48 %	46 %
Neutral / Weiss nicht	8 %	13 %	13 %	8 %	14 %	10 %	11 %

	NWS	OS	SOS	ZS
Bin dafür	33 %	43 %	38 %	43 %
Bin dagegen	57 %	45 %	53 %	46 %
Neutral / Weiss nicht	10 %	12 %	9 %	11 %

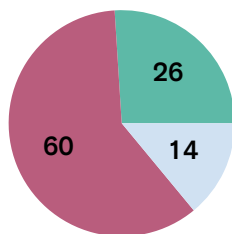


2.19. Soll die Schweiz die Kontingente für das Resettlement-Programm des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) aufstocken und dadurch vermehrt Flüchtlinge direkt aus Krisengebieten aufnehmen?

Die vermehrte Aufnahme von Flüchtlingen wird gesamtschweizerisch mit 60 % abgelehnt, wobei signifikante Unterschiede zwischen den Bevölkerungsschichten vorhanden sind. Der Nein-Anteil ist positiv korreliert mit dem Alter, jedoch sind die Unterschiede nur sehr geringfügig. Die grössten Schwankungen gibt es zwischen den WählerInnen der einzelnen Parteien. Während in den Parteien SVP (94 %), Lega (85 %) und EDU (81 %) die grösste Ablehnung herrscht, befindet sich die Zustimmung bei den Grünen (54 %) und der SP (60 %) in einer absoluten Mehrheit. Bezüglich Einkommensstärke ist die Statistik sehr stabil, d.h. es sind keine grossen Unterschiede zwischen den einzelnen Einkommensschichten bezüglich der Haltung gegenüber der Aufnahme von weiteren Flüchtlingen festzustellen.

■ Bin dafür
 ■ Bin dagegen
 ■ Neutral / Weiss nicht

Schweizweit



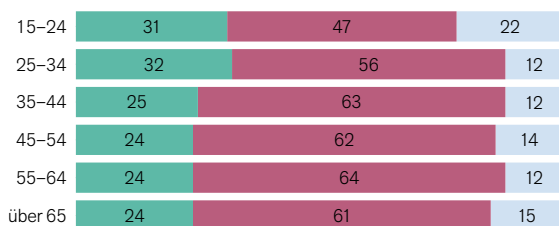
	Total
Bin dafür	26 %
Bin dagegen	60 %
Neutral / Weiss nicht	14 %

Geschlecht



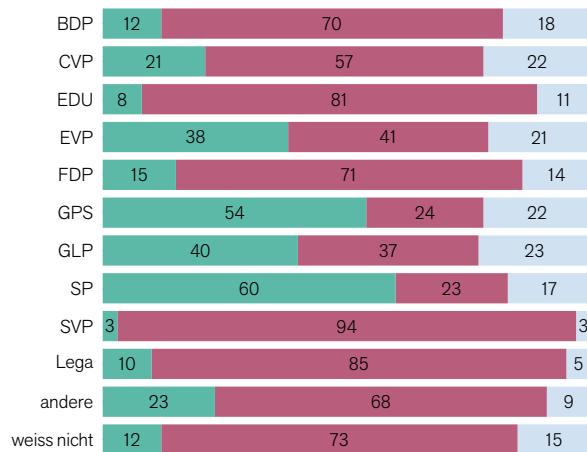
	männlich	weiblich
Bin dafür	24 %	28 %
Bin dagegen	64 %	56 %
Neutral / Weiss nicht	12 %	16 %

Alter



	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64	über 65
Bin dafür	31 %	32 %	25 %	24 %	24 %	24 %
Bin dagegen	47 %	56 %	63 %	62 %	64 %	61 %
Neutral / Weiss nicht	22 %	12 %	12 %	14 %	12 %	15 %

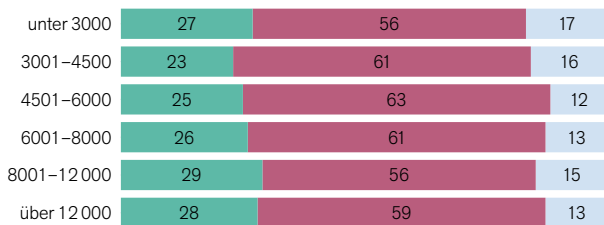
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Bin dafür	12 %	21 %	8 %	38 %	15 %	54 %	40 %
Bin dagegen	70 %	57 %	81 %	41 %	71 %	24 %	37 %
Neutral / Weiss nicht	18 %	22 %	11 %	21 %	14 %	22 %	23 %

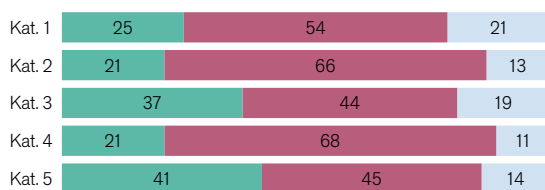
	SP	SVP	Lega	andere	weiss nicht
Bin dafür	60 %	3 %	10 %	23 %	12 %
Bin dagegen	23 %	94 %	85 %	68 %	73 %
Neutral / Weiss nicht	17 %	3 %	5 %	9 %	15 %

Einkommen



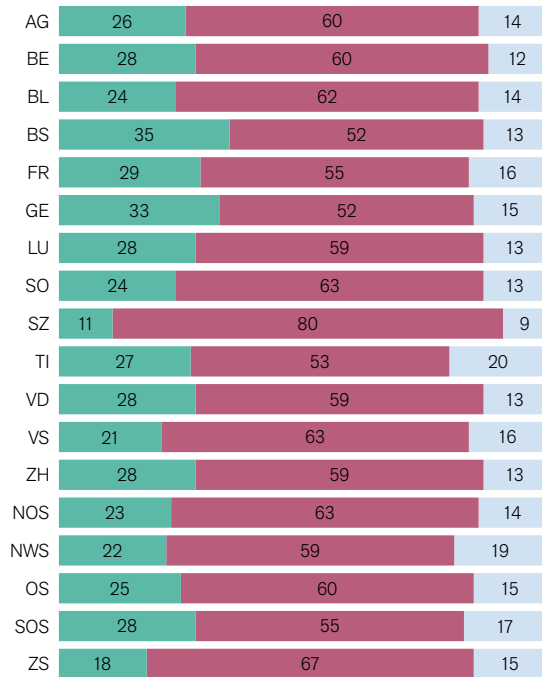
	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Bin dafür	27 %	23 %	25 %	26 %	29 %	28 %
Bin dagegen	56 %	61 %	63 %	61 %	56 %	59 %
Neutral / Weiss nicht	17 %	16 %	12 %	13 %	15 %	13 %

Bildung

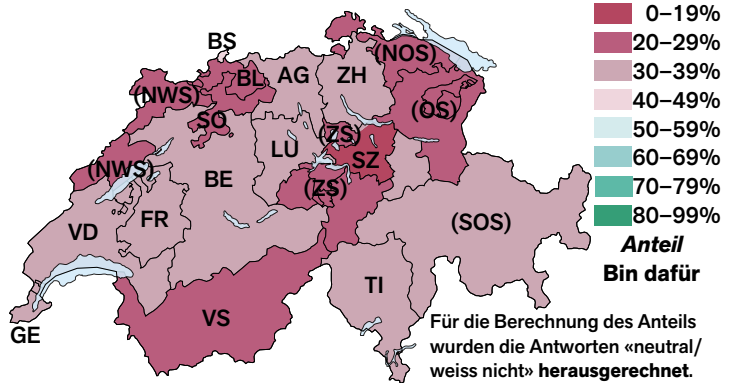


	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Bin dafür	25 %	21 %	37 %	21 %	41 %
Bin dagegen	54 %	66 %	44 %	68 %	45 %
Neutral / Weiss nicht	21 %	13 %	19 %	11 %	14 %

Regionen



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Bin dafür	26 %	28 %	24 %	35 %	29 %	33 %	28 %
Bin dagegen	60 %	60 %	62 %	52 %	55 %	52 %	59 %
Neutral / Weiss nicht	14 %	12 %	14 %	13 %	16 %	15 %	13 %
	SO	SZ	TI	VD	VS	ZH	NOS
Bin dafür	24 %	11 %	27 %	28 %	21 %	28 %	23 %
Bin dagegen	63 %	80 %	53 %	59 %	63 %	59 %	63 %
Neutral / Weiss nicht	13 %	9 %	20 %	13 %	16 %	13 %	14 %
	NWS	OS	SOS	ZS			
Bin dafür	22 %	25 %	28 %	18 %			
Bin dagegen	59 %	60 %	55 %	67 %			
Neutral / Weiss nicht	19 %	15 %	17 %	15 %			

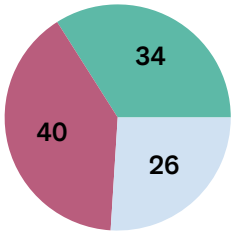


2.20. Befürworten Sie, dass die Schweiz den Globalen Pakt für Flüchtlinge (kurz UN-Flüchtlingspakt) unterzeichnet hat?

Rund ein Drittel der Schweizer Stimmbevölkerung (34 %) gab an, die Unterzeichnung des Globalen Pakts für Flüchtlinge der Vereinten Nationen zu befürworten. Diese Auffassung nimmt mit steigendem Einkommen leicht zu. Sowohl bei Frauen als auch Männern liegt die Verteilung bei 34 %. Am deutlichsten sprechen sich die Wählerschaften der Parteien GPS, GLP und SP für eine Befürwortung aus (>55 %). Die Wählerschaft der SVP spricht sich mit einem Anteil von 81 % dagegen aus. Signifikant ist bei dieser Frage ausserdem der hohe Anteil an neutralen oder unentschlossenen WählerInnen mit 26 %.

Ja Nein Neutral / Weiss nicht

Schweizweit



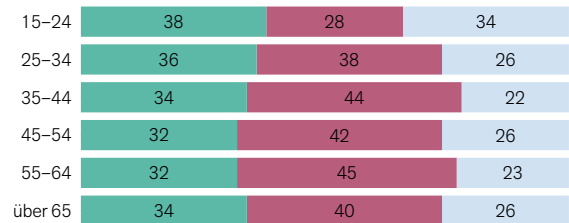
	Total
Ja	34 %
Nein	40 %
Neutral / Weiss nicht	26 %

Geschlecht



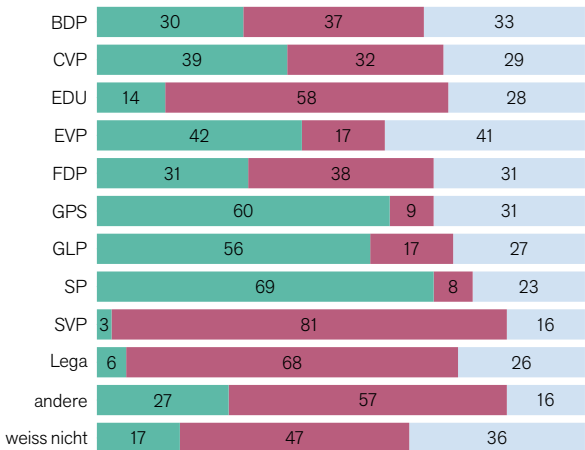
	männlich	weiblich
Ja	34 %	34 %
Nein	46 %	35 %
Neutral / Weiss nicht	20 %	31 %

Alter



	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64	über 65
Ja	38 %	36 %	34 %	32 %	32 %	34 %
Nein	28 %	38 %	44 %	42 %	45 %	40 %
Neutral / Weiss nicht	34 %	26 %	22 %	26 %	23 %	26 %

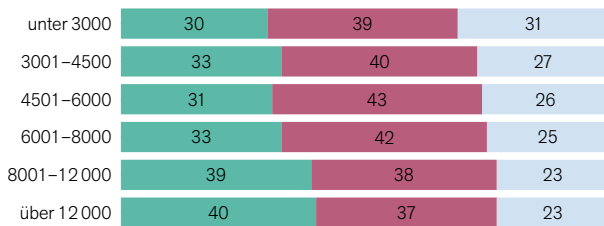
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Ja	30 %	39 %	14 %	42 %	31 %	60 %	56 %
Nein	37 %	32 %	58 %	17 %	38 %	9 %	17 %
Neutral / Weiss nicht	33 %	29 %	28 %	41 %	31 %	31 %	27 %

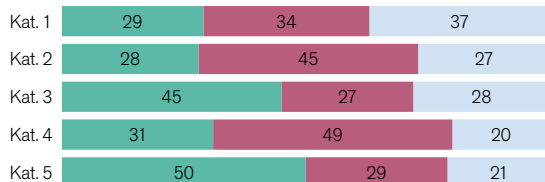
	SP	SVP	Lega	andere	weiss nicht
Ja	69 %	3 %	6 %	27 %	17 %
Nein	8 %	81 %	68 %	57 %	47 %
Neutral / Weiss nicht	23 %	16 %	26 %	16 %	36 %

Einkommen



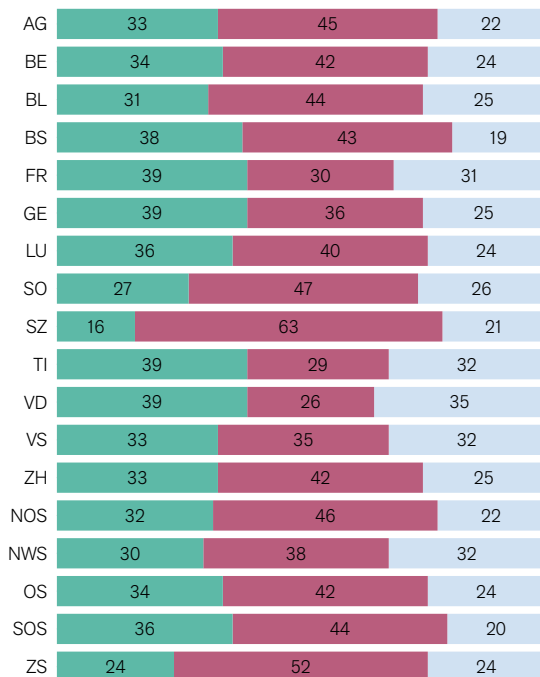
	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Ja	30 %	33 %	31 %	33 %	39 %	40 %
Nein	39 %	40 %	43 %	42 %	38 %	37 %
Neutral / Weiss nicht	31 %	27 %	26 %	25 %	23 %	23 %

Bildung



	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Ja	29 %	28 %	45 %	31 %	50 %
Nein	34 %	45 %	27 %	49 %	29 %
Neutral / Weiss nicht	37 %	27 %	28 %	20 %	21 %

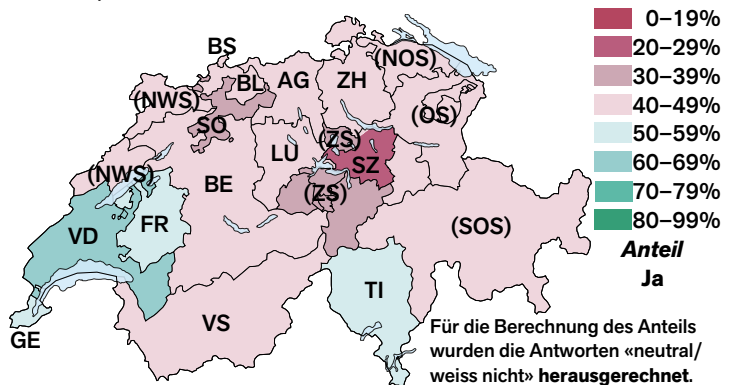
Regionen



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Ja	33 %	34 %	31 %	38 %	39 %	39 %	36 %
Nein	45 %	42 %	44 %	43 %	30 %	36 %	40 %
Neutral / Weiss nicht	22 %	24 %	25 %	19 %	31 %	25 %	24 %

	SO	SZ	TI	VD	VS	ZH	NOS
Ja	27 %	16 %	39 %	39 %	33 %	33 %	32 %
Nein	47 %	63 %	29 %	26 %	35 %	42 %	46 %
Neutral / Weiss nicht	26 %	21 %	32 %	35 %	32 %	25 %	22 %

	NWS	OS	SOS	ZS
Ja	30 %	34 %	36 %	24 %
Nein	38 %	42 %	44 %	52 %
Neutral / Weiss nicht	32 %	24 %	20 %	24 %

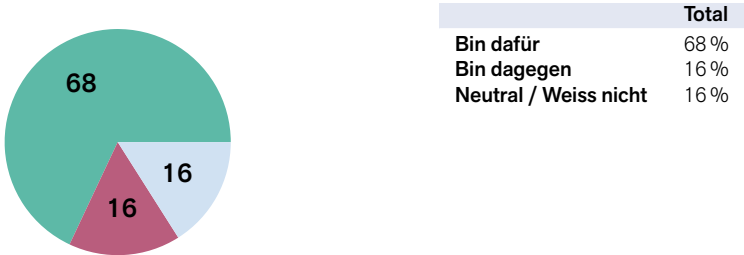


2.21. Um die Anzahl Asylgesuche zu reduzieren, soll die Schweiz in den entsprechenden Herkunftsländern Informationsprogramme zum Asylverfahren durchführen.

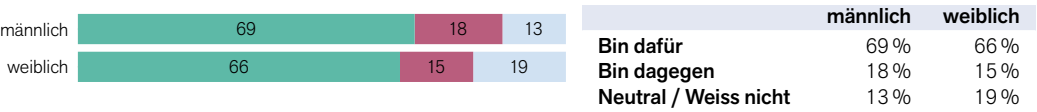
Eine deutliche Mehrheit von über zwei Drittel der Schweizer StimmbürgerInnen (68 %) spricht sich für Informationsprogramme zum Asylverfahren in den Herkunftsländern der Asylsuchenden aus. Es zeigt sich eine leichte Anhebung der Zustimmung mit steigendem Alter bis zu 79 %. Die Befürwortung liegt unter dem Gesichtspunkt der gewählten Partei zwischen 54 % und 78 %. Die Zustimmung hinsichtlich der regionalen/kantonalen Herkunft befindet sich in einem Spektrum von 61 % bis 73 %. Im Vergleich dazu gaben 2015 knapp 75 % der Schweizer StimmbürgerInnen an, die Informationsprogramme zu unterstützen. Auch damals zeigte sich eine leichte Anhebung der Zustimmung mit steigendem Alter.

Bin dafür Bin dagegen Neutral / Weiss nicht

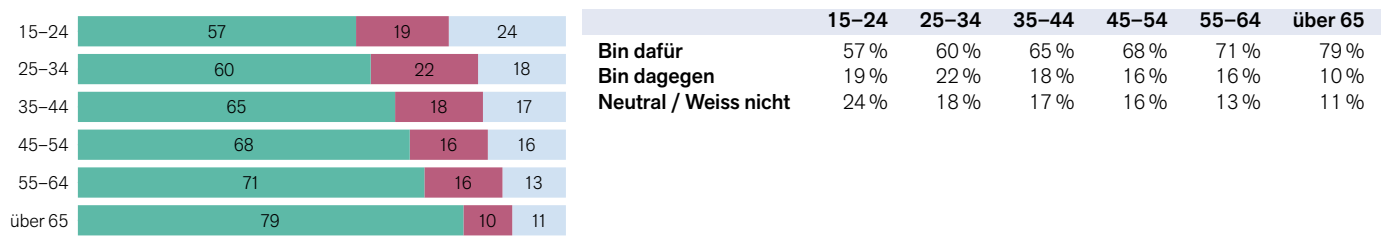
Schweizweit



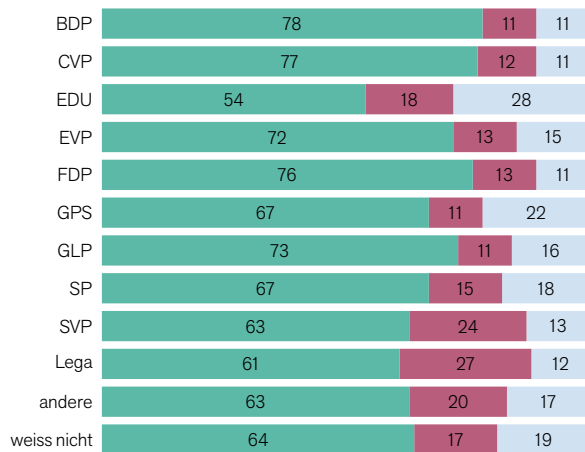
Geschlecht



Alter



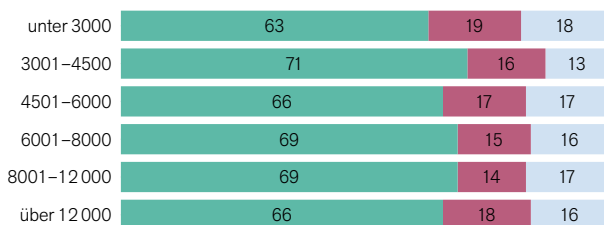
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Bin dafür	78 %	77 %	54 %	72 %	76 %	67 %	73 %
Bin dagegen	11 %	12 %	18 %	13 %	13 %	11 %	11 %
Neutral / Weiss nicht	11 %	11 %	28 %	15 %	11 %	22 %	16 %

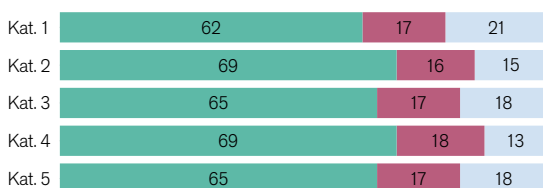
	SP	SVP	Lega	andere	weiss nicht
Bin dafür	67 %	63 %	61 %	63 %	64 %
Bin dagegen	15 %	24 %	27 %	20 %	17 %
Neutral / Weiss nicht	18 %	13 %	12 %	17 %	19 %

Einkommen



	unter 3000	3001-4500	4501-6000	6001-8000	8001-12 000	über 12 000
Bin dafür	63 %	71 %	66 %	69 %	69 %	66 %
Bin dagegen	19 %	16 %	17 %	15 %	14 %	18 %
Neutral / Weiss nicht	18 %	13 %	17 %	16 %	17 %	16 %

Bildung

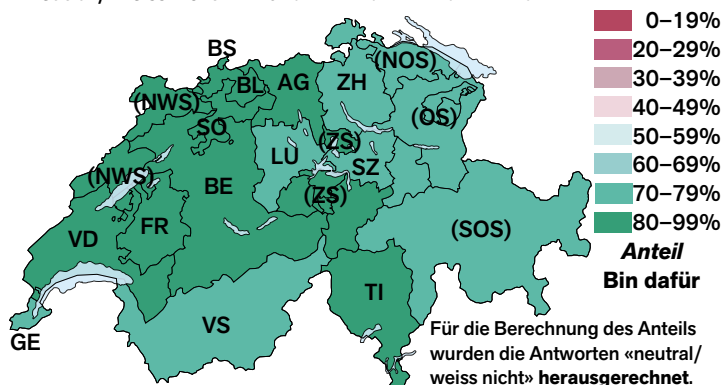


	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Bin dafür	62 %	69 %	65 %	69 %	65 %
Bin dagegen	17 %	16 %	17 %	18 %	17 %
Neutral / Weiss nicht	21 %	15 %	18 %	13 %	18 %

Regionen

AG	69	16	15
BE	68	16	16
BL	71	15	14
BS	72	17	11
FR	68	14	18
GE	66	19	15
LU	64	20	16
SO	72	18	10
SZ	62	23	15
TI	73	10	17
VD	72	11	17
VS	65	17	18
ZH	66	17	17
NOS	61	18	21
NWS	67	13	20
OS	65	21	14
SOS	69	19	12
ZS	71	17	12

	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Bin dafür	69 %	68 %	71 %	72 %	68 %	66 %	64 %
Bin dagegen	16 %	16 %	15 %	17 %	14 %	19 %	20 %
Neutral / Weiss nicht	15 %	16 %	14 %	11 %	18 %	15 %	16 %
	SO	SZ	TI	VD	VS	ZH	NOS
Bin dafür	72 %	62 %	73 %	72 %	65 %	66 %	61 %
Bin dagegen	18 %	23 %	10 %	11 %	17 %	17 %	18 %
Neutral / Weiss nicht	10 %	15 %	17 %	17 %	18 %	17 %	21 %
	NWS	OS	SOS	ZS			
Bin dafür	67 %	65 %	69 %	71 %			
Bin dagegen	13 %	21 %	19 %	17 %			
Neutral / Weiss nicht	20 %	14 %	12 %	12 %			

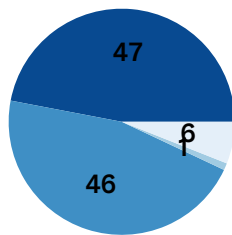


2.22. Bezahlen Sie Ihrer Meinung nach generell im Verhältnis zu anderen Personen zu viel oder zu wenig Steuern?

Knapp die Hälfte der Schweizer Stimmbevölkerung (47 %) gibt an, im Verhältnis zu anderen Personen zu viel Steuern zu bezahlen. Im Vergleich dazu lag die Bejahung der Schweizer Stimmbevölkerung im Jahr 2008 noch bei 55 %. Weitere 46 % geben an, dass ihre Steuern in einem angemessenen Verhältnis liegen. Im Hinblick auf die Parteien geben im Durchschnitt 58 % der GPS-, GLP- und SP-Wählerschaft an, in einem angemessenen Verhältnis Steuern zu bezahlen. Im Vergleich dazu geben 62 % der SVP- und 57 % der Lega-Wählerschaft an, zu viel Steuern zu bezahlen. Ein ähnliches Verhältnis zeichnet sich zudem auf regionaler Ebene aus. Während 69 % in der Region NWS angeben zu viele Steuern zu bezahlen, geben 57 % im Kanton Schwyz an, angemessen hohe Steuern zu bezahlen.

■ Zu viel ■ Angemessen ■ Zu wenig ■ Neutral / Weiss nicht

Schweizweit



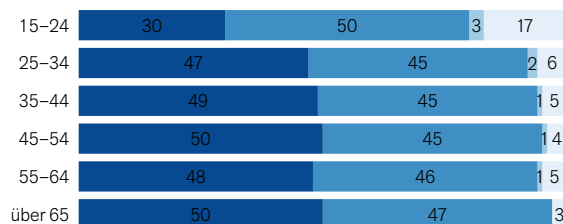
	Total
Zu viel	47 %
Angemessen	46 %
Zu wenig	1 %
Neutral / Weiss nicht	6 %

Geschlecht



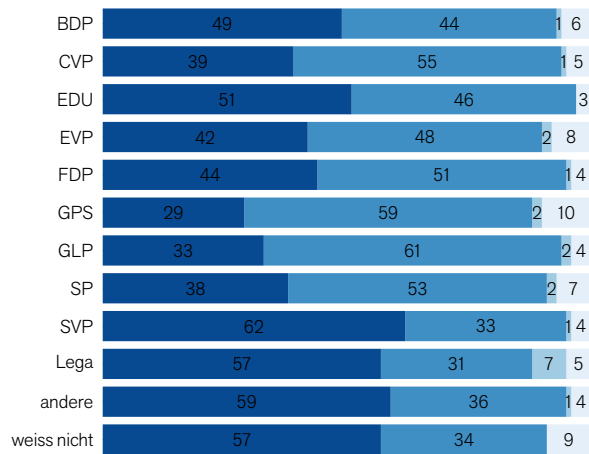
	männlich	weiblich
Zu viel	47 %	47 %
Angemessen	47 %	45 %
Zu wenig	1 %	1 %
Neutral / Weiss nicht	5 %	7 %

Alter



	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64	über 65
Zu viel	30 %	47 %	49 %	50 %	48 %	50 %
Angemessen	50 %	45 %	45 %	45 %	46 %	47 %
Zu wenig	3 %	2 %	1 %	1 %	1 %	0 %
Neutral / Weiss nicht	17 %	6 %	5 %	4 %	5 %	3 %

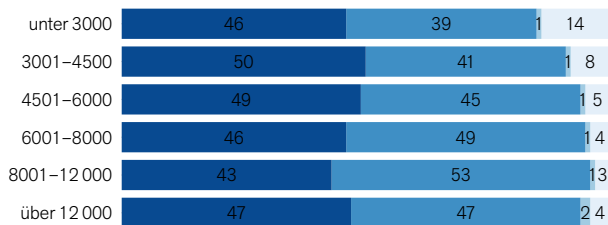
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Zu viel	49 %	39 %	51 %	42 %	44 %	29 %	33 %
Angemessen	44 %	55 %	46 %	48 %	51 %	59 %	61 %
Zu wenig	1 %	1 %	0 %	2 %	1 %	2 %	2 %
Neutral / Weiss nicht	6 %	5 %	3 %	8 %	4 %	10 %	4 %

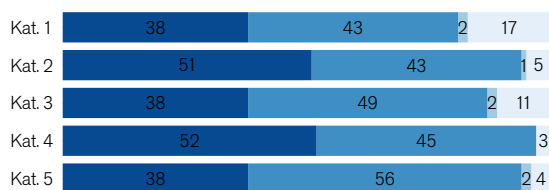
	SP	SVP	Lega	andere	weiss nicht
Zu viel	38 %	62 %	57 %	59 %	57 %
Angemessen	53 %	33 %	31 %	36 %	34 %
Zu wenig	2 %	1 %	7 %	1 %	0 %
Neutral / Weiss nicht	7 %	4 %	5 %	4 %	9 %

Einkommen



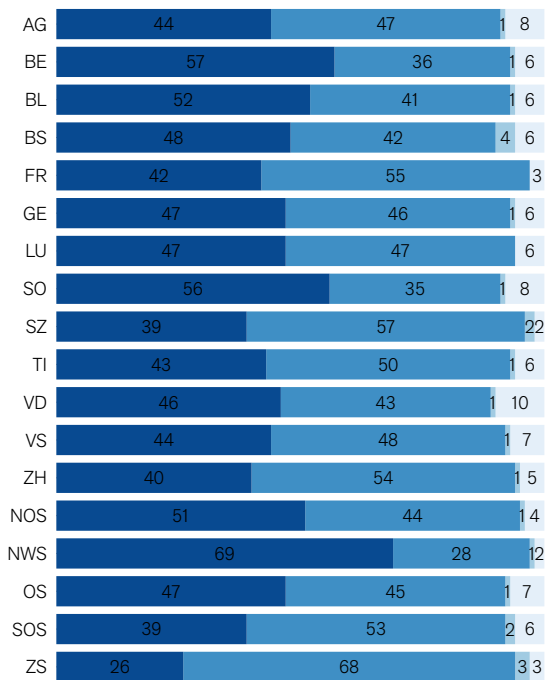
	unter 3000	3001-4500	4501-6000	6001-8000	8001-12 000	über 12 000
Zu viel	46 %	50 %	49 %	46 %	43 %	47 %
Angemessen	39 %	41 %	45 %	49 %	53 %	47 %
Zu wenig	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %	2 %
Neutral / Weiss nicht	14 %	8 %	5 %	4 %	3 %	4 %

Bildung



	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Zu viel	38 %	51 %	38 %	52 %	38 %
Angemessen	43 %	43 %	49 %	45 %	56 %
Zu wenig	2 %	1 %	2 %	0 %	2 %
Neutral / Weiss nicht	17 %	5 %	11 %	3 %	4 %

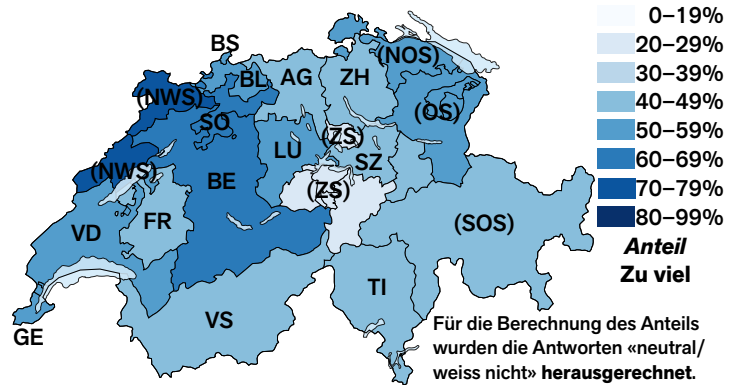
Regionen



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Zu viel	44 %	57 %	52 %	48 %	42 %	47 %	47 %
Angemessen	47 %	36 %	41 %	42 %	55 %	46 %	47 %
Zu wenig	1 %	1 %	1 %	4 %	0 %	1 %	0 %
Neutral / Weiss nicht	8 %	6 %	6 %	6 %	3 %	6 %	6 %

	SO	SZ	TI	VD	VS	ZH	NOS
Zu viel	56 %	39 %	43 %	46 %	44 %	40 %	51 %
Angemessen	35 %	57 %	50 %	43 %	48 %	54 %	44 %
Zu wenig	1 %	2 %	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %
Neutral / Weiss nicht	8 %	2 %	6 %	10 %	7 %	5 %	4 %

	NWS	OS	SOS	ZS
Zu viel	69 %	47 %	39 %	26 %
Angemessen	28 %	45 %	53 %	68 %
Zu wenig	1 %	1 %	2 %	3 %
Neutral / Weiss nicht	2 %	7 %	6 %	3 %

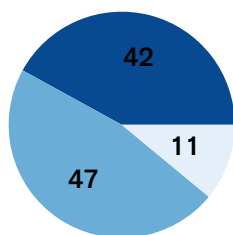


2.23. Empfinden Sie die Steuern, die Sie zahlen, als gerechtfertigt in Anbetracht der Leistungen, die Sie vom Staat erhalten?

Knapp jede zweite Person der Schweizer Stimmbevölkerung (47 %) gab an, dass sie die Steuern, die sie entrichtet, in Anbetracht der Leistungen, die sie vom Staat erhält, als nicht gerechtfertigt ansieht. Sowohl Frauen (47 %) als auch Männer (48 %) repräsentieren das Ergebnis auf der Geschlechter-Ebene. Betrachtet man die Wählerschaften der Parteien, geben insbesondere SVP- und Lega-WählerInnen mit 70 % und 64 % an, die Leistungen des Staates als nicht gerechtfertigt zu empfinden. Bei der GPS- und GLP-Wählerschaft sind es diesbezüglich lediglich 29 %. Vergleicht man diese Ergebnisse mit denjenigen von 2008 zeichnet sich ein ähnliches Bild ab: die Schweizer Stimmbevölkerung gab mit einer Zustimmung von 46 % an, dass sie die Steuern, die sie zahlte, als nicht gerechtfertigt empfand in Anbetracht der Leistung, die sie vom Staat erhielt.

■ Gerechtfertigt ■ Nicht gerechtfertigt ■ Neutral / Weiss nicht

Schweizweit



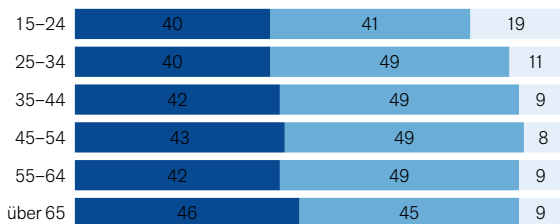
	Total
Gerechtfertigt	42 %
Nicht gerechtfertigt	47 %
Neutral / Weiss nicht	11 %

Geschlecht



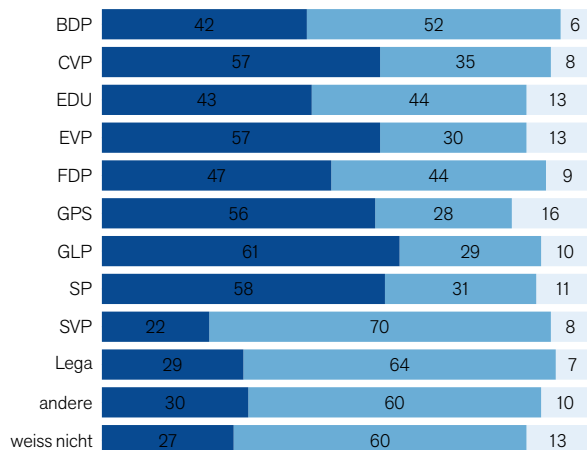
	männlich	weiblich
Gerechtfertigt	44 %	41 %
Nicht gerechtfertigt	47 %	47 %
Neutral / Weiss nicht	9 %	12 %

Alter



	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64	über 65
Gerechtfertigt	40 %	40 %	42 %	43 %	42 %	46 %
Nicht gerechtfertigt	41 %	49 %	49 %	49 %	49 %	45 %
Neutral / Weiss nicht	19 %	11 %	9 %	8 %	9 %	9 %

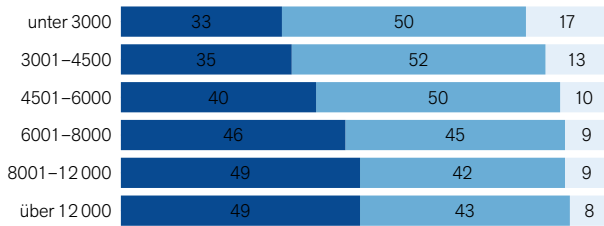
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Gerechtfertigt	42 %	57 %	43 %	57 %	47 %	56 %	61 %
Nicht gerechtfertigt	52 %	35 %	44 %	30 %	44 %	28 %	29 %
Neutral / Weiss nicht	6 %	8 %	13 %	13 %	9 %	16 %	10 %

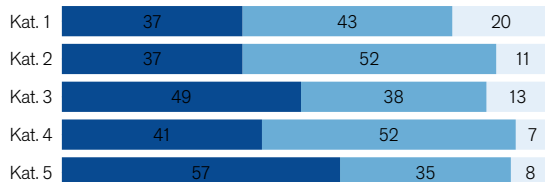
	SP	SVP	Lega	andere	weiss nicht
Gerechtfertigt	58 %	22 %	29 %	30 %	27 %
Nicht gerechtfertigt	31 %	70 %	64 %	60 %	60 %
Neutral / Weiss nicht	11 %	8 %	7 %	10 %	13 %

Einkommen



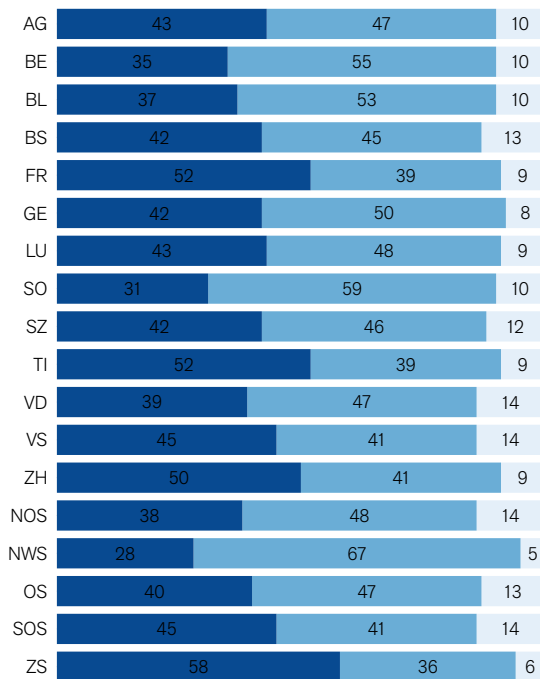
	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Gerechtigt	33 %	35 %	40 %	46 %	49 %	49 %
Nicht gerechtfertigt	50 %	52 %	50 %	45 %	42 %	43 %
Neutral / Weiss nicht	17 %	13 %	10 %	9 %	9 %	8 %

Bildung



	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Gerechtigt	37 %	37 %	49 %	41 %	57 %
Nicht gerechtfertigt	43 %	52 %	38 %	52 %	35 %
Neutral / Weiss nicht	20 %	11 %	13 %	7 %	8 %

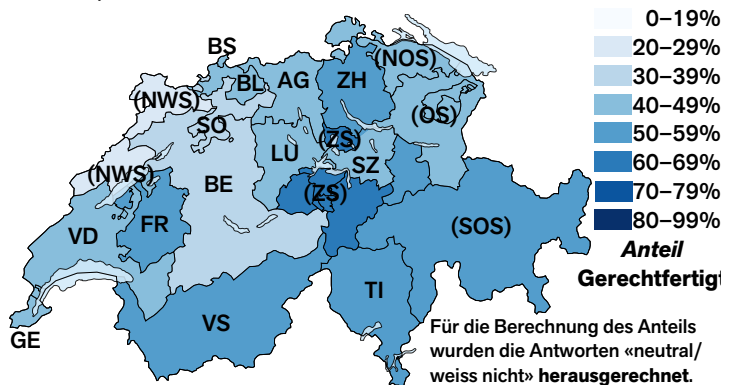
Regionen



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Gerechtigt	43 %	35 %	37 %	42 %	52 %	42 %	43 %
Nicht gerechtfertigt	47 %	55 %	53 %	45 %	39 %	50 %	48 %
Neutral / Weiss nicht	10 %	10 %	10 %	13 %	9 %	8 %	9 %

	SO	SZ	TI	VD	VS	ZH	NOS
Gerechtigt	31 %	42 %	52 %	39 %	45 %	50 %	38 %
Nicht gerechtfertigt	59 %	46 %	39 %	47 %	41 %	41 %	48 %
Neutral / Weiss nicht	10 %	12 %	9 %	14 %	14 %	9 %	14 %

	NWS	OS	SOS	ZS
Gerechtigt	28 %	40 %	45 %	58 %
Nicht gerechtfertigt	67 %	47 %	41 %	36 %
Neutral / Weiss nicht	5 %	13 %	14 %	6 %

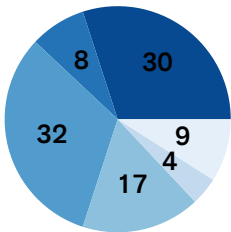


2.24. Sind Sie für die Einführung eines schweizweiten gesetzlichen Mindestlohnes und falls ja, wieviel sollte dieser Mindestlohn betragen?

Bei der Frage um die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns zeigt sich ein zersplittertes Ergebnis. Während sich 30 % gegen die Einführung aussprechen, beziffern 32 % der Schweizer Stimmbevölkerung den gesetzlichen Mindestlohn auf CHF 4000. 29 % geben andere Mindestlöhne an und weitere 9 % haben eine neutrale oder unentschlossene Haltung zu diesem Thema. Betrachtet man die gewählten Parteien, spricht sich die SP- und GPS-Wählerschaft nur in geringem Masse gegen einen gesetzlichen Mindestlohn aus (8 % resp. 11 %). Das Gegenteil ist bei der FDP- und SVP-Wählerschaft der Fall. Hier sprechen sich 53 % bzw. 46 % gegen einen gesetzlichen Mindestlohn aus.

Bin dagegen weniger als CHF 3500 CHF 4000 CHF 4500 Mehr als CHF 5000 Neutral / Weiss nicht

Schweizweit



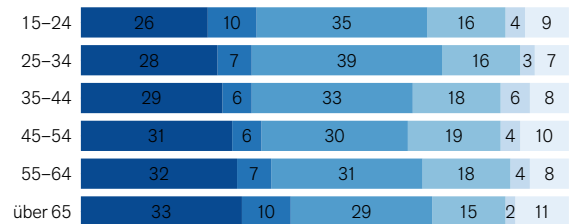
	Total
Bin dagegen	30 %
weniger als CHF 3500	8 %
CHF 4000	32 %
CHF 4500	17 %
Mehr als CHF 5000	4 %
Neutral / Weiss nicht	9 %

Geschlecht



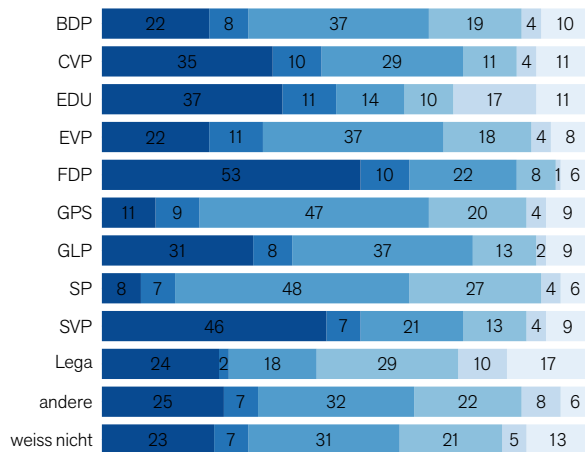
	männlich	weiblich
Bin dagegen	36 %	25 %
weniger als CHF 3500	7 %	8 %
CHF 4000	31 %	34 %
CHF 4500	15 %	18 %
Mehr als CHF 5000	4 %	4 %
Neutral / Weiss nicht	7 %	11 %

Alter



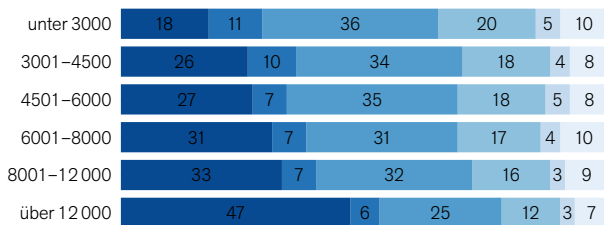
	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64	über 65
Bin dagegen	26 %	28 %	29 %	31 %	32 %	33 %
weniger als CHF 3500	10 %	7 %	6 %	6 %	7 %	10 %
CHF 4000	35 %	39 %	33 %	30 %	31 %	29 %
CHF 4500	16 %	16 %	18 %	19 %	18 %	15 %
Mehr als CHF 5000	4 %	3 %	6 %	4 %	4 %	2 %
Neutral / Weiss nicht	9 %	7 %	8 %	10 %	8 %	11 %

Partei



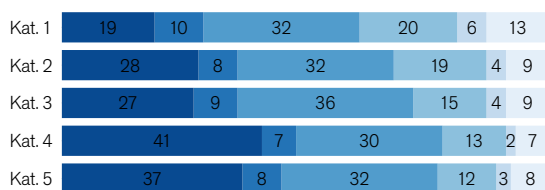
	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Bin dagegen	22 %	35 %	37 %	22 %	53 %	11 %	31 %
weniger als CHF 3500	8 %	10 %	11 %	11 %	10 %	9 %	8 %
CHF 4000	37 %	29 %	14 %	37 %	22 %	47 %	37 %
CHF 4500	19 %	11 %	10 %	18 %	8 %	20 %	13 %
Mehr als CHF 5000	4 %	4 %	17 %	4 %	1 %	4 %	2 %
Neutral / Weiss nicht	10 %	11 %	11 %	8 %	6 %	9 %	9 %
	SP	SVP	Lega	andere	weiss nicht		
Bin dagegen	8 %	46 %	24 %	25 %	23 %		
weniger als CHF 3500	7 %	7 %	2 %	7 %	7 %		
CHF 4000	48 %	21 %	18 %	32 %	31 %		
CHF 4500	27 %	13 %	29 %	22 %	21 %		
Mehr als CHF 5000	4 %	4 %	10 %	8 %	5 %		
Neutral / Weiss nicht	6 %	9 %	17 %	6 %	13 %		

Einkommen



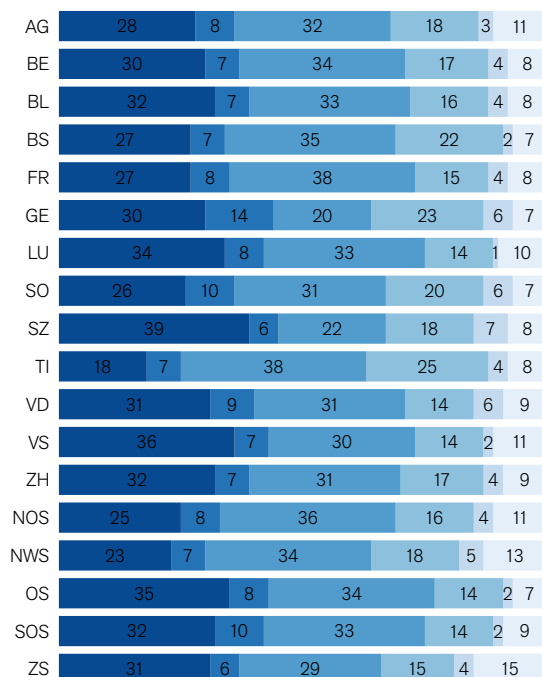
	unter 3000	3001-4500	4501-6000	6001-8000	8001-12000	über 12000
Bin dagegen	18 %	26 %	27 %	31 %	33 %	47 %
weniger als CHF 3500	11 %	10 %	7 %	7 %	7 %	6 %
CHF 4000	36 %	34 %	35 %	31 %	32 %	25 %
CHF 4500	20 %	18 %	18 %	17 %	16 %	12 %
Mehr als CHF 5000	5 %	4 %	5 %	4 %	3 %	3 %
Neutral / Weiss nicht	10 %	8 %	8 %	10 %	9 %	7 %

Bildung

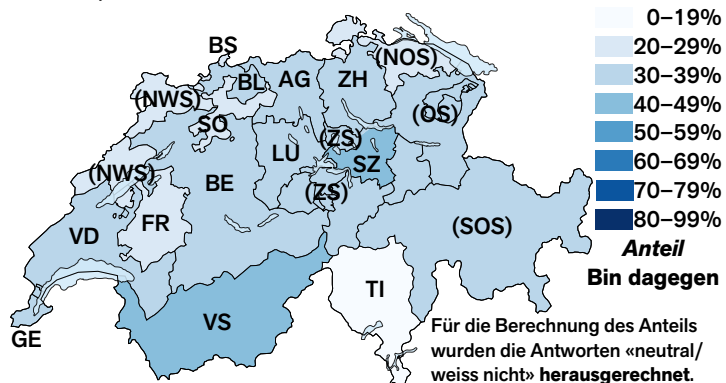


	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Bin dagegen	19 %	28 %	27 %	41 %	37 %
weniger als CHF 3500	10 %	8 %	9 %	7 %	8 %
CHF 4000	32 %	32 %	36 %	30 %	32 %
CHF 4500	20 %	19 %	15 %	13 %	12 %
Mehr als CHF 5000	6 %	4 %	4 %	2 %	3 %
Neutral / Weiss nicht	13 %	9 %	9 %	7 %	8 %

Regionen



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Bin dagegen weniger als CHF 3500	28 %	30 %	32 %	27 %	27 %	30 %	34 %
CHF 4000	8 %	7 %	7 %	7 %	8 %	14 %	8 %
CHF 4500	32 %	34 %	33 %	35 %	38 %	20 %	33 %
Mehr als CHF 5000	18 %	17 %	16 %	22 %	15 %	23 %	14 %
Neutral / Weiss nicht	3 %	4 %	4 %	2 %	4 %	6 %	1 %
	11 %	8 %	8 %	7 %	8 %	7 %	10 %
	SO	SZ	TI	VD	VS	ZH	NOS
Bin dagegen weniger als CHF 3500	26 %	39 %	18 %	31 %	36 %	32 %	25 %
CHF 4000	10 %	6 %	7 %	9 %	7 %	7 %	8 %
CHF 4500	31 %	22 %	38 %	31 %	30 %	31 %	36 %
Mehr als CHF 5000	20 %	18 %	25 %	14 %	14 %	17 %	16 %
Neutral / Weiss nicht	6 %	7 %	4 %	6 %	2 %	4 %	4 %
	7 %	8 %	8 %	9 %	11 %	9 %	11 %
	NWS	OS	SOS	ZS			
Bin dagegen weniger als CHF 3500	23 %	35 %	32 %	31 %			
CHF 4000	7 %	8 %	10 %	6 %			
CHF 4500	34 %	34 %	33 %	29 %			
Mehr als CHF 5000	18 %	14 %	14 %	15 %			
Neutral / Weiss nicht	5 %	2 %	2 %	4 %			
	13 %	7 %	9 %	15 %			

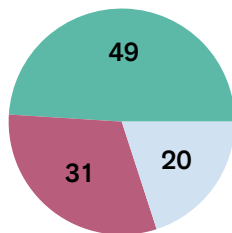


2.25. Empfinden Sie Ihren Lohn generell im Vergleich zu anderen Personen in der Schweiz als gerecht?

Fast die Hälfte der Schweizer Stimmbevölkerung (49 %) empfindet ihren Lohn im Vergleich zu anderen Personen in der Schweiz als gerecht. Während eine absolute Mehrheit von 56 % der männlichen Stimmbevölkerung die Frage der Lohngerechtigkeit bejaht, ist es bei den Stimmbürgerinnen nur eine relative Mehrheit von 42 %. Der Grafik ist ebenfalls zu entnehmen, dass tendenziell mit steigendem Alter die empfundene Lohngerechtigkeit jeweils auch höher ist. Unter den Parteien wurde die Frage nur von Lega-WählerInnen mehrheitlich mit Nein beantwortet (59 %), während die Mehrheit der WählerInnen anderer Parteien die Lohngerechtigkeit jeweils bejahen.

■ Ja
 ■ Nein
 ■ Neutral / Weiss nicht

Schweizweit



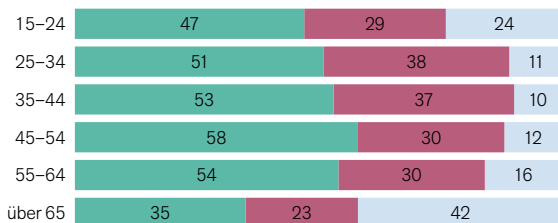
	Total
Ja	49 %
Nein	31 %
Neutral / Weiss nicht	20 %

Geschlecht



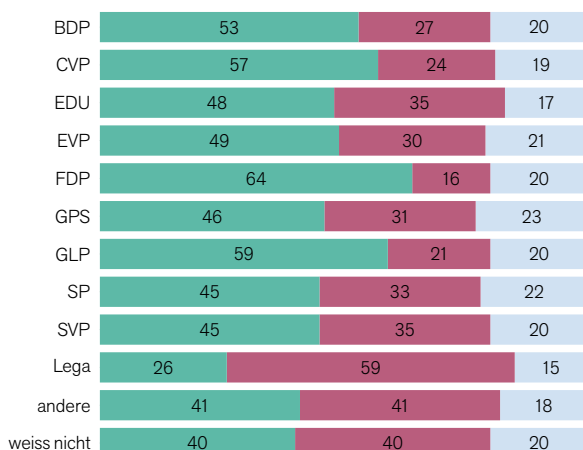
	männlich	weiblich
Ja	56 %	42 %
Nein	27 %	34 %
Neutral / Weiss nicht	17 %	24 %

Alter



	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64	über 65
Ja	47 %	51 %	53 %	58 %	54 %	35 %
Nein	29 %	38 %	37 %	30 %	30 %	23 %
Neutral / Weiss nicht	24 %	11 %	10 %	12 %	16 %	42 %

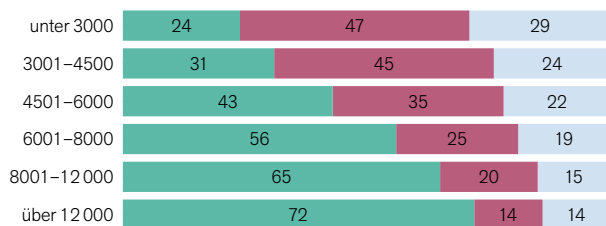
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Ja	53 %	57 %	48 %	49 %	64 %	46 %	59 %
Nein	27 %	24 %	35 %	30 %	16 %	31 %	21 %
Neutral / Weiss nicht	20 %	19 %	17 %	21 %	20 %	23 %	20 %

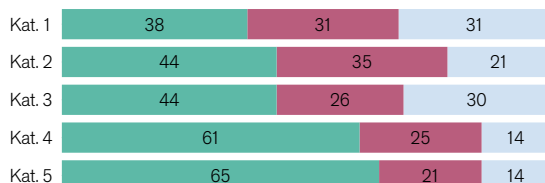
	SP	SVP	Lega	andere	weiss nicht
Ja	45 %	45 %	26 %	41 %	40 %
Nein	33 %	35 %	59 %	41 %	40 %
Neutral / Weiss nicht	22 %	20 %	15 %	18 %	20 %

Einkommen



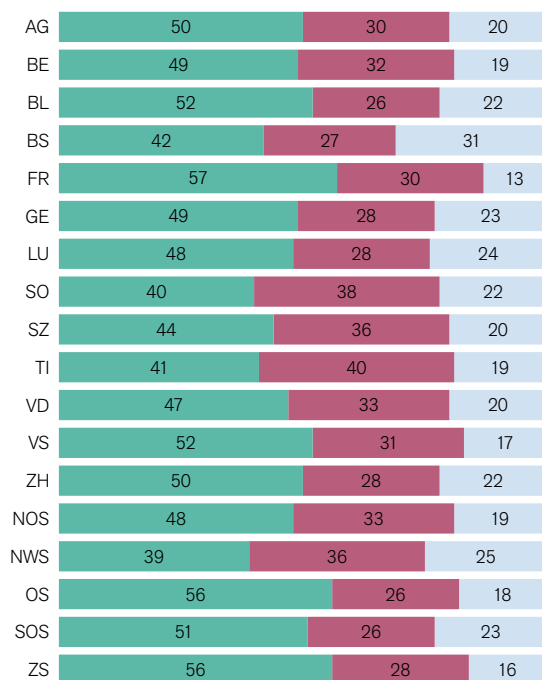
	unter 3000	3001-4500	4501-6000	6001-8000	8001-12 000	über 12 000
Ja	24 %	31 %	43 %	56 %	65 %	72 %
Nein	47 %	45 %	35 %	25 %	20 %	14 %
Neutral / Weiss nicht	29 %	24 %	22 %	19 %	15 %	14 %

Bildung



	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Ja	38 %	44 %	44 %	61 %	65 %
Nein	31 %	35 %	26 %	25 %	21 %
Neutral / Weiss nicht	31 %	21 %	30 %	14 %	14 %

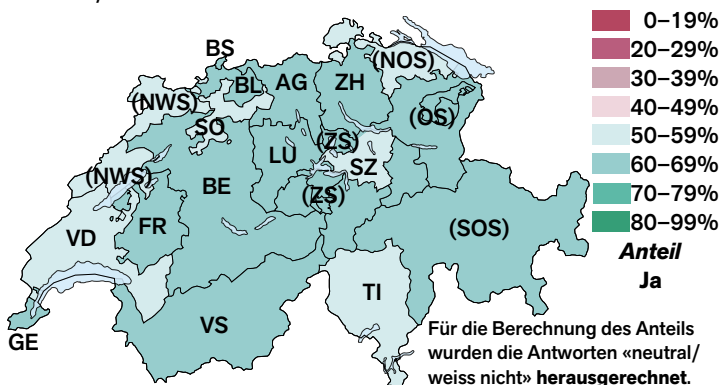
Regionen



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Ja	50 %	49 %	52 %	42 %	57 %	49 %	48 %
Nein	30 %	32 %	26 %	27 %	30 %	28 %	28 %
Neutral / Weiss nicht	20 %	19 %	22 %	31 %	13 %	23 %	24 %

	SO	SZ	TI	VD	VS	ZH	NOS
Ja	40 %	44 %	41 %	47 %	52 %	50 %	48 %
Nein	38 %	36 %	40 %	33 %	31 %	28 %	33 %
Neutral / Weiss nicht	22 %	20 %	19 %	20 %	17 %	22 %	19 %

	NWS	OS	SOS	ZS
Ja	39 %	56 %	51 %	56 %
Nein	36 %	26 %	26 %	28 %
Neutral / Weiss nicht	25 %	18 %	23 %	16 %

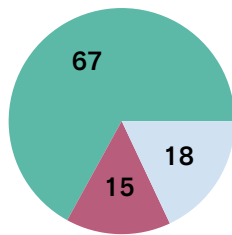


2.26. Ehepaare sollen fortan individuell, anstatt gemeinsam veranlagt, besteuert werden.

Eine absolute Mehrheit von 67 % der Schweizer StimmbürgerInnen ist dafür, dass Ehepaare künftig individuell besteuert werden sollen. Nur 15 % sind gegen eine individuelle Besteuerung, wobei dieser Wert mit steigendem Alter tendenziell abnimmt. Während in allen Regionen die Zustimmung einer individuellen Besteuerung relativ hoch ist, ist der Anteil an Zustimmung in der Ost- und Nordostschweiz und im Tessin kleiner als in der übrigen Schweiz. Parteienübergreifend sind keine grossen Unterschiede erkennbar, ausser die relativ hohe Ablehnung unter den Lega-WählerInnen (40 %).

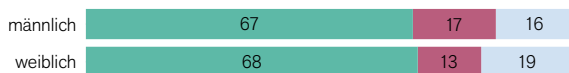
■ Bin dafür
 ■ Bin dagegen
 ■ Neutral / Weiss nicht

Schweizweit



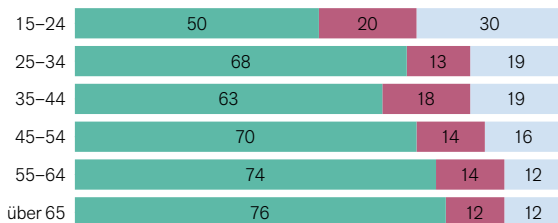
	Total
Bin dafür	67 %
Bin dagegen	15 %
Neutral / Weiss nicht	18 %

Geschlecht



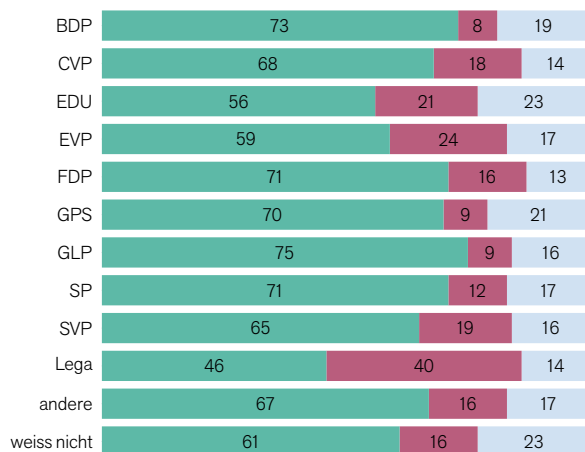
	männlich	weiblich
Bin dafür	67 %	68 %
Bin dagegen	17 %	13 %
Neutral / Weiss nicht	16 %	19 %

Alter



	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64	über 65
Bin dafür	50 %	68 %	63 %	70 %	74 %	76 %
Bin dagegen	20 %	13 %	18 %	14 %	14 %	12 %
Neutral / Weiss nicht	30 %	19 %	19 %	16 %	12 %	12 %

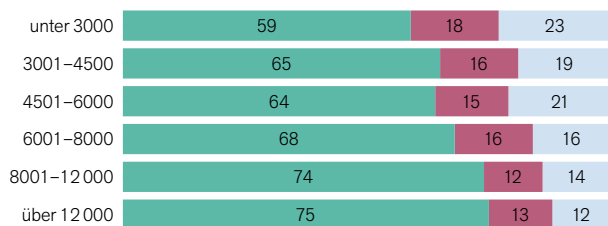
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Bin dafür	73 %	68 %	56 %	59 %	71 %	70 %	75 %
Bin dagegen	8 %	18 %	21 %	24 %	16 %	9 %	9 %
Neutral / Weiss nicht	19 %	14 %	23 %	17 %	13 %	21 %	16 %

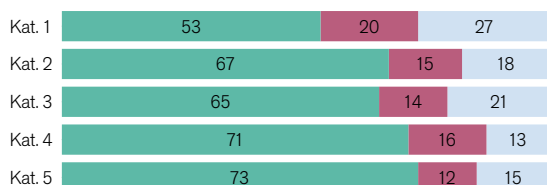
	SP	SVP	Lega	andere	weiss nicht
Bin dafür	71 %	65 %	46 %	67 %	61 %
Bin dagegen	12 %	19 %	40 %	16 %	16 %
Neutral / Weiss nicht	17 %	16 %	14 %	17 %	23 %

Einkommen



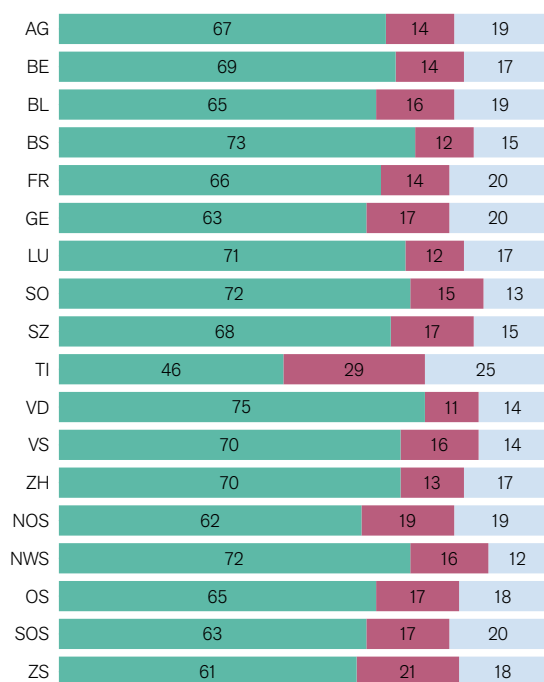
	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Bin dafür	59 %	65 %	64 %	68 %	74 %	75 %
Bin dagegen	18 %	16 %	15 %	16 %	12 %	13 %
Neutral / Weiss nicht	23 %	19 %	21 %	16 %	14 %	12 %

Bildung



	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Bin dafür	53 %	67 %	65 %	71 %	73 %
Bin dagegen	20 %	15 %	14 %	16 %	12 %
Neutral / Weiss nicht	27 %	18 %	21 %	13 %	15 %

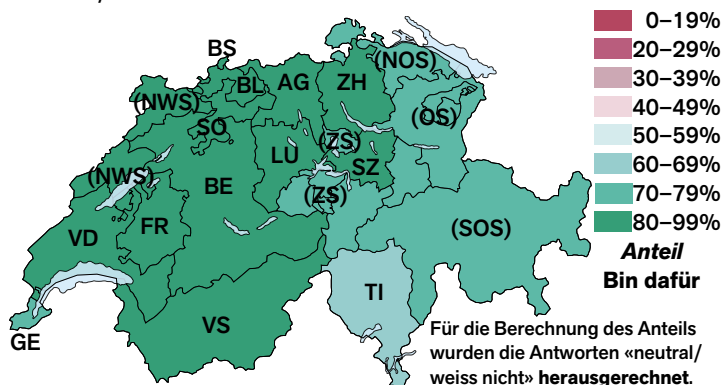
Regionen



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Bin dafür	67 %	69 %	65 %	73 %	66 %	63 %	71 %
Bin dagegen	14 %	14 %	16 %	12 %	14 %	17 %	12 %
Neutral / Weiss nicht	19 %	17 %	19 %	15 %	20 %	20 %	17 %

	SO	SZ	TI	VD	VS	ZH	NOS
Bin dafür	72 %	68 %	46 %	75 %	70 %	70 %	62 %
Bin dagegen	15 %	17 %	29 %	11 %	16 %	13 %	19 %
Neutral / Weiss nicht	13 %	15 %	25 %	14 %	14 %	17 %	19 %

	NWS	OS	SOS	ZS
Bin dafür	72 %	65 %	63 %	61 %
Bin dagegen	16 %	17 %	17 %	21 %
Neutral / Weiss nicht	12 %	18 %	20 %	18 %

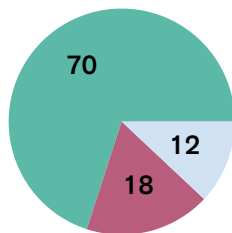


2.27. Sollen Arbeitslose Zivildienst leisten müssen, um weiterhin Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld zu erhalten?

Eine absolute Mehrheit von 70 % der Schweizer Stimmbevölkerung ist dafür, dass Arbeitslose Zivildienst leisten müssen, um weiterhin Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld zu erhalten. 18 % sind dagegen und 12 % verhielten sich neutral resp. unentschieden dieser Frage gegenüber. Es besteht bei dieser Frage ein breiter Konsens über Partei- und Kantons Grenzen hinaus. Die Wählerschaften der SP und der Grünen verzeichnen noch die meisten Gegenstimmen mit 30 % resp. 23 %. Auch zwischen den beiden Geschlechtern sowie den verschiedenen Alters-, Einkommens- und Bildungskategorien liegt eine deutliche Zustimmung vor.

■ Bin dafür ■ Bin dagegen ■ Neutral / Weiss nicht

Schweizweit



Total	
Bin dafür	70 %
Bin dagegen	18 %
Neutral / Weiss nicht	12 %

Geschlecht

männlich	70	19	11
weiblich	70	18	12

	männlich	weiblich
Bin dafür	70 %	70 %
Bin dagegen	19 %	18 %
Neutral / Weiss nicht	11 %	12 %

Alter

15–24	67	18	15
25–34	69	20	11
35–44	68	20	12
45–54	68	21	11
55–64	68	21	11
über 65	76	13	11

	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
Bin dafür	67 %	69 %	68 %	68 %	68 %	76 %
Bin dagegen	18 %	20 %	20 %	21 %	21 %	13 %
Neutral / Weiss nicht	15 %	11 %	12 %	11 %	11 %	11 %

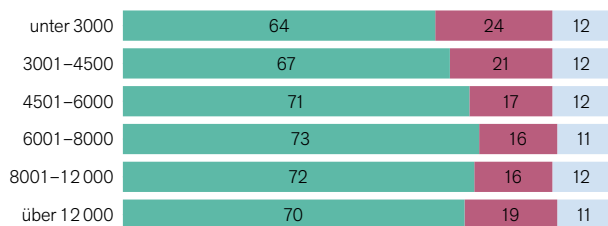
Partei

BDP	81	9	10
CVP	73	12	15
EDU	75	14	11
EVP	76	14	10
FDP	77	15	8
GPS	61	23	16
GLP	67	17	16
SP	55	30	15
SVP	79	13	8
Lega	78	17	5
andere	59	28	13
weiss nicht	72	18	10

	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Bin dafür	81 %	73 %	75 %	76 %	77 %	61 %	67 %
Bin dagegen	9 %	12 %	14 %	14 %	15 %	23 %	17 %
Neutral / Weiss nicht	10 %	15 %	11 %	10 %	8 %	16 %	16 %

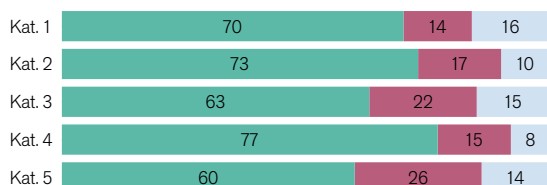
	SP	SVP	Lega	andere	weiss nicht
Bin dafür	55 %	79 %	78 %	59 %	72 %
Bin dagegen	30 %	13 %	17 %	28 %	18 %
Neutral / Weiss nicht	15 %	8 %	5 %	13 %	10 %

Einkommen



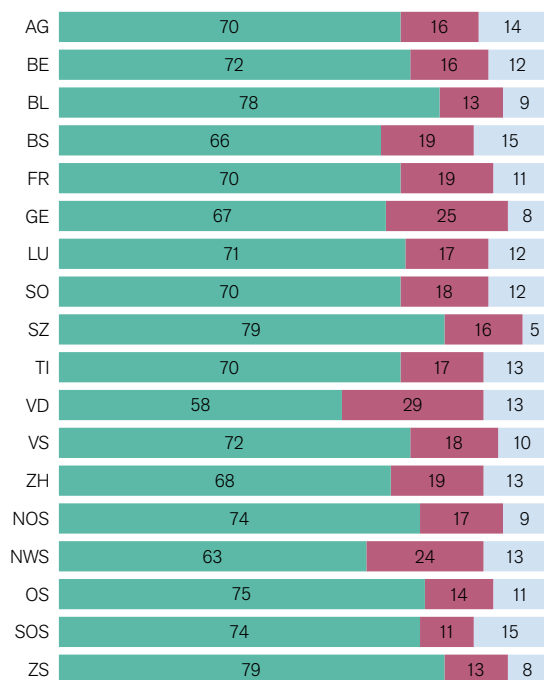
	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Bin dafür	64 %	67 %	71 %	73 %	72 %	70 %
Bin dagegen	24 %	21 %	17 %	16 %	16 %	19 %
Neutral / Weiss nicht	12 %	12 %	12 %	11 %	12 %	11 %

Bildung



	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Bin dafür	70 %	73 %	63 %	77 %	60 %
Bin dagegen	14 %	17 %	22 %	15 %	26 %
Neutral / Weiss nicht	16 %	10 %	15 %	8 %	14 %

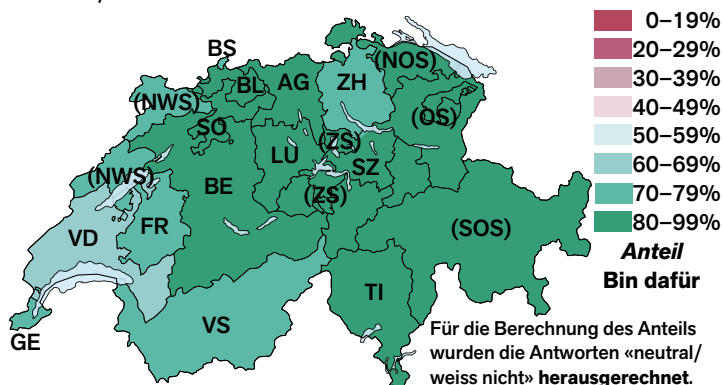
Regionen



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Bin dafür	70 %	72 %	78 %	66 %	70 %	67 %	71 %
Bin dagegen	16 %	16 %	13 %	19 %	19 %	25 %	17 %
Neutral / Weiss nicht	14 %	12 %	9 %	15 %	11 %	8 %	12 %

	SO	SZ	TI	VD	VS	ZH	NOS
Bin dafür	70 %	79 %	70 %	58 %	72 %	68 %	74 %
Bin dagegen	18 %	16 %	17 %	29 %	18 %	19 %	17 %
Neutral / Weiss nicht	12 %	5 %	13 %	13 %	10 %	13 %	9 %

	NWS	OS	SOS	ZS
Bin dafür	63 %	75 %	74 %	79 %
Bin dagegen	24 %	14 %	11 %	13 %
Neutral / Weiss nicht	13 %	11 %	15 %	8 %

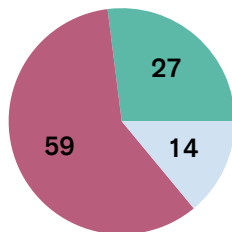


2.28. Soll eine arbeitslose Person eine zumutbare Arbeit ablehnen dürfen, bevor Sozialleistungen und Arbeitslosengeld gekürzt werden?

Eine absolute Mehrheit von 59 % der Schweizer StimmbürgerInnen ist dagegen, dass eine arbeitslose Person eine zumutbare Arbeit ablehnen darf, bevor Sozialleistungen und Arbeitslosengeld gekürzt werden. 27 % sind dafür 14 % verhielten sich neutral oder unentschlossen gegenüber dieser Frage. Die Ablehnung erstreckt sich über Partei- und Kantons Grenzen sowie über alle anderen gemessenen Differenzierungskategorien hinaus. Die WählerInnen der FDP und BDP lehnen die Frage mit 73 % resp. 71 % am deutlichsten ab. Bei den Wählerschaften der Grünen und der SP findet man die grösste Zustimmung mit 37 % bzw. 36 %. Im Kanton Genf fällt das Resultat mit 44 % Ja- gegenüber 47 % Nein-Stimmen mit Abstand am knappsten aus. Es ist überdies eine relativ starke Tendenz erkennbar, dass die Ablehnung mit zunehmendem Einkommen steigt.

■ Ja
 ■ Nein
 ■ Neutral / Weiss nicht

Schweizweit



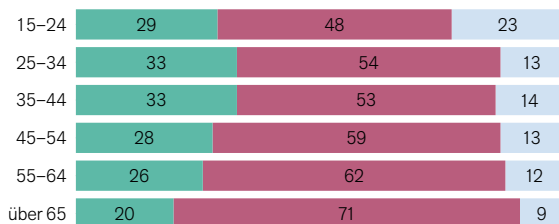
	Total
Ja	27 %
Nein	59 %
Neutral / Weiss nicht	14 %

Geschlecht



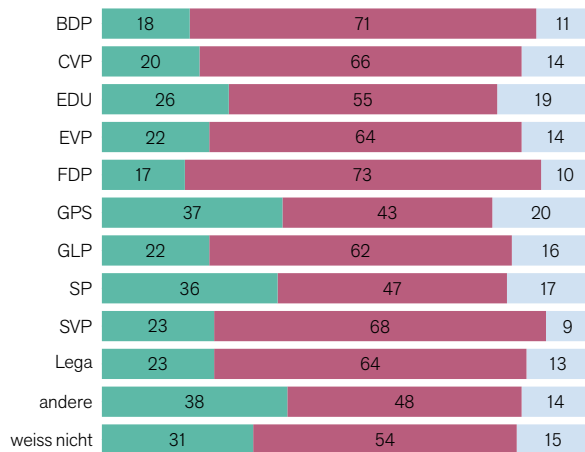
	männlich	weiblich
Ja	26 %	29 %
Nein	61 %	56 %
Neutral / Weiss nicht	13 %	15 %

Alter



	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64	über 65
Ja	29 %	33 %	33 %	28 %	26 %	20 %
Nein	48 %	54 %	53 %	59 %	62 %	71 %
Neutral / Weiss nicht	23 %	13 %	14 %	13 %	12 %	9 %

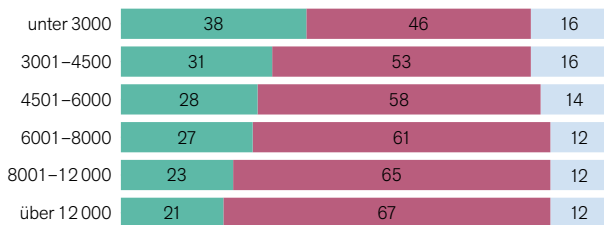
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Ja	18 %	20 %	26 %	22 %	17 %	37 %	22 %
Nein	71 %	66 %	55 %	64 %	73 %	43 %	62 %
Neutral / Weiss nicht	11 %	14 %	19 %	14 %	10 %	20 %	16 %

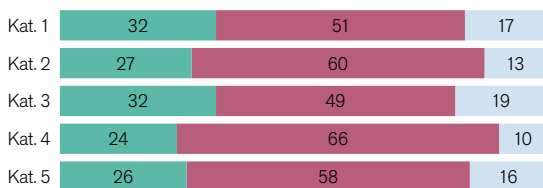
	SP	SVP	Lega	andere	weiss nicht
Ja	36 %	23 %	23 %	38 %	31 %
Nein	47 %	68 %	64 %	48 %	54 %
Neutral / Weiss nicht	17 %	9 %	13 %	14 %	15 %

Einkommen



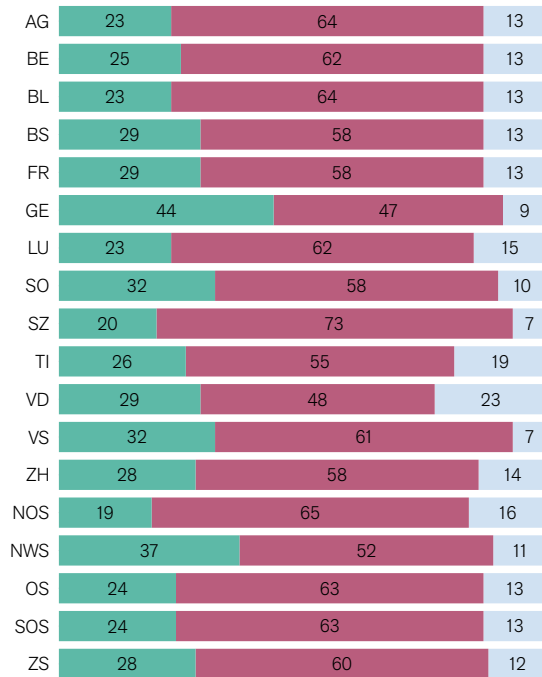
	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Ja	38 %	31 %	28 %	27 %	23 %	21 %
Nein	46 %	53 %	58 %	61 %	65 %	67 %
Neutral / Weiss nicht	16 %	16 %	14 %	12 %	12 %	12 %

Bildung

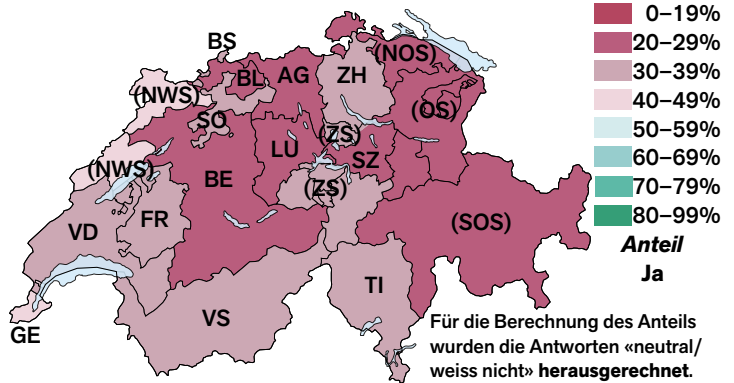


	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Ja	32 %	27 %	32 %	24 %	26 %
Nein	51 %	60 %	49 %	66 %	58 %
Neutral / Weiss nicht	17 %	13 %	19 %	10 %	16 %

Regionen



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Ja	23 %	25 %	23 %	29 %	29 %	44 %	23 %
Nein	64 %	62 %	64 %	58 %	58 %	47 %	62 %
Neutral / Weiss nicht	13 %	13 %	13 %	13 %	13 %	9 %	15 %
	SO	SZ	TI	VD	VS	ZH	NOS
Ja	32 %	20 %	26 %	29 %	32 %	28 %	19 %
Nein	58 %	73 %	55 %	48 %	61 %	58 %	65 %
Neutral / Weiss nicht	10 %	7 %	19 %	23 %	7 %	14 %	16 %
	NWS	OS	SOS	ZS			
Ja	37 %	24 %	24 %	28 %			
Nein	52 %	63 %	63 %	60 %			
Neutral / Weiss nicht	11 %	13 %	13 %	12 %			



A. Abkürzungen

Regionen

Abkürzung	Name	Kantone
NWS	Nordwestschweiz	JU, NE
NOS	Nordostschweiz	SH, TG
OS	Ostschweiz	AI, AR, SG
SOS	Südostschweiz	GL, GR
ZS	Zentralschweiz	NW, OW, UR, ZG

Bildungskategorien

- Kat. 1 obligatorische Schule oder (noch) keine abgeschlossene Ausbildung
- Kat. 2 Berufslehre, Berufsschule, berufsvorbereitende Schule
- Kat. 3 Maturitätsschule, Diplommittelschule, Lehrerseminar
- Kat. 4 höhere Fach- oder Berufsausbildung (z. B. eidg. Fach- oder Meisterdiplom, HKG, TS)
- Kat. 5 Universität, Hochschule, Fachhochschule, Höhere Fachschule (z. B. HTL, HWV, HFG, HFS)

B. Danksagung

Ohne die Unterstützung von verschiedenen Persönlichkeiten und Organisationen wäre die Durchführung der Vimentis-Umfrage nicht möglich gewesen. Wir danken herzlich für das Engagement und die wertvollen partnerschaftlichen Beiträge.

Ein herzlicher Dank geht an:



Mike Egger
Nationalrat SVP



Matthias Aebischer
Nationalrat SP



Christian Wasserfallen
Nationalrat FDP



Andrea Gmür
Ständerätin CVP



Kilian Baumann
Nationalrat GPS



Martin Bäumle
Vize-Präsident
GLP



Martin Landolt
Nationalrat BDP

Medienpartner



Quellen

Titelbild: «Fotografien Parlamentsgebäude: Nationalratssaal» von *Die Bundesversammlung – Das Schweizer Parlament*, <http://www.parlament.ch/d/service-presse/fotogalerie/nr-saal/Seiten/default.aspx>.

Impressum

Vimentis
Postfach
9000 St. Gallen
www.vimentis.ch



Kontakt:
Omar Aleiwi, aleiwi@vimentis.ch

Redaktion:
Omar Aleiwi, Philipp Schullerus, Céline Meier, Umut Parlar, Sarina Stadelmann, Charalampos Panagiotopoulos
Alle geschlechtsspezifischen Bezeichnungen gelten immer für Frauen und Männer.
Alle Daten und Grafiken dürfen unter Angabe der Quelle frei verwendet werden.
Publikation: Februar 2020